

# Preußische Allgemeine



Nr. 18 · 6. Mai 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



## Falsche Toleranz

Während die deutsche Politik einheimischen Antisemitismus stets anprangert, druckst sie herum, sobald der Judenhas von Migranten kommt Seite 3



Zerrissen Die Kosaken zwischen Ukrainern und Russen Seite 10



Landeskunde Als der Weinanbau ins Land der Preußen kam Seite 23

### AUFGEFALLEN

## Historischer Alltag statt Zeitenwende?

Bedeutet der 24. Februar 2022, der Tag des russischen Angriffs auf die Ukraine, wirklich eine „Zeitenwende“, wie es Bundeskanzler Scholz kurz darauf im Bundestag behauptete? Auch in den Nachrichten wird seitdem täglich das Gefühl vermittelt, als lebten wir alle seit rund zehn Wochen in einer anderen Welt. Entsprechend groß ist die moralische Aufladung zahlreicher Debatten sowohl in der Politik als auch im Privaten.

Wer sich jedoch die Kriege der jüngeren Vergangenheit ansieht, muss Zweifel an dieser Deutung haben. So listet die Online-Enzyklopädie Wikipedia allein für die Zeit seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs über 100 bewaffnete Konflikte im 20. Jahrhundert und bereits über 30 Kriege im 21. Jahrhundert auf, darunter den Vietnamkrieg mit 2,3 bis 3,8 Millionen Opfern, den Afghanischen Bürgerkrieg mitsamt der sowjetischen Invasion und 1,5 bis 2 Millionen Toten, die jugoslawischen Erbfolgekriege mit rund einer Viertelmillion Opfern sowie den Zweiten Kongokrieg von 1998 bis 2003 mit 3,8 bis 5,4 Millionen Opfern.

So unfassbar groß der Schrecken über das Sterben in der Ukraine auch ist – die traurige Wahrheit lautet, dass dieser Krieg weniger eine Zeitenwende ist als vielmehr die Fortsetzung des Wahns, den wir gemeinhin Geschichte nennen. Dass die Deutschen – und nicht nur sie – dennoch so betroffen sind, zeigt gleichwohl, wie sehr sie in den vergangenen Jahrzehnten den Kopf in den Sand gesteckt haben. *neh*

### INFLATION

## Krieg und Corona sollen von eigenen Irrwegen ablenken

Der Geldwert erodiert. Der Nullzins zerstört die Daseinsvorsorge von Millionen Deutschen. Doch ein Aufschrei der Betroffenen bleibt bislang aus

VON HANS HECKEL

Die Inflation steigt und steigt. Sie ist die erbarmungsloseste und wohl auch unsozialste Steuer, die sich denken lässt. Und sie bedroht mittlerweile auch die wirtschaftlichen Grundlagen der Mittelschicht, nachdem der arme Teil der Bevölkerung längst massiv in Bedrängnis geraten ist.

Im Verbund mit kümmerlichen oder verschwundenen Zinsen verteuert die Preisinflation nicht bloß den täglichen Einkauf, das Essen, Einkleiden, Heizen, Tanken oder Beleuchten. Sie spült zudem die Daseinsvorsorge von Millionen Menschen dahin. Denn auch die Kapitalstöcke von Lebensversicherungen oder privaten Pensionsfonds schmelzen dahin. 7,4 Prozent jährliche Geldentwertung schrumpfen das Ersparnis bei Nullzins binnen zehn Jahren auf die Hälfte. Wobei Zweifel bestehen, ob die offizielle Inflationsrate die Entwicklung überhaupt korrekt abbildet oder aber die tatsächliche Inflationsrate noch höher liegt.

Vor diesem Hintergrund muss es verwundern, wie (oberflächlich) ruhig die Deutschen ihre rasante Enteignung gerade hinnehmen. Dass bislang kein Aufschrei, keine Demonstrationen dagegen zu verzeichnen sind.

Kanzler Scholz, der als ehemaliger Finanzminister bestens im Bilde ist über

die anstehenden Verheerungen im Wohlstand in unserem Land, übergeht das Problem weitgehend. Andernorts wird neuerdings gern der Ukrainekrieg als Auslöser des Preisauftriebs identifiziert.

Das Argument ist aber vorgeschoben. Als die Milchverarbeitende Industrie nunmehr Preissprünge bei Milchprodukten im Mai um 20 bis 25 Prozent ankündigte, wies sie darauf hin, dass diese Preise schon vor Monaten, lange vor Kriegsausbruch, verhandelt worden seien. Der nächste Sprung, in den dann auch der Krieg mit allen seinen Folgen hineinwirken werde, stehe erst noch aus.

### Folge politischer Entscheidungen

Der breite Inflationsschub hat in Wahrheit ein Bündel politisch gemachter und teils sogar gewollter Ursachen. Per Energiewende wurden günstige Energiequellen abgeschaltet und durch teurere, unzuverlässigere ersetzt. Dies treibt die Preise in der gesamten Produktpalette, insbesondere bei Nahrungsmitteln.

Auch soll Corona für Angebotsverknappungen weltweit gesorgt haben. Doch muss hier festgehalten werden, dass es letztlich die Lockdown-Maßnahmen waren, nicht das Virus selbst, das diese Probleme verursacht haben. China macht gerade vor, wie eine aus den Fugen geratene Anti-Covid-Strategie ins Verderben führt. Dass Gesundheitsminister Lauterbach derzeit ein so großes Interes-

se zeigt, die wissenschaftliche Überprüfung der Corona-Maßnahmen zumindest hinauszuzögern, lässt vermuten, dass er um die Unsinnigkeit vieler Restriktionen selbst längst weiß.

Vor all dem aber hat die Geldpolitik das Tor zum Inflationsdesaster aufgestoßen. Durch ungezügelter „Gelddruckerei“ hat insbesondere die EZB die Geldmenge weit über das vertretbare Maß aufgebläht, um bankrotte Staaten, Banken oder Unternehmen zu retten. Nun flutet dieses Geld die Märkte und entwertet damit die Guthaben und Einkommen der Menschen. Denn während andere Währungen ihre Zinsen langsam wieder anheben, um Geld aus dem Markt zu nehmen, traut sich dies die EZB nicht: Länder wie Italien oder Frankreich haben sich mit dem billigen EZB-Geld derart verschuldet, dass jeder selbst moderate Zins sie in die Knie zwingen und damit das Euro-Experiment an sein Ende bringen könnte.

Diese Zusammenhänge zuzugeben, käme einem Offenbarungseid der Politik gleich. So übergehen die Verantwortlichen das Thema Inflation einfach oder sie nutzen jede neue Krise als Sündenbock, um vom eigenen Irrweg abzulenken: Erst war es Corona, nun kam der Ukrainekrieg als Ausrede hinzu. Eine Lösung dieses (wie eines jeden) Problems ist jedoch nur denkbar, wenn zumindest die Ursachen ehrlich benannt werden. Dazu muss die Öffentlichkeit die Politik zwingen.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Ist die Ukraine reif für einen Beitritt zur Europäischen Union? Seite 2

#### Kultur

Die Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel feiert 450. Geburtstag Seite 9

#### Das Ostpreußenblatt

Litauen zieht eine Blockade des Königsberger Gebietes in Betracht Seite 13

#### Lebensstil

Vor ihrer Sanierung zeigt eine Potsdamer Ausstellung die Römischen Bäder Seite 21



#### Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite [paz.de](http://paz.de)



ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

**Ukraine und die EU** Hielte sich die EU an ihre eigenen Grundsätze, hätte die Ukraine auf absehbare Zeit kaum eine Chance, Mitglied zu werden. Doch richtet sich der Staatenbund nach seinen eigenen Grundsätzen?

# Auf der Überholspur in die EU?

Die Ukraine erwartet bereits im Juni eine Antwort auf ihr Beitrittsersuchen

VON NORMAN HANERT

Lediglich eine Woche hat die Regierung in Kiew benötigt, um einen Fragenkatalog der EU-Kommission zu der angestrebten ukrainischen EU-Mitgliedschaft vollständig ausgefüllt wieder nach Brüssel zu übermitteln. Gemessen an den bisherigen Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Gemeinschaft ist auch der weitere Zeitplan, welcher der ukrainischen Regierung vorschwebt, ohne Beispiel. In einem Fernsehinterview des ukrainischen öffentlich-rechtlichen Rundfunks erklärte der stellvertretende Leiter des Büros von Präsident Wolodymyr Selenskyj, Ihor Zhovkva, die Ukraine erwarte, bereits im Juni während einer geplanten Sitzung des Europäischen Rates eine Antwort zu erhalten. Blickt man auf frühere Beispiele, können durchaus Jahre vergehen, ehe überhaupt das Beitrittsersuchen eines Staates erst einmal in den Status eines Beitrittskandidaten mündet. Rückendeckung erhält Kiew bei seinem Wunsch nach einem zügigen Verfahren von Polens Führung. „Polen unterstützt einen schnellen Weg zur Mitgliedschaft der Ukraine in der EU“, so der polnische Staatspräsident. Konkret forderte Duda, der Ukraine sofort einen Kandidatenstatus zu gewähren. Unmittelbar danach sollte die EU nach den Vorstellungen des polnischen Präsidenten bereits die Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine aufnehmen.

## Österreich bremst

Völlig andere Töne sind indessen aus Österreich zu hören. Österreichs Außenminister Alexander Schallenberg hatte beim Europäischen Mediengipfel Lech am Arberg erklärt, die Ukraine gehöre zu Europa und zum Westen. Ergänzend hatte der Politiker der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) aber hinzugefügt: „Kann das ausschließlich über eine Vollmitgliedschaft zur EU funktionieren? Das glaube ich nicht.“ Statt von einem zügigen Beitrittsverfahren mit dem Ziel einer Vollmitgliedschaft der Ukraine, aber auch Georgiens und Moldaus, sprach der ÖVP-Politiker von „maßgeschneiderten Angeboten der engstmöglichen Anbindung an die EU“. Schallenberg sprach dabei von einem System, bei dem die drei Staaten in bestimmten Bereichen, etwa in Energiefragen oder



Offizielle Bewerbung: Am 18. April übergab der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj (links) an den Delegationsleiter der Europäischen Union für die Ukraine, Matti Maasikas, den Fragebogen für einen EU-Beitritt seines Landes *Foto: pa*

dem Binnenmarkt, vollwertig integriert werden, aber formal kein Mitglied der EU sind. Zur Begründung verwies Österreichs Außenminister auf die Staaten des Westbalkans, die seit Jahren auf eine Eröffnung von Beitrittsverhandlungen warten.

Tatsächlich dürfte es den Staaten dieser Region nur schwer zu vermitteln sein, warum die Ukraine und eventuell auch Georgien und Moldau beim Beitrittsprozess eine Vorzugsbehandlung erhalten sollen. So wurden Albanien und Nordma-

zedonien von der EU bereits im März 2020 Beitrittsverhandlungen zugesagt, die bislang nicht eröffnet wurden. Montenegro und Serbien haben bereits 2008 beziehungsweise 2009 Aufnahmegesuche gestellt. Inzwischen sind auch Beitrittsverhandlungen angelaufen. Allerdings hatte die EU-Kommission selbst in einem Strategiepapier 2018 für den westlichen Balkan erklärt, Montenegro und Serbien könnten bis 2025 beitreten. Damals war in Brüssel von einer „sehr ambitionierten“ Perspektive die Rede gewesen.

## Große Erweiterungsrunde denkbar

Sollte sich die Führung in Kiew mit ihren Vorstellungen zu einem sehr schnellen Beitritt durchsetzen, könnte am Ende einer jener Kompromisse stehen, die typisch für die EU-Ratsgipfel sind. Denkbar ist etwa eine große Erweiterungsrunde, bei der 2025 nicht nur Serbien und Montenegro in die EU aufgenommen werden, sondern in einem Schnellverfahren auch die Ukraine, Georgien und Moldau.

## EU-Beitrittsbefürworter



Polens Präsident **Andrzej Duda** sprach sich bereits kurz nach dem Angriff Russlands für ein Schnellverfahren zur EU-Aufnahme der Ukraine aus.



Georgiens Regierung unter Ministerpräsident **Irakli Garibashvili** stellte Anfang März einen Antrag auf eine EU-Mitgliedschaft des Kaukasuslandes.



Der Chef der Regierungspartei „Georgischer Traum“, **Irakli Kobakhidze**, fordert eine Notfallprüfung für den EU-Beitrittsantrag seines Landes.

## KORRUPTION

# „Nach wie vor ein zentrales Problem in der Ukraine“

Erst im Herbst vergangenen Jahres legte der EU-Rechnungshof einen Sonderbericht zur Korruptionsbekämpfung vor

Günther Verheugen, der in seiner Zeit als EU-Kommissar für die Beitrittsverhandlungen mit den Staaten der Osterweiterungsrunde 2004 zuständig war, sieht mit dem Wunsch der Ukraine, EU-Vollmitglied zu werden, eine „Herkulesaufgabe“ auf das Land zukommen, „die viel Zeit und Kraft braucht und jede Menge EU-Unterstützung, die weit über das hinausgeht, was jemals für einen beitragswilligen Staat geleistet wurde“. Tatsächlich versucht die EU inzwischen bereits seit zwanzig Jahren, die Ukraine als strategischen Partner zu fördern. Das erste Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine datiert sogar schon auf das Jahr 1994.

Am 23. September 2021 legte der EU-Rechnungshof einen Sonderbericht vor, der eine ernüchternde Bilanz der bisherigen EU-Unterstützung bei der Bekämpfung von Korruption und gegen die Vereinnahmung des ukrainischen Staates für private Interessen zog. Gleich in der Einleitung stellte der Rechnungshof fest, „obwohl die EU mehrere Initiativen zur Reduzierung von Korruptionsgelegenheiten auf den Weg gebracht hatte“, sei Großkorruption „nach wie vor ein zentrales Problem in der Ukraine“. Gerade der Hinweis auf Großkorruption ist politisch brisant.

Die Organisation Transparency International definierte diese Art von Korruption nämlich als Machtmissbrauch auf

hoher Ebene, durch „den sich einige wenige Personen auf Kosten der Allgemeinheit einen Vorteil verschaffen“.

Basis dieser Art von Korruption sind in der Ukraine nach den Erkenntnissen der EU-Rechnungsprüfer „informelle Verbindungen zwischen Regierungsbeamten, Parlamentsmitgliedern, Staatsanwälten, Richtern, Strafverfolgungsbehörden (LEA), Geschäftsführern von staats-eigenen Unternehmen und politisch vernetzten Einzelpersonen/Unternehmen“. Als weitere Besonderheit stellten die Rechnungsprüfer eine Vereinnahmung des Staates „durch Blöcke mächtiger Eliten aus Politik und Wirtschaft“ fest, „die pyramidal strukturiert und in öffentli-

In ihrem Bericht übten die Rechnungsprüfer nicht nur Kritik an der Ukraine, sondern auch an der EU

chen Einrichtungen und der Wirtschaft etabliert sind“.

In ihrem Bericht übten die Rechnungsprüfer auch Kritik an der EU selbst: „Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) und die Kommission waren sich der zahlreichen Verbindungen zwischen Oligarchen, hochrangigen Beamten, der Regierung, dem Parlament, der Justiz und der staatseigenen Unternehmen sehr wohl bewusst“.

Angesichts des erlahmenden Reformeifers in einigen Ländern, die seit der Jahrtausendwende der Europäischen Union beigetreten sind, ist dieser Befund des Rechnungshofs zur Ukraine überaus alarmierend. *N.H.*

## ANTIWERBUNG

# Selenskyjs Gastauftritte in Parlamenten

Das Fachblatt „PR Week“, nach eigenen Angaben weltweit das führende Medium der Branche, geht von 150 PR-Agenturen und Beratern aus, die sich nach dem Einmarsch russischer Truppen der Ukraine zur Verfügung gestellt haben. Trotz dieser geballten Unterstützung für die Ukraine haben sich in der internationalen Öffentlichkeitsarbeit in den letzten Wochen gleich mehrere schwere Pannen ereignet.

Bei seinen Videoansprachen an ausländische Parlamente zieht der ukrainische Präsident Selenskyj regelmäßig historische Parallelen. Bei der Ansprache an das israelische Parlament verstieg sich Selenskyj allerdings zu einem Vergleich des russischen Angriffskriegs mit dem Holocaust an den Juden. Israels Regierungschef Naftali Bennet äußerte als Reaktion zwar Verständnis dafür, dass Selenskyj als Präsident „um das Überleben seines Landes kämpft“. Den Holocaust-Vergleich bezeichnete Bennet allerdings als „unangebracht“. Die Gedenkstätte Yad Vashem kritisierte Selenskyjs Anspielung wesentlich schärfer als eine der unverantwortlichen Äußerungen, welche die historischen Fakten des Holocausts trivialisieren.

Bei der übertragenen Rede des ukrainischen Präsidenten in das griechische Parlament kam es am 7. April sogar zu einem Eklat. Zum Teil blieben Abgeordnete der Rede Selenskyjs von vornherein fern, andere verließen während der Übertragung demonstrativ das Plenum. Applaus für Selenskyj gab es fast nur von den Abgeordneten der Regierungspartei Nea Dimokratia, während die Opposition empört reagierte.

Grund war die Videoeinblendung zweier griechisch sprechender Mitglieder des Regiments Asow. Nach Medienberichten zur Lage der griechischen Minderheit in der Hafenstadt Mariupol und Erlebnisberichten von Flüchtlingen steht der Name des auf Seiten der Ukraine kämpfenden paramilitärischen Freiwilligenbataillons, dessen Symbol die Wolfsangel ist, in Griechenland für Neonazismus. *N.H.*

# Der importierte Judenhass

Attacken auf jüdische Menschen, Hassparolen auf Demonstrationen: Muslimische Migranten toben ihren Antisemitismus auf deutschen Straßen offen aus. Warum zögert die Politik?

VON HOLGER FUSS

Der Ministerpräsident verrät sich durch eine kaum merkwürdige Geste. Hendrik Wüst, Regierungschef in Nordrhein-Westfalen, wird an diesem 24. April bei „Bild TV“ interviewt. Es geht um den Ukrainekrieg, die Rolle der Ampelregierung und Gerhard Schröder. Dann wechselt Moderator Kai Weise zu den antiisraelischen Demonstrationen am Vorabend in Berlin-Neukölln und Dortmund, bei denen es zu schweren Ausschreitungen kam und judenfeindliche Parolen gerufen wurden. Noch während Weise seine Frage formuliert und wissen will, warum Wüst dies in Dortmund zugelassen habe, geht ein Ruck durch den Körper des Politikers. Es ist, als ob sein Gehirn den Gliedmaßen signalisiert: Achtung, heikles Thema! Verplappere dich nicht!

Und in der Tat antwortet Wüst mit einer Kaskade von zittrigen Floskeln: Sowas sei inakzeptabel, die Antisemitismusbeauftragte des Landes habe direkt in seiner Regierungszentrale ihren Sitz, jeder Vorfall sei einer zuviel, die stärkste Waffe gegen Antisemitismus sei es, den jüdischen Glauben „ein Stück normal zu machen in unserem Land“. Überhaupt müssten Politik und Rechtsstaat bei Judenhass dagegenhalten.

## Beschweigen der Täter

Was Hendrik Wüst mit keinem Wort erwähnte, machten auf den Demonstrationen die palästinensischen Fahnen deutlich, manche mit rotem Stern und Halbmond aus der Flagge des einstigen Osmanischen Reiches. Zwischendrin waren Embleme aus dem linksradikalen Spektrum zu entdecken. Als „Migrantifa“ bezeichnet sich diese Melange aus migrantischen Aktivisten und Antifa-Demonstranten selber. Wer hier „Drecksjuden!“ pöbelte, gab sich als linker und muslimischer Absender zu erkennen. Doch insbesondere das Phänomen des muslimischen Judenhasses wird vom Düsseldorfer Ministerpräsidenten wortreich beschwiegen.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser twitterte am selben Sonntag nach den Demonstrationen ebenfalls: „Für Judenfeindlichkeit gibt es in unserer Gesellschaft keinen Platz. Hier muss der Rechtsstaat konsequent handeln. An antisemitische Beschimpfungen dürfen wir uns niemals gewöhnen – egal von wo und von wem sie kommen.“ Auffällig auch hier: Keine Silbe darüber, woher die antisemitischen Hetzer kommen. Schon bei Amtsantritt im vergangenen Dezember erklärte sie: „Ein ganz besonderes Anliegen wird für mich der Kampf für die offene Gesellschaft und gegen ihre Feinde sein – der Rechtsextremismus ist die größte Bedrohung für unsere Demokratie.“

Beschirmt von der Suggestion, der Antisemitismus gehe hierzulande vor allem von Rechtsextremisten und Neonazis aus, kommt es immer wieder zu Hasskundgebungen des islamistischen Milieus gegen Israel und zu Attacken gegen jüdische Deutsche. Für den 29. April hatte die Berliner Polizei den jährlichen Al-Quds-Marsch verboten, an dem, wie überall auf der Welt, muslimische Gläubige gegen Israels Besetzung von Ost-Jerusalem protestieren. Stattdessen mischten sich die einschlägigen Randalierer zwei Tage später unter die 14.000 linksanarchischen Marschierer zum turnusmäßigen „Revolutionären 1. Mai“. Zu lesen und zu hören war etwa die Losung: „From the river to the sea, Palestine will be free“ („Palästina wird vom Fluss bis zum Meer frei sein“). Gemeint ist die Auslöschung des jüdischen Staates zwischen Jordan und Mittelmeer.

Schon im Mai 2021 sorgte eine unangemeldete Zusammenrottung von rund 180 Menschen vor einer Synagoge in Gelsenkir-



„Ewiger Feind“: Auf pro-palästinensischen Demonstrationen zeigen muslimische Migranten in deutschen Großstädten regelmäßig ihre Feindschaft gegenüber Israel und den Juden

Foto: pa

chen für Empörung, aus der heraus Sprechchöre „Scheiß-Juden!“ skandierten. Im Internet kursierten Videos, auf denen „überwiegend junge arabisch aussehende Männer zu erkennen“ sind sowie „Personen, die Türkiflaggen schwenken“, wie der WDR mitteilte.

Unweit des Hamburger Hauptbahnhofs wurde im September 2021 ein 60-jähriger Mann, der für Israel Mahnwache hielt, von einem 16-jährigen Muslim verprügelt und mit Joch- und Nasenbeinbruch ins Krankenhaus eingeliefert. Ähnlich bizarr geht es in der Hauptstadt zu. In muslimischen Intensivquartieren wie Neukölln und Kreuzberg gilt es bereits als Mutprobe, mit einer Kippa auf dem Kopf durch die Straßen zu spazieren. Aber auch in einem eher gediegenen Stätte wie Prenzlauer Berg wurden im April 2018 zwei junge Männer mit Kippa von drei jungen Männern angehalten und beschimpft. Ein Handyvideo auf Facebook zeigt, wie einer von ihnen, ein 19-jähriger Syrer, mit einem Gürtel auf einen der Juden einschlug und „Yahoudi!“ („Jude!“) ausrief.

## Der „ewige Feind“

Kein Zweifel, spätestens seit 2015 Hunderttausende von Migranten aus dem islamischen Kulturraum nach Deutschland kamen, hat sich das Leben für Juden hierzulande verändert. Die Entwicklung bahnte sich aber schon länger an. Bereits 2012 warnte die damalige Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, Anetta Kahane, nach dem brutalen Überfall auf einen Rabbiner in Berlin-Schöneberg vor zunehmender Gewalt gegen Juden. „Es gibt in letzter Zeit mehr körperliche Attacken gegen Juden als in den vergangenen Jahren – vor allem in Ballungsgebieten und Großstädten“, so Kahane. „Und leider sind es meist junge Migranten.“

Für die jüdische Aktivistin Malca Goldstein-Wolf steht fest: „Muslimischer Judenhass ist die größte Bedrohung für jüdisches Leben in Deutschland. Es gibt, relativ gesehen, deutlich weniger rechtsradikale Gewalttäter, aber Massen an Muslimen, die sich nicht scheuen, Juden, die eine Kippa tragen, körperlich anzugreifen und den Hass auf Juden völlig ungehemmt ausleben.“ Auch der

deutsch-jüdische Historiker Michael Wolffsohn sagt: „Der muslimische Antisemitismus ist der gefährlichste.“

Judenhass hat im islamischen Raum eine lange Tradition. Auf unterschwellige Weise, so beschreibt es der Islamwissenschaftler Abderrahmane Ammar, werden seit Jahrhunderten Narrative weitergereicht, „welche die Idee des ‚ewigen Feindes‘ aufrechterhalten“. Unter Muslimen wird das Wort „Yahoudi“ häufig als Beleidigung verwendet. Der Ausdruck kommt auch als Synonym für „Habgieriger“, „Verräter“ oder „Verschwörer“ zum Einsatz. Zur Vorstellung vom Juden als ewigem Feind gehört die Behauptung, die heutigen Juden seien Nachkommen jener Juden, die einst gegen den Propheten Mohammed und die Muslime gekämpft haben. Ammar: „Dies erklärt Parolen wie den Slogan: ‚Oh, ihr Juden – die Armee Mohammeds wird zurückkehren!‘, der auch bei den jüngsten Demonstrationen zum Gaza-Konflikt sowohl in der islamischen Welt als auch in Europa zu hören war.“

Da verwundert es nicht, dass der Großmufti von Jerusalem Mohammed Amin al-Husseini seinerzeit von Hitler begeistert war. Als ihn der Führer 1941 in Berlin empfing, erklärte ihm al-Husseini, dass die Araber dieselben Feinde hätten wie die Nazis: die Juden, die Engländer und die Russen. Seine Glaubensbrüder wies der Großmufti an: „Kill the jews wherever you find them!“ („Tötet die Juden, wo immer ihr sie findet!“).

Aber auch fehlende Prosperität und ausbleibender technischer Fortschritt in vielen muslimisch geprägten Ländern schürt nach Ansicht Ammars den Hass auf Juden: „Dieses Scheitern wird mit der Behauptung gerechtfertigt, dass die Juden ja die Weltwirtschaft dominierten.“

Was wir mit den muslimischen Migranten gleichsam im Paket importieren, ist eine nicht erfolgte Aufklärung in der islamischen Welt. Bildungsferne Einwanderer, die sich in Deutschland in Parallelwelten verschanzen, verachten häufig nicht nur die westlichen Wertekoordinaten, sondern bringen ein massives Potential an Judenhass ins Land. Wer darauf hinweist, muss mit Empörung rechnen. So ging ein Aufschrei durch unser Land,

„Muslimischer Judenhass ist die größte Bedrohung für jüdisches Leben in Deutschland. Es gibt, relativ gesehen, deutlich weniger rechtsradikale Gewalttäter, aber Massen an Muslimen, die sich nicht scheuen, Juden, die eine Kippa tragen, körperlich anzugreifen und den Hass auf Juden völlig ungehemmt ausleben“

Malca Goldstein-Wolf, jüdische Aktivistin

als Modeschöpfer Karl Lagerfeld 2017 im französischen Fernsehen die deutsche Flüchtlingspolitik kritisierte: „Man kann nicht Millionen Juden töten und, auch wenn Jahrzehnte dazwischen liegen, später Millionen ihrer schlimmsten Feinde ins Land holen.“

Tatsächlich aber hat Lagerfeld damit den Finger in die Wunde gelegt. Wie kommt es, dass der Rechtsstaat bei muslimischem Antisemitismus „lange zu nachsichtig“ war, wie Berlins früherer Innensenator Frank Henkel (CDU) einräumt? Schwingt in der Rücksicht auf arabischstämmige Judenhasser, die ihre Konflikte aus dem Nahen Osten auf deutschem Territorium austragen, womöglich unser historisches Schultrauma mit, ein Minderwertigkeitskomplex, mithin deutscher Selbsthass? Sind wir so versessen auf die Multikulti-Ideologie, weil sie unser Sühnemodell ist für den millionenfachen Mord an europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg?

## Tiefere Ursachen

Traumatherapeuten wissen, dass ihre Patienten häufig das Erlebte wiederholen, um vom Leidensdruck loszukommen. Wenn das so ist und wenn sich Kollektive wie Individuen verhalten, könnte hierin ein Hinweis zu finden sein, weshalb schon wieder die Juden im Visier sind. Dann würden die heute sich als progressiv verstehenden Deutschen ihre unbewusste Judenverachtung an ihre muslimischen Zuwanderer delegieren. Ganz so, als ob hier der gallige jüdische Scherz „Die Deutschen werden den Juden Auschwitz niemals verzeihen“ seine schaurige Wahrheit enthüllt.

Offiziell wird natürlich das Gegenteil behauptet. „Aus meiner Sicht gibt es schon einen generellen Grundkonsens in der Ablehnung antisemitischer Gewalt“, sagt Henkel und meint damit einen Konsens in der politischen Elite des Landes. Doch wie glaubwürdig ist dieser Konsens, insbesondere bei der politischen Linken? Erschöpft er sich in Kampagnen wie „Kein Millimeter nach rechts“ und ist bereits überfordert, wenn es um die Duldung der israelfeindlichen Boykott-Bewegung BDS geht, der auf der Documenta im September ein Forum gegeben werden könnte, wie der Zentralrat der Juden in Deutschland befürchtet? „Wer auf Judenhass von muslimischer oder von linker Seite hinweist, gerät schnell ungerechtfertigt in den Generalverdacht, AfD-nah zu sein“, beklagt Goldstein-Wolf.

Vielleicht hat Ministerpräsident Wüst sich bei „Bild TV“ auch deshalb so bedächtig geäußert, weil in Nordrhein-Westfalen am 15. Mai gewählt wird und er migrantische Wähler nicht verprellen möchte. Von den 18 Millionen Einwohnern im bevölkerungsreichsten Bundesland sind immerhin eine Million muslimisch. Und sie haben eine erstklassige Lobby. Bis in die Abiturprüfung reicht der lange Arm der Integration inzwischen.

Thema des diesjährigen Deutsch-Abiturs in NRW war nicht Literatur von Schiller oder Thomas Mann, sondern das rassismuskritische Buch „Sprache und Sein“ von Kübra Gümüşay. Die 33-jährige türkischstämmige Hamburgerin und Bestsellerautorin schreibt für die „taz“, hielt Reden bei islamistischen Organisationen und verehrt den Lieblingsdichter Erdoğan, Necip Fazıl Kısakürek, der für „poetische Vernichtungsphantasien über Aleviten und Eziden“ („FAZ“) bekannt ist.

Vor Interessengruppen, die solche Autoren in die Schulabschlussprüfungen zu schmuggeln instande sind, dürfte sich auch ein Ministerpräsident wohl lieber in Acht nehmen wollen.

● Holger Fuß ist Publizist und schreibt für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über Politik, Wissenschaft, Kultur und das Zeitgeschehen. 2019 erschien „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt. Über das Ende einer Volkspartei“ (FinanzBuch Verlag). [www.m-vg.de](http://www.m-vg.de)

## ● MELDUNGEN

## Erfolgreiche Klage

**München** – Das 2016 novellierte Bayerische Verfassungsschutzgesetz verstößt teilweise gegen das Grundgesetz. So lautet ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom vorletzten Dienstag. Zur Begründung hieß es, das Gesetz verletze in seiner aktuellen Form das allgemeine Persönlichkeitsrecht, das Fernmeldegeheimnis und das Prinzip der Unverletzlichkeit der Wohnung, denn es vereinfache das Abhören von Wohnungen, Mobiltelefonortungen, Onlinedurchsuchungen von Computern mittels der Installation sogenannter Staatstrojaner und Langzeitüberwachungen von Personen durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz auf unzulässige Weise. Der Gesetzgeber in München habe die Voraussetzungen für die Einschränkung der verfassungsmäßigen Grundrechte und die Verarbeitung personenbezogener Daten zu unbestimmt formuliert. Nun muss der Freistaat bis zum Juli kommenden Jahres nachbessern. Bis dahin darf das Gesetz nur unter strengen Auflagen angewendet werden. **W.K.**

## Weniger Salafisten

**Berlin** – Die Behörden berichten von einem Lichtblick im Kampf gegen den radikalen Islam in Deutschland. Verzeichnete der Verfassungsschutzbericht zwischen 2017 und 2020 jeweils einen Anstieg der Zahl radikaler Moslems, so schätzen die Sicherheitsbehörden das gesamte Potential dieses Spektrums aktuell auf 28.290 Menschen, was einem Rückgang um 1,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Laut Bundesregierung war die Zahl der radikalislamischen Gefährder im Jahr 2021 erstmals seit Jahren leicht rückläufig. Dies teilte sie auf eine Anfrage der AfD mit. Als Grund für den Rückgang vermutet die Regierung Vereinsverbote, Haftstrafen gegen Kriminelle sowie den Niedergang des Islamischen Staates. Eine weitere Ursache sieht sie in der Corona-Pandemie, durch die Missionierungsaktivitäten gebremst worden seien. Wie belastbar diese Zahlen sind, wird der Verfassungsschutzbericht 2021 zeigen. **MRK**

## Ruinöse Dieselpreise

**Bonn** – Wegen der hohen Dieselpreise ist die Situation der Fischerei an der deutschen Nord- und Ostseeküste weiterhin prekär. Nach Angaben des Generalsekretärs des Deutschen Fischereiverbandes (DFV), Peter Breckling, ist derzeit kaum ein Betrieb in der Lage, mit ausreichenden Erträgen zu fischen. Nach Beginn des Ukrainekrieges hatten sich die Preise für den weitgehend steuerfreien Schiffsdiesel zeitweise verdoppelt, sodass viele Betriebe die Fischerei in Nord- und Ostsee eingestellt haben. Neben Insolvenzen gibt es laut dem DFV viele Fälle, in denen Fischer bereits von der Substanz leben und beispielsweise ihre Lebensversicherungen zur Altersversorgung gekündigt haben, um die Mittel in den Betrieb zu stecken. Hilfe erhofft sich die Branche von einem Hilfspaket der Bundesregierung, die bis zu zehn Millionen Euro an Soforthilfen bereitstellen will. **N.H.**



Hat gut lachen, da seine Wiederwahl sicher scheint: Daniel Günther auf Wahlkampf tour in Kiel

Foto: imago/penofoto

## LANDTAGSWAHL SCHLESWIG-HOLSTEIN

## Erster Stimmungstest für Berlin

CDU liegt in Umfragen vorn, SPD und FDP erwartet eine Schlappe – Nur Grüne legen zu

VON PETER ENTINGER

**A**ls die CDU vor gut einem Monat im Saarland auf eine sichere Wahlniederlage zusteuerte, bemühten sich die Parteigranden eilig, die sich abzeichnende Pleite als regionales Ereignis abzutun.

Wenige Tage vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein sieht das ganz anders aus. Siegesicher zeigte sich Parteichef Friedrich Merz während des Wahlkampfes an der Seite des amtierenden Ministerpräsidenten Daniel Günther. Was im kleinsten Flächenland der Republik nicht gelang, zeichnet sich im hohen Norden ab: Der 48-jährige Günther, laut Umfragen seit Monaten einer der beliebtesten Unions-Politiker der Republik, kann von seinem Amtsbonus profitieren. 38 Prozent wollten in der Woche der Wahl die CDU wählen, das wäre ein satter Zuwachs von fast sechs Prozent im Vergleich zu 2017. Seitdem regiert die CDU gemeinsam mit FDP und Grünen.

**SPD droht ein Debakel**

Die Wahl in Schleswig-Holstein könnte zum ersten Stimmungstest für die in Berlin regierende Ampelkoalition wer-

den. Der SPD droht mit nicht einmal 20 Prozent ein historisches Debakel, die FDP könnte in die Einstelligkeit zurückfallen. Lediglich die Grünen dürften kräftig zulegen.

Der Traum der Strategen, im Willy-Brandt-Haus eine Koalition nach Berliner Vorbild zu bilden, scheint eine Utopie zu bleiben. Als „seltsam bemüht“ bezeichnete eine Tageszeitung den Wahlkampf des SPD-Spitzenkandidaten Thomas Losse-Müller. Der 49-jährige Finanzentwickler ist erst vor knapp zwei Jahren von den Grünen zur SPD gewechselt. Dass er so schnell zum Frontmann avancierte, zeigt die personelle Not, in der sich die Sozialdemokraten befinden.

Hier zeigt sich der große Unterschied zum Saarland. Zwar ging die CDU auch dort mit dem Amtsinhaber Tobias Hans ins Rennen, aber die langjährige Wirtschaftsministerin und Herausfordererin Anke Rehlinger war bekannt und am Ende beliebter als der Ministerpräsident. Bei einer Direktwahl in Schleswig-Holstein würden 66 Prozent für Günther stimmen, lediglich acht Prozent für den SPD-Herausforderer, der damit noch um vier Punkte hinter der Grünen-Spitzenkandidatin Monika Heinold liegt.

Die Ökopartei kann im Norden vor Kraft kaum laufen, seit ihr telegener Vorzeigemann Robert Habeck in Berlin den Ministersessel bestieg. Dass die Grünen auf den letzten Metern sogar noch an der SPD vorbeiziehen, ist nicht ausgeschlossen. Für die SPD wäre dies ein GAU.

**Günther kann Partner wählen**

Der Wahlkampf an der Waterkant war schwergängig. Der Ukrainekrieg überlagerte jede Diskussion, die Coronapandemie steckt den Menschen noch in den Knochen. Spürbar ist vieles, nur keine Wechselstimmung. So wird sich Günther aller Voraussicht nach aussuchen können, ob er mit den Grünen oder den Liberalen regiert. Günther zählt innerhalb der CDU zum Merkel-Lager, er hat stets Signale Richtung Schwarz-Grün ausgesendet. Sollten die Grünen wie erwartet zulegen, käme er kaum an ihnen vorbei.

Schwieriger ist die Lage für die FDP. Zwar stammt mit Wolfgang Kubicki einer der bekanntesten Politiker des Landes aus ihren Reihen, doch den Liberalen fehlt mit dem weitgehenden Wegfallen der Corona-Einschränkungen ein zündendes Thema. Nach 11,5 Prozent vor fünf Jahren drohen nun Verluste.

Ob die Alternative für Deutschland auch künftig dem Kieler Landtag angehört wird, ist unsicher. In den letzten Umfragen vor der Wahl lag sie zwischen fünf und sechs Prozent. Der hohe Norden ist für die Rechtsparterie traditionell ein heikles Pflaster. Zudem lastet der juristische Dauerstreit zwischen der ehemaligen Landes- und Fraktionsvorsitzenden Doris von Sayn-Wittgenstein und dem Landesverband um ihre Mitgliedschaft auf der AfD.

**AfD hat wenig Chancen**

In den Wochen vor der Wahl präsentierte sich der Verband in einem kaum kampagnenfähigen Zustand. Dass die Partei erstmals seit dem Einzug in den sächsischen Landtag 2014 wieder aus einem Parlament gewählt wird, ist nicht ausgeschlossen. Spitzenkandidat Dirk Nobis gibt sich unverdrossen und peilt die Marke von „sieben plus x“ an.

Die im Südschleswigschen Wählerverband organisierte dänische Minderheit ist von der Sperrklausel befreit. Sie dürfte mit rund vier Prozent aber noch vor der Linkspartei landen, der auch im Norden das Schicksal der politischen Bedeutungslosigkeit droht.

## BERLINER VERKEHRSPOLITIK

## Autofahrer im Visier der DUH

Die Deutsche Umwelthilfe spricht sich für drastische Gebührenanhebungen fürs Anwohnerparken aus

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) fordert, das Anwohnerparken deutlich zu verteuern und dort, wo es bislang kostenlos ist, Gebühren zu erheben: „Die flächendeckende Parkraumbewirtschaftung zu angemessenen Preisen ist nachweislich ein wichtiges Instrument, um die Zahl der Autos in Städten zu reduzieren“, heißt es seitens des Vereins.

Regelmäßig tritt die DUH in Erscheinung, wenn es darum geht, Autofahrer zu schikanieren und das Auto als solches zu diffamieren. Dabei lebt die DUH nicht zuletzt von „Abmahngebühren“. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ stellte im März 2017 fest, die DUH sei „ein von Abmah-

nungen lebender Interessenverein“. Inzwischen ist sie eine Art politischer Arm der Grünen geworden, die ähnliche Ziele verfolgen.

**Ein klassischer Abmahnverein**

Ein Jahr später sagte der damalige nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet, die DUH sei ein „klassischer Abmahnverein, finanziert von einem ausländischen Autokonzern, der die deutsche Autoindustrie schwächen will“. Nun geht es darum, dem klammen Staat zusätzliches Geld in die Kassen zu spülen. Bis zum Jahr 2020 wurde der Preis für das Anwohnerparken bundesweit geregelt. Er

durfte 30,70 Euro im Jahr nicht überschreiten. Nach der Änderung der Straßenverkehrsordnung haben die Bundesländer jedoch die Möglichkeit, eine eigene Gebührenordnung zu erlassen oder das den Kommunen zu überlassen.

Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen haben schon davon Gebrauch gemacht. Bayern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein zögern noch, während in Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Sachsen in den Regierungen diskutiert wird. Die DUH tadelt das als „Verschleppen“ der Angelegenheit.

Während in Frankreich der Gelbwestenprotest flächendeckend eine wirkungsvolle Widerstandskultur entwickelt hat, gibt es in Deutschland keine wirkungsvolle Interessenvertretung der Autofahrer. Städte könnten das Anwohnerparken auf mehr als 300 Euro im Jahr verteuern. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund rät davon ab: „Es sollte geprüft werden, ob dies nicht auf anderen Wegen unterstützt werden kann, als mit einer derart drastischen Erhöhung der Anwohnerparkgebühren.“ Gerade Familien benötigten häufiger das eigene Fahrzeug. Ebenso Arbeitnehmer, die außerhalb der Stadt arbeiten, wo der ÖPNV häufig schlecht ausgebaut sei. **Frank Bücker**

## AUSSCHREITUNGEN

## Judenhass nun auch zum 1. Mai

Arabische Antisemiten bei der „revolutionären“ Demo – Pressefreiheit leidet unter rot-rot-grünem Gesetz

VON NORMAN HANERT

Traditionell bedeutet der 1. Mai für die Berliner Polizei eine Arbeit an der Belastungsgrenze. Auch in diesem Jahr waren für den Maifeiertag 20 Demonstrationen im gesamten Stadtgebiet angemeldet. Gut ein Jahr nachdem die rot-rot-grüne Koalition ein eigenes Landesversammlungs-gesetz beschlossen hat, zeigt sich immer mehr, dass bei dem Gesetzeswerk dringend nachgebessert werden muss.

Schon am Wochenende vor dem Maifeiertag war es bei einer Demonstration palästinensischer Gruppen und jugendlicher Araber anderer orientalischer Nationen zu antisemitischen Vorfällen gekommen. Bei der Anti-Israel-Demonstration waren Hunderte Personen, darunter auch eine Gruppe der Berliner Linksjugend solid, durch Kreuzberg und Neukölln gezogen und hatten immer wieder volksverhetzende Parolen gerufen.

Arabische Jugendliche stimmten zudem immer wieder Parolen der Terrororganisation Hamas an. Für Aufsehen sorgte die Demonstration vor allem durch Angriffe auf Pressevertreter. Von einer Menschengruppe besonders heftig attackiert wurde ein Journalist des Springer-Verlages. Kurz vor dem Neuköllner Hermannplatz, dem Endpunkt des Demonstration-zuges, bedrängte eine Gruppe von Jugendlichen den Reporter, beleidigte ihn mit rufen wie „Drecksjude“.

Schließlich nahmen die Geschehnisse einen Verlauf, der die Polizei in Erklärungsnot brachte. Der Springer-Journalist und ein weiterer Berichterstatter wurden von der Veranstaltung ausgeschlossen und von der Polizei wegescortiert. Wie später unter anderem der Sender rbb berichtete, waren die zwei Pressevertreter auf Verlangen des Versammlungsleiters aus dem Demonstrationzug entfernt worden.

## „Yallah Klassenkampf“

Daraufhin sah sich die Polizei massiver Kritik und Vorwürfen von Fehlverhalten ausgesetzt. Niklas Schrader, innenpolitischer Sprecher der Linkspartei im Berliner Abgeordnetenhaus, forderte beispielsweise die Polizei auf, die Entscheidung der Beamten aufzuarbeiten. Dabei ist zu bemerken: Bei der Linksjugend solid handelt es sich um die Jugendorganisation von Schraders eigener Partei.

Der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Stephan Kelm wies dagegen auf



Die neue Allianz: Linksextremisten und arabische Antisemiten am 1. Mai in Berlin

Foto: imago/Müller-Stauffenberg

„viele ungeklärte Rechtsbegriffe und schwammige Formulierungen“ im Versammlungsfreiheitsgesetz hin, das erst vor einem Jahr auch mit Hilfe der Linkspartei in Kraft getreten ist. Tatsächlich heißt es in dem Berliner Landesversammlungs-gesetz: „Die Versammlungsleitung darf Personen, die die Ordnung der Versammlung erheblich stören, aus der Versammlung ausschließen.“ Ausdrücklich werden dabei auch Journalisten genannt: „Das gilt auch für Presseangehörige, sofern sie die Ordnung der Versammlung erheblich stören.“

Als das Versammlungsgesetz von Rot-Rot-Grün präsentiert wurde, war dabei ausdrücklich auch auf das Recht auf ungehinderten Zugang zu Versammlungen und auf freie Berichterstattung durch die Medien hingewiesen worden. Bleibt es bei der Regelung, dass Demonstrationsveranstalter auch Medienvertreter ausschließen können, ist nach dem Präzedenzfall auf der Anti-Israel-Demonstration das Recht auf freie Berichterstattung stark in

Gefahr. Bundesweit einmalig hatte die R2G-Koalition im Berliner Versammlungsgesetz für die Polizei auch ein Deeskalationsgebot verankert.

Wie realitätsfern diese Regelung ist, macht eine Ankündigung von Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) deutlich. Bereits im Vorfeld der Demonstration linksradikaler Gruppen mit dem Titel „Revolutionärer Erster Mai – Yallah Klassenkampf – No war but class war!“ hatte Spranger klargestellt, dass die Polizei im Falle von Ausschreitungen massiv einschreiten werde.

## Giffey musste Auftritt abbrechen

Tatsächlich kam es auch in diesem Jahr bei der „Revolutionären 1. Mai“-Demo wieder zu Gewalt gegen Polizeibeamte. Auf Twitter berichtete die Polizei von Flaschenwürfen und „Angriffen durch Pyro, Schläge und Tritte Richtung der Polizeikräfte aus Teilen der Demo“. Wie schon in der Vorwoche waren auch bei dieser 1. Mai-Demo wieder antisemitische Rufe

zu hören. Nach einem Verbot einer eigenen Versammlung hatten sich palästinensische Gruppen in diesem Jahr der sogenannten Revolutionären 1. Mai-Demonstration angeschlossen.

Die Auswüchse der Berliner Demonstrationskultur bekam auch die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey zu spüren. Sie war zur Berliner Maikundgebung des DGB als Rednerin geladen. Nachdem sie ausgepöfht, ausgebuht und mit einem Ei beworfen worden war, musste Giffey ihre Rede allerdings abbrechen. Lautstark hatte sie auf der Gewerkschaftsveranstaltung in diesem Jahr ein „klassenkämpferischer Block“ mit 300 bis 400 Teilnehmern bemerkbar gemacht.

Gefordert wurde aus diesem Block von Giffey insbesondere immer wieder, den Volksentscheid zur Enteignung von Wohnungskonzernen umzusetzen. Den Abbruch ihres Auftritts spielte Giffey als „verkürzte Verabschiedung“ herunter, indem sie betonte, ohnehin am Ende ihrer Rede gewesen zu sein.

## GESUNDHEIT

## Plötzlich mehr Schlaganfälle und Herzbeschwerden

Anfrage an den Senat enthüllt rasanten Anstieg einschlägiger Rettungseinsätze im Jahre 2021

Robert Schaddach sitzt seit 2006 für die SPD im Abgeordnetenhaus von Berlin. Am 10. März richtete der Politiker die Schriftliche Anfrage Nr. 19/11386 zur „Einsatzzahlenentwicklung der Berliner Feuerwehr im Hinblick auf Herzbeschwerden und Schlaganfälle der letzten vier Jahre“ an die Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport. Daraufhin erhielt er am 7. April eine vierseitige Antwort mit der Unterschrift von Torsten Akmann, seines Zeichens Staatssekretär für Staats- und Verwaltungsrecht, Öffentliche Sicherheit und den Verfassungsschutz.

Aus dem Papier geht hervor, dass die Zahl der protokollierten Einsätze aufgrund von Herzbeschwerden 2021 immer-

hin 31,2 Prozent über den Werten von 2018 und 2019 lag. Zwei Jahre, in denen sich diese Werte kaum voneinander unterschieden hatten. Damit lag der Anstieg 2021 weit über der üblichen Schwankungsbreite. Bei Schlaganfällen betrug der Anstieg im gleichen Zeitraum ebenfalls noch 27,4 Prozent.

## „Zahlen sind erklärungsbedürftig“

Zu den möglichen Gründen hierfür teilte Akmann mit, das Ganze könne „mit einer intensiveren Protokollnutzung, der Einklassifizierung von Symptomen, der Weiterentwicklung des Qualitätsmanagements, aber auch der Veränderung der Einsatzzahlen in der Notfall-

rettung, beispielsweise durch Bevölkerungswachstum oder demografischen Wandel, zusammenhängen“. Außerdem sei zu berücksichtigen, dass der Alarmierungsanlass seitens der Notrufzentrale „keine abschließende Diagnose“ darstelle.

Ungeachtet dessen äußerte ein Sprecher der Feuerwehrgemeinschaft Berlin, welche das Schreiben Akmanns „mit regem Interesse zur Kenntnis genommen“ hat, jetzt gegenüber der „Berliner Zeitung“: „Derartige Steigerungsraten sind erklärungsbedürftig.“ Mit Blick auf das Jahr 2020 könne es „noch ansatzweise plausibel erscheinen, dass eine unheilvolle Melange aus dem Aufkommen eines

neuen Virustypus und dem Einführen beispielloser Maßnahmen mit allen Kollateralschäden zu einer tragischen Steigerung der Zahlen führte“.

„Für das Jahr 2021 scheint aber offenbar ein weiterer unbekannter Faktor hinzugekommen zu sein, der den vormaligen Anstieg noch einmal wesentlich verstärkte“, befürchtet der Vertreter der Feuerwehrgemeinschaft. Dem fügte er hinzu: Angesichts der „Auffälligkeiten der Steigerungen ist zu prüfen, ob hier gegebenenfalls ein kausaler Zusammenhang mit den immer stärker in den medialen Fokus geratenen Impfnebenwirkungen durch die Coronavakzine vorliegt.“

Wolfgang Kaufmann

## KOLUMNE

## Nicht jammern

VON THEO MAASS

Putin führt Krieg in der Ukraine. Die Berliner Grünen und ihnen zugeneigte NGOs führen hingegen Krieg in Berlin gegen 1,24 Millionen Besitzer eines Pkw in der Hauptstadt. Deren Zahl steigt übrigens. Rund 7100 mehr Automobilisten zählt die Statistik im Vergleich zum Vorjahr. Umfragen zeigen, eine Mehrheit der Berliner wünscht einen Weiterbau der Stadtautobahn. Die meisten Berliner stellen sich zudem gegen eine Reduzierung von Parkplatzflächen.

Durch den Bezirk Steglitz-Zehlendorf verläuft eine breite Straße, die ursprünglich aus der Zufahrt einer amerikanischen Panzerkaserne entstand. Rechts und links ist sie bereits von großzügigen Fuß- und Radwegen gesäumt. Dessen ungeachtet wurde auf der Straße noch ein extra breiter Radweg von der Fahrbahn abgeteilt. Der Bezirk Mitte plant, die Friedrichstraße dauerhaft autofrei zu machen. Anwohner, Gastronomen und Geschäftsleute sträuben sich dagegen.

Die Durchgangsverkehrsstraße Kant- und Budapester Straße in Charlottenburg soll eine Busspur bekommen – der unausgesprochene Grund: die Parkplätze dort kommen dann weg. Der Sprecher der Senatsverkehrsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz, Jan Thomsen, jubelt: „Der Parkraum entfällt damit auf diesem Abschnitt.“

Das ist für heute. Morgen ist ja auch noch ein Tag, an dem man sich neue Busspuren ausdenken kann. Der Trost: Wenn der Bürger es will, kommt das alles ganz schnell wieder weg. Einige Eimer schwarze Farbe und Seitenschneider zur Demontage der Verkehrszeichen würden ausreichen, um diesem Unfug ein Ende zu bereiten. Die Berliner, die den drei jetzt regierenden Parteien die Stimme gegeben haben, sollten sich also fest an die eigene Nase fassen. Insbesondere den Beteuerungen der Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD), sie werde nach der Wahl vieles anders machen, sollte im Gedächtnis derjenigen bleiben, die jetzt jammern.

## MELDUNG

## Der Rohbau des Turms steht

Potsdam – Beim Projekt zum Wiederaufbau des Turms der Potsdamer Garnisonkirche ist ein wichtiges Zwischenziel erreicht worden. Wie der Sprecher der Stiftung Garnisonkirche, Wieland Eschenburg, bekanntgab, sind die Maurerarbeiten abgeschlossen und damit der Rohbau fertiggestellt. Als nächster Schritt steht nach Angaben des Stiftungssprechers das Anbringen von Sandstein für die Aussichtsplattform des Turms in 57 Metern Höhe an. Danach soll der Bau der 23 Meter hohen Turmhaube aus Holz und einer Metallkonstruktion folgen. Die Stiftung strebt die Eröffnung des Turms Anfang 2024 an. Aktuell kalkuliert die Aufbaustiftung die Gesamtkosten des Projekts auf 41 Millionen Euro. Eschenburg zeigte sich zuversichtlich, dass sich der künftige Betrieb vor allem durch Eintrittsgelder für die Aussichtsplattform und die Vermietung von Seminarräumen sichern lässt.

N.H.

## ● MELDUNGEN

## Wer hat mehr Panzer?

**Washington** – Dem US-Verteidigungsministerium zufolge besitzt die Ukraine mittlerweile mehr funktionsfähige Panzer als Russland. Das liege zum einen daran, dass einige einst zum Warschauer Vertrag und nun zur NATO gehörende Staaten wie Tschechien reichlich Panzer sowjetischer Bauart in die Ukraine geliefert hätten, und zum anderen daran, dass es den ukrainischen Streitkräften vielfach gelungen sei, russische Panzer zu zerstören oder in intaktem Zustand zu erbeuten. Eine Bestätigung dieser Angaben lieferte die Internet-Nachrichtenseite Oryx Blog, die Fotos und Videos aus dem Kriegsgebiet in den sozialen Netzwerken verifiziert und auswertet. Bis zum 21. April sollen die russischen Truppen demnach 481 Panzer verloren haben. 269 sollen die Ukrainer abgeschossen und 212 gekapert haben. Die Verluste der Ukrainer bezifferte Oryx dahingegen nur auf 52 Totalschäden und 73 an die Russen übergegangene Panzer. W.K.

## Internetzensur der EU

**Straßburg/Brüssel** – Der Rat und das Parlament der EU haben sich vorletzten Sonnabend auf ein neues EU-weit geltendes Gesetz über Digitale Dienste, genannt Digital Services Act (DSA), geeinigt. Dieses soll angeblich vor allem dem Verbraucherschutz dienen, geht aber in seinen Zensurvorschriften deutlich über das ohnehin schon heftig umstrittene bundesdeutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz hinaus. Wenn das DSA demnächst in Kraft tritt, dann sind die Betreiber von Internetplattformen weit stärker als bisher verpflichtet, als wahrheitswidrig oder illegal deklarierte Inhalte zu löschen. Sollten sie den Vorgaben des DSA nicht nachkommen, drohen ihnen gigantische Bußgelder in Höhe von bis zu sechs Prozent des weltweiten Jahresumsatzes. Angesichts dessen steht zu erwarten, dass viele Digitalunternehmen künftig eine noch rigidere Zensurpolitik betreiben als bisher, um ruinöse Strafzahlungen zu vermeiden. W.K.

## Allianz gegen Einwanderer

**Washington** – Unter der Führung der Gouverneure Doug Ducey (Arizona) und Greg Abbott (Texas) hat sich eine Gruppe von 26 Gouverneuren republikanisch registrierter Bundesstaaten auf die Bildung einer Grenzschutztruppe verständigt. Aufgabe der „Border Strike Force“ soll die Sicherung der Südgrenze der USA gegen illegale Einwanderung sein. Die Gouverneure begründeten ihre Zusammenarbeit beim Grenzschutz mit der Passivität der Bundesregierung in Washington. Im März war die Zahl festgestellter illegaler Immigranten an der Grenze zu Mexiko auf 221.303 gestiegen. Grenzschützer prognostizieren, dass die illegale Einwanderung nach dem Auslaufen von Pandemiemaßnahmen stark zunehmen wird. Eine meist als „Titel 42“ bezeichnete Regelung hatte während der Pandemie unter anderem unverzügliche Rückführungen illegaler Immigranten ohne Eröffnung eines Asylverfahrens erlaubt. N.H.

## RUMÄNIEN

## Hetze gegen den Fritz

„Dahergelaufene Ausländer“ – Nationalistische rumänische Politiker befeuern den Deutschenhass im Land

VON BODO BOST

O bwohl Rumänien seit fast acht Jahren einen Präsidenten hat, welcher der deutschen Minderheit der Siebenbürger Sachsen angehört, steigt die Deutschenfeindlichkeit in dem Land. So kam es jüngst zu verbalen Angriffen auf den deutschen Bürgermeister von Temeswar. Desgleichen hat im Februar der Parlamentarier Ciprian-Titi Stoica von der rechtsextremistischen Allianz für die Vereinigung der Rumänen (AUR) den Abgeordneten Ovidiu Ganț als „Nazi“ und dessen Partei, das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien (DFDR), als „Nachfolger“ der Deutschen Volksgruppe aus der NS-Zeit verunglimpft.

Die Parlamentsgruppe Nationale Minderheiten hat die Anschuldigungen als „beleidigend“ und als Angriff auf das

Recht auf die Würde betrachtet. Nach dem Vorfall forderte Ganț die Generalstaatsanwaltschaft auf, Maßnahmen zu ergreifen.

Ganț ist seit 17 Jahren Mitglied der Abgeordnetenkammer und hatte bisher nie wegen seiner Abstammung Probleme. Stoica war bereits im September 2021 aufgefallen, als er mit anderen AUR-Abgeordneten den Abgeordneten der Nationalliberalen Partei (PNL) Florin Roman quasi handgreiflich aus der Parlamentssitzung vertrieb. Stoica hat den Spitznamen „Titi Four Hands“, weil er bei einer Abstimmung über den Staatshaushalt doppelt abgestimmt hat.

Der 39-jährige Rechtspolitiker ist seit 2020 Abgeordneter, vorher hatte er in London als U-Bahn-Stationsleiter, Wachmann und Hilfskoch gearbeitet. Alle anderen Fraktionen des rumänischen Parlaments haben den gewaltsamen Angriff

verurteilt, darunter auch die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei (PSD).

## „Komm raus, du Drecksköter!“

Der Rechtsausschuss der Abgeordnetenkammer beschloss am 15. März, Stoica mit einer Verwarnung zu belegen. Der AUR gelang bei der Parlamentswahl 2020 der überraschende Einzug in die Abgeordnetenkammer als viertstärkste Kraft mit fast zehn Prozent der Stimmen. Zuvor hatten nur wenige Umfrageinstitute einen Einzug prognostiziert.

Die AUR setzt sich in ihrem Wahlprogramm als faktisch einzigen Punkt für eine Vereinigung der Republik Moldau mit Rumänien, ein. In der Republik Moldau erhielt sie 2021 jedoch nur 0,5 Prozent der Stimmen und keinen Abgeordnetensitz. Die Rhetorik der Partei richtete sich bislang vor allem gegen Rumäniens ungarische Minderheit.

Mitglieder der AUR hatten bereits von sich reden gemacht, als sie im Januar gewaltsam das Rathaus in der Banat-Metropole Temeswar, in der Dominic Fritz seit zwei Jahren Bürgermeister ist, stürmen wollten. Die Randalierer brüllten „Komm raus, du Drecksköter!“ und meinten damit den Bürgermeister. Nach einer Viertelstunde verbaler Aggressionen verließen sie das Gebäude schließlich.

An vorderster Front mit dabei war der AUR-Vorsitzende George Simion. Er hetzte schon früher gegen den aus Lörzach stammenden deutschen Bürgermeister, der im September vorletzten Jahres als erster Kommunalpolitiker mit ausländischer Staatsbürgerschaft zum Oberhaupt einer rumänischen Stadt gewählt worden war. Das Land brauche, so Simion, solche „dahergelaufenen Ausländer“ nicht. Die Versammelten skandierten: „Fritz, vergiss nicht, dies ist nicht deine Stadt!“

## Solidarität von 23 Bürgermeistern

Die Aktion von Simion und seiner AUR stieß zwar in den Medien auf große Ablehnung, Bürgermeister von 23 rumänischen Städten unterzeichneten eine Solidaritätserklärung für ihren Kollegen und forderten vom rumänischen Staat, härter gegen derartige Randalierer vorzugehen. Aber es gibt viele Analysten, welche die Meinung vertreten, die Aktionen der AUR fänden mit „Erlaubnis und Unterstützung“ staatlicher Behörden statt.

In Temeswar begann 1989 der Aufstand zum Sturz gegen die Ceaușescu-Diktatur, hier gab es besonders viele Tote. Angeführt hatte den Aufstand der evangelische Pfarrer László Tóké, der ein Angehöriger der ungarischen Minderheit in Rumänien und mittlerweile EU-Abgeordneter der Demokratischen Union der Ungarn in Rumänien (UDMR) ist.

Die nationalistische AUR hatte während der Pandemie vor allem durch gewalttätige Anti-Corona-Proteste auf sich aufmerksam gemacht. Weil Widerstand gegen die Corona-Politik der Regierung bei vielen Bürgern populär ist, liegt die AUR derzeit in Umfragen bei 20 Prozent und ist nach den Sozialdemokraten bereits zweitstärkste Partei. Das gewaltsame Eindringen in das Temeswarer Rathaus hatte für Simion und die anderen Randalierer kaum Folgen, es wurden lediglich kleinere Geldstrafen verhängt – wegen Verstoßes gegen die Maskenpflicht und Störung der öffentlichen Ruhe.



Sah sich deutschenfeindlichen Angriffen ausgesetzt: Dominic Fritz, Bürgermeister von Temeswar

Foto: Mauritius

## VEREINIGTE STAATEN

## Der schusselige Chef des Oval Office

Die Senilität des Joe Biden äußert sich immer häufiger in Aussetzern – Nehmen seine geistigen Kräfte ab?

Joe Biden ist jetzt der unbeliebteste US-Präsident seit Beginn der Ära der Meinungsumfragen. Die Zustimmungswerte des Demokraten fielen nach seiner Amtseinführung im Januar 2021 von durchschnittlich 56 Prozent kontinuierlich auf aktuell nur noch um die 40 Prozent. Dabei wenden sich nun auch viele demokratische Stammwähler von Biden ab. Beispielsweise sank die Zahl der Afroamerikaner, welche die Politik des Präsidenten billigen, um 29 Prozent. Hierdurch droht den Demokraten bei den Zwischenwahlen im November der Verlust der Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses.

Verantwortlich dafür ist unter anderem das Afghanistan-Debakel im August 2021 – seither liegt die Zahl der Biden-Gegner permanent über der seiner An-

hänger. Darüber hinaus versagte der Präsident aber auch auf vielen anderen Gebieten, die den Amerikanern wichtig sind. Dazu zählen die Inflationsbekämpfung, Begrenzung der illegalen Zuwanderung und Eindämmung der rapide gewachsenen Kriminalität. Die Teuerung liegt in den USA inzwischen auf dem höchsten Stand seit 1981.

## Kognitive Fehlleistungen

Gleichzeitig sind viele links-grün gestimmte Wähler der Demokraten enttäuscht darüber, dass ihre Lieblingsprojekte wie der ökologische Umbau der Wirtschaft und der Ausbau des Sozialstaates auf der Strecke bleiben. Ein genauso großes Problem für den fast 80 Jahre alten Biden ist, dass ihn immer mehr

Menschen in den Vereinigten Staaten für senil halten. Und dies hat er ebenfalls selbst zu verantworten.

Nachdem Biden schon im Wahlkampf durch wiederholte kognitive Aussetzer aufgefallen war, haben diese im Laufe der letzten 16 Monate weiter zugenommen. Im Anschluss an eine Rede an der Universität von North Carolina über die Inflation und ähnliche Themen wollte er imaginären Gratulanten die Hand schütteln.

## Ukraine oder Iran?

Bei anderer Gelegenheit referierte der Präsident über mögliche Klagen gegen die Tabakindustrie und flocht dabei das völlig unpassende Wort „Prostituierte“ ein. Mittlerweile legendär sind zudem Bidens bizarre Personenverwechslungen, vor

denen selbst engste Angehörige nicht gefeit sind. Zudem bezeichnete er die Vizepräsidentin Kamala Harris auch schon als Präsidentin.

Noch heikler sind die Ausfälle natürlich, wenn es um die große Politik geht, und der vermeintlich mächtigste Mann der Welt die Ukraine plötzlich nicht mehr vom Iran unterscheiden kann. Oder sich über den russischen Präsidenten Putin ereifert: „Was geschieht da international, wie konnte es bloß dazu kommen, sie wissen, dass Putin sich einfach dafür entscheidet, in Russland einzumarschieren? Etwas Vergleichbares ist seit dem Zweiten Weltkrieg nicht vorgekommen.“ Später versprach er US-Soldaten, sie würden „das Rückgrat der Ukraine sehen“, wenn sie dort seien. Wolfgang Kaufmann

VON DAGMAR JESTZREMSKI

In seinem neuen Bericht „Sand und Nachhaltigkeit: 10 strategische Empfehlungen zur Abwendung einer Krise“ macht das UN-Umweltprogramm (UNEP) auf die weltweite Zunahme des Verbrauchs von Sand mit dramatischen Folgen für die Ökosysteme aufmerksam. Innerhalb von zwei Jahrzehnten hat sich der Sandverbrauch laut UNEP infolge des Baubooms und des Wirtschaftswachstums verdreifacht. Es werde etwa doppelt so viel Sand entnommen wie sich nachbildet. Die Folgen für die Umwelt seien verheerend. Alle Länder sollen Bestandsaufnahmen vornehmen und die Kreislaufwirtschaft fördern.

Sand ist nach Wasser die meistverbrauchte Ressource. Er entsteht durch Erosion von geologisch älteren Gesteinen und wird aus den Gebirgen durch die Flüsse ins Meer gespült. Seit Jahren aber wird Sand an immer mehr Orten auf allen Kontinenten und in den Meeren ungebremst geplündert, denn der Verkauf ist ein riesiges Geschäft. Weltweit sollen bereits drei Viertel der Sandstrände verschwunden sein. 50 Milliarden Tonnen Sand, Kies, Splitt und Schotter werden jährlich verarbeitet, davon mehr als drei Viertel für Beton und Mörtel. Auch bei der Herstellung von Glas, Mikrochips und Halbleitern für Solarmodule, Kosmetika, Nahrungsmitteln, Kreditkarten, Farben und Klebstoffen sowie beim Fracking wird Sand benötigt.

Für den Bau eines Einfamilienhauses werden rund 200 Tonnen Sand verbraucht, für große Windkraftanlagen bis zu 3000 Tonnen. Beim Bau der Hamburger Elbphilharmonie wurden 63.000 Tonnen Sand verbaut. Da der feine Wüstensand wegen der vom Wind rund geschliffenen Körner ungeeignet für die Herstellung von Beton ist, werden Sand und Kies in riesigen Mengen mit Baggerschiffen vom Meeresboden und aus den Flussbetten abgesaugt. Dank eines neuen, in Deutschland entwickelten Herstellungsverfahrens könnten bald jedoch erstmals auch Feinsande für Beton verwendbar sein.

Dänemark will für den Bau des 18 Kilometer langen Fehmarnbelt-Tunnels 15 Millionen Kubikmeter Sand und Erde vom Boden der Ostsee fördern, mit der Folge, dass sich das Meer den Sand von den Stränden der angrenzenden Küstenregionen zurückholen wird. Unter den abgeräumten Stränden kommt mitunter blankes Gestein zum Vorschein wie in Marokko, und die Touristen bleiben weg. Am Meeresgrund bleiben Mondlandschaften zurück, und in den zurückbleibenden Sandaushubblöchern kann sich ein sauerstoffarmes Milieu bilden. Die langfristigen ökologischen Auswirkungen sind noch völlig ungewiss.

Vor allem in Asien entstand eine hohe Nachfrage nach Sand aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs. Um den Bau-



Wegen des weltweit steigenden Bedarfs wird mehr Sand abgebaut, als die Natur verkraften kann: Abbau in Asien

## WELTWEITER BAUBOOM

## Sandraubbau, die neue Umweltsünde

Mondlandschaften am Meeresgrund, verschwundene Strände, fehlende Sedimente in Flüssen – Die Schäden an der Natur werden unterschätzt

boom zu bedienen, werden die Gewässer in China, Nordkorea und am Mekong legal und illegal geplündert. Die Staudämme in Kambodscha, Laos und China verringern zusätzlich Nachschub des körnigen Materials. Im Mekongdelta werden kaum noch Sedimente angespült, mit einschneidenden Folgen für die biologische Vielfalt. Es kommt zur Versalzung des Grundwassers und zu Erosion, was auch das Risiko von Sturm- und Überschwemmungsschäden erhöht.

Dubai hat seine künstlichen Inseln mit importiertem Sand aus Australien gebaut. Vor der Küste von Brisbane befindet sich die wohl größte Abbaustelle für Meeressand. Fünf Milliarden Dollar verdient Australien pro Jahr mit dem Sandexport. Singapur verzeichnet den weltweit größten Pro-Kopf-Bedarf an Sand. Das Land bezieht den Rohstoff aus den Nachbarländern. Zwei Dutzend indonesische Inseln

sollen bereits verschwunden sein, Menschen verloren ihre Heimat und ihre Existenzgrundlage. Die UNEP rechnet damit,

# 50

Milliarden Tonnen Sand, Kies, Splitt und Schotter werden jährlich verarbeitet.

dass Afrika bei diesem Trend wegen seines starken Bevölkerungswachstums nachziehen wird.

Vor dem Hintergrund der Lage auf dem globalen Agrarmarkt haben Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) und Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) inzwischen signalisiert, den Einsatz von Kulturpflanzen für die Biospritproduktion reduzieren zu wollen.

Gegenüber der „Augsburger Allgemeinen“ sagte Lemke, die Nutzung von Nahrungs- und Futtermittelpflanzen als Kraftstoffzusätze solle eingeschränkt werden, um sie für die Produktion von Lebensmitteln einzusetzen. Auch Özdemir

des rücksichtslosen Abbaus von Sand durch Aufklärung und verschiedene Empfehlungen zu durchbrechen. Die Sandentnahme an den Küsten soll verboten werden. Sand müsse als strategischer Rohstoff eingestuft werden, der wichtige Umweltfunktionen hat. Der Preis müsse seinen Wert für die Umwelt widerspiegeln.

Mit deutlich steigenden Preisen dürfte allerdings der fatale Sandraubbau in den Schwellen- und Entwicklungsländern eher noch zunehmen. Die indische Sandmafia ist die mächtigste kriminelle Organisation des Landes. Für den weltweiten Sandabbau in den Flüssen und auf hoher See ist derzeit keine Alternative in Sicht. Die Forderung der UNEP, zum Schutz der marinen Ökosysteme internationale Standards dafür zu entwickeln, wirkt hilflos angesichts der bereits angerichteten und unvermeidlich weiter zunehmenden Umweltzerstörungen.

## EU-STILLEGUNGSPFLICHT

## „Ein nicht erklärbarer Wahnsinn“

Angesichts drohender Hungerkrisen wollen deutsche Landwirte Lebensmittel notfalls illegal anbauen

Gegen das Vorhaben der EU-Kommission, Landwirte ab 2023 zur Stilllegung eines Teils ihrer Anbaufläche zu verpflichten, regt sich in Deutschland Widerstand. Im Zuge einer Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik soll laut einem EU-Beschluss ab 2023 in der gesamten EU auf vier Prozent der Ackerflächen kein Anbau mehr stattfinden. Praktisch bedeutet dies für die Landwirte, dass sie die entsprechenden Flächen bereits ab dem kommenden Herbst nicht mehr beackern und auf ihnen kein Saatgut für das kommende Jahr ausbringen dürfen.

Inzwischen häufen sich allerdings in aller Welt die Warnungen vor Hungerkrisen. Im April wies etwa die UN-Organisation für Migration darauf hin, dass sich in

Teilen Afrikas die schlimmste Hungerkrise seit einem Jahrzehnt anbahnt.

Eine Initiative von Landwirten bezeichnete in einem Aufruf den EU-Plan „angesichts der kommenden vorhersehbaren Hungerkrise in vielen armen Ländern der Welt“ als einen „nicht erklärbaren Wahnsinn“. Zugleich kündigte die Initiative unter dem Schlagwort „grueneVier“ zivilen Ungehorsam an. In einem Aufruf von Willi Kremer-Schillings, bekannt als Bauer Willi, heißt es: „Wir werden gegen das Gesetz auf all unseren Ackerflächen somit illegal Lebensmittel anbauen. So lange, bis sich die Ernährungssituation wieder normalisiert hat.“ Für jeden Hektar, der „vorsätzlich und ungesetzlich für Lebensmittel und Nahrung“ bearbeitet wird,

wollen die Landwirte 150 Euro an die Ernährungsprogramme der UN spenden. Der Verein „Land schafft Verbindung“ kündigte an, die Aktion unterstützen zu wollen.

Vor dem Hintergrund der Lage auf dem globalen Agrarmarkt haben Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) und Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) inzwischen signalisiert, den Einsatz von Kulturpflanzen für die Biospritproduktion reduzieren zu wollen.

Gegenüber der „Augsburger Allgemeinen“ sagte Lemke, die Nutzung von Nahrungs- und Futtermittelpflanzen als Kraftstoffzusätze solle eingeschränkt werden, um sie für die Produktion von Lebensmitteln einzusetzen. Auch Özdemir

erklärte, sei es nicht nachhaltig, Weizen und Mais in den Tank zu schütten. Abgelehnt hat Özdemir allerdings, ökologische Vorrangflächen für den Anbau von Nahrungsmitteln freizugeben. Özdemir setzte sich mit seiner Vorstellung durch, solche Flächen hierzulande nur zur Produktion von Futtermitteln zu nutzen.

Im Gegensatz dazu hat sich Österreichs ÖVP-Grünen-Regierung dazu entschlossen, in diesem Jahr auf Brachflächen den Anbau von Nahrungsmittelpflanzen zuzulassen. Eine entsprechende Ausnahmeregelung hatte die EU erst am 23. März beschlossen. Im EU-Verwaltungsausschuss hatte sich Deutschland als einziger EU-Mitgliedstaat gegen diese Regelung ausgesprochen. *Norman Hanert*

## MELDUNGEN

## Ohne Konsultation

**Berlin** – Wie aus einem Schreiben des Bundesfinanzministeriums an die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) hervorgeht, hat die Bundesregierung ohne vorherige Konsultation des Haushaltsausschusses Mittel in Höhe von drei Milliarden Euro für das Chartern von vier schwimmenden Terminals für Flüssigerdgas (LNG) freigegeben. Dies sei laut dem Bundesfinanzministerium aus „zwingenden Gründen“ geboten gewesen, um die Gasversorgung Deutschlands zu sichern und die Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen zu reduzieren. Derzeit verfügt die Bundesrepublik über kein LNG-Terminal, denn die Errichtung stationärer Anlagen an Land war bislang aus Kosten- und Umweltschutzgründen unterblieben. Nun werden mögliche Standorte an der Nord- und Ostsee geprüft. Die Inbetriebnahme der mobilen Terminals soll bereits im Winter 2022/23 erfolgen. Ausreichend viele LNG-Lieferanten muss die Bundesregierung bis dahin noch finden. *W.K.*

## Riesen-Geldflut im Umlauf

**Washington/Frankfurt am Main** – Wichtige Notenbanken haben während der Corona-Pandemie zur Belebung der Konjunktur große Mengen an Geld in Umlauf gebracht, sodass sich ihre Bilanzsummen stark erhöht haben. In der Eurozone weitete sich die Bilanzsumme der Europäischen Zentralbank zwischen Januar 2020 und März 2022 um 87,69 Prozent beziehungsweise 4126 Milliarden (4,126 Billionen) Euro aus. In den USA wuchs bei der Notenbank Federal Reserve die Bilanzsumme im selben Zeitraum um 114,13 Prozent oder 4763 Milliarden US-Dollar. Auch die Bilanz der Bank of England wuchs mit 52,36 Prozent kräftig. Im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung der Eurozone stieg die Bilanzsumme der EZB im vierten Quartal 2021 auf 59,82 Prozent des Bruttoinlandsproduktes an. Dies stellt einen Zuwachs um 78 Prozent dar. Bei der Federal Reserve stieg das Verhältnis von Bilanzsumme zum Bruttoinlandsprodukt der USA im selben Zeitraum um 91 Prozent auf 36,50 Prozent. *N.H.*

## Weniger Euros und US-Dollars

**Jerusalem** – Israels Zentralbank will bei ihren Währungsreserven den Anteil von US-Dollar und Euro verringern und vier neue Währungen in ihren Bestand aufnehmen. Wie der Anbieter von Finanznachrichten Bloomberg Ende April berichtete, will die Bank of Israel künftig neben US-Dollar, Euro und britischem Pfund auch kanadische und australische Dollar sowie den japanischen Yen und den chinesischen Yuan als Währungsreserven halten. Im Zuge der Neuregelung der Reserven will die Zentralbank den Anteil des Euro von bislang 30,8 auf 20 Prozent absenken. Der Anteil des US-Dollar soll von 66,5 auf 61 Prozent fallen. Die Bestände des britischen Pfunds, die bislang bei 2,5 Prozent lagen, werden auf fünf Prozent verdoppelt. Israels Devisenreserven haben vergangenes Jahr die Marke von 200 Milliarden US-Dollar überschritten und damit ein Allzeithoch erreicht. *N.H.*

## KOMMENTAR

## Ungleiches Gedenken

BODO BOST

Das bekannte und bei Touristen sehr beliebte Denkmal der Völkerfreundschaft mit dem 60 Meter breiten Regenbogen (Raduga) wurde in den Jahren 1978 bis 1982 an Stelle einer Freilichtbühne zur Zeit der Sowjetunion in Vorbereitung auf die 1500-Jahr-Feier von Kiew errichtet. Es steht in der Nähe des Denkmals von „Wladimir dem Täufer“, der 988 die Kiewer Rus getauft hatte. Das Völkerfreundschaftsdenkmal, das die Verbundenheit der „Brudervölker“ der Ukrainer und der Russen symbolisiert, besteht aus drei Elementen.

Das größte Denkmal stellt einen Regenbogen dar. Er soll die Verbindung der beiden Völker symbolisieren.

Das zweite Denkmal ist das aus Granit gehauene Perejaslaw-Denkmal und erinnert an den 1654 geschlossenen Vertrag von Perejaslaw, bei dem die Saporoger Kosaken einen Treueeid auf Zar Alexej I. ablegten. Das Denkmal zeigt den ukrainischen Hetman Bohdan Chmelnyzkyj, einige Kosaken und den russischen Gesandten Wassili Buturlin.

Das dritte Denkmal war eine 6,20 Meter hohe Bronzeskulptur, die einen russischen und einen ukrainischen Arbeiter darstellte, die zusammen das Band der sowjetischen Völkerfreundschaft nach oben halten. Diese Bronze-Skulptur wurde unlängst auf Anordnung von Bürgermeister Vitali Klitschko abgebaut.

## Denkmalabbau in Kiew

Der Regenbogen, der bereits 2018, am ukrainischen Gedenktag des Hungers während der Sowjetzeit (Holodomor) mit einem geklebten Riss versehen worden war, um auf die zu diesem Zeitpunkt in Russland und auf der Krim inhaftierten Ukrainer wie den Filmregisseur Oleh Senzow aufmerksam zu machen, wurde zu einem ukrainischen Freiheitsbogen umgewidmet

Noch andere Denkmäler sollen folgen, darunter das bombastische Denkmal des Sieges über Deutschland, das von allen Teilen der ukrainischen Hauptstadt aus sichtbare „Rodina Mat“ (Mutter Vaterland) am Stadtrand von Kiew. Die um das Denkmal stehenden Panzer und anderes Militärmaterial aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges, die in Friedenszeiten ein beliebtes Ausflugs-

ziel gerade im Frühjahr waren, sind schon im Vorfeld des Ukrainekrieges entfernt worden und sollen zum Teil wieder im Einsatz sein. Nun wird es auch bald, möglichst noch vor dem Siegestag, dem 9. Mai, der gigantischen „Rodina Mat“, die ein Schwert in den Himmel schwingt, an den Sockel gehen.

## Ambivalente Siegesfeier in Moskau

In Russland ist die Erinnerungskultur Teil der Geschichtsrevision ihres Präsidenten Wladimir Putin geworden. Für seinen Anspruch auf imperiale Größe hat die Glorifizierung des Sieges über Deutschland im „Großen Vaterländischen Krieg“ ebenso wie die Sakralisierung sowjetischer Geschichte eine wichtige Bedeutung. In der Ukraine hat man erkannt, dass sich der Kremelchef seit Jahren als einziger Erbe des Sieges im „Großen Vaterländischen Krieg“ inszeniert. Dieses Erbe spielt auch eine zentrale Rolle bei der Inszenierung des aktuellen Krieges gegen die Ukraine.

Der Angriff auf die Ukraine vom 24. Februar wird analog zu dem 1941 begonnenen deutsch-sowjetischen Krieg als ein erneuter „Kampf gegen den Faschismus“ dargestellt. Kriegsziel ist laut der russischen Propaganda die „Entnazifizierung der Ukraine“. Der Termin des Kriegsbeginns, der 24. Februar, könnte mit dem Hintergedanken ausgesucht worden, am 9. Mai die Siegesparade, angesichts der hohen Symbolkraft dieses Datums im russischen Nationalmythos, womöglich sogar in Kiew abhalten zu können.

Eine von Siegesfeiern unabhängige Gedenkkultur für die Kriegstoten, vergleichbar mit den Volkstrauertagen in vielen anderen Ländern, gibt es in Russland bislang nicht. Bei der diesjährigen Siegesfeier könnte es jedoch angesichts der unerwartet hohen Verluste der „Spezialoperation“, die höher sind als die im gesamten Afghanistankrieg der Sowjetunion, auch um eine Rechtfertigung für die Opfer gehen, die man nicht mehr verstecken kann. Bei den bisherigen Siegesfeiern zum 9. Mai wurde an die Verluste von Putins imperialen Feldzügen, sei es in Georgien oder dem Donbass nicht erinnert, wurde ihrer nicht gedacht. Das dürfte diesmal auch anders sein, weil es bereits zu viele sind, auch hochrangige Generäle und Kommandeure, die in der Ukraine ihr Leben gelassen haben.



Das Staatstheater hat nachgegeben: Ludwig Mittelhammer (M.) spielt inzwischen ohne geschwärztes Gesicht als Jonny auf

## KOLUMNE

## Theater ums Theater

FLORIAN STUMFALL

Um das Gärtnerplatztheater zu München, das zweite, kleinere Opernhaus der Stadt, tobt ein Skandal von kosmischem Ausmaß. Die Sache geht zurück auf das Jahr 1927, als Ernst Krenek dortselbst seine Oper „Jonny spielt auf“ der Menschheit vorstellte. Darin hat ein schwarzer Musiker die Hauptrolle inne, damals von einem Weißen verkörpert, den man schwarz geschminkt hatte.

Heute ist jedem fortschrittlichen, politisch korrekten Menschen bewusst, dass es sich dabei um einen schweren Fall von Rassismus handelt, seinerzeit dachte man sich nichts dabei. Um aber das fehlende Feingefühl und den hemmungslosen Rassismus von damals dem heutigen Publikum klagend ins Gedächtnis zu rufen, hatte sich der Regisseur dazu entschieden, wieder einen Weißen schwarz anzumalen und den Jonny geben zu lassen.

Das war einmal zu oft ums Eck gedacht. Die versuchte paradoxe Darstellung der politischen Korrektheit durch ein schwarzes Gesicht wurde in ihrer gezwungenen Ironie nicht erkannt und führte zu einem lauten Aufschrei der Edlen. Der zentrale Vorwurf: „Blackfacing!“ Auch hier gilt indes, wie so oft, dass man bei Dingen oder Vorgängen, die englisch benannt werden, Vorsicht walten lassen sollte. Mittlerweile wurde ein Protestbrief an das Gärtnerplatztheater verfasst und von 600 empörten Kulturmenschen unterschrieben. Da heißt es unter anderem: „Wir sind entsetzt über Ihre bewusste Entscheidung für das Einsetzen rassistischer Codes, welche historisch in direktem Zusammenhang mit Antischwartzem Rassismus und den schlimmsten Formen brachialer rassistischer Gewalt stehen.“

Das hat gesessen. Vor allem war es hohe Zeit, das brutale Gewaltpotential der Theaterschminke einmal hervorzuheben und anzuklagen. Wie gut, dass man in diesen Zeiten keine anderen Sorgen hat.

## Der zentrale Vorwurf: „Blackfacing“

Tatsächlich ist der Rassismus, der echte oder vorgebliche oder eingebildete, ein unverzichtbares Versatzstück all derer, die an der Formung des neuen Menschen arbeiten. Doch hier schließt sich sogleich ein weiteres Paradox an: Denn zu den Dogmen der Rassismus-Wächter gehört die Aussage, dass es keine menschlichen

Rassen gebe. Woher aber dann ein Rassismus kommen kann, ist unerfindlich.

Da man sich aber schon einmal dazu entschlossen hat, gegen Augenschein und Logik zu argumentieren, kann es nicht überraschen, dass die Tugendpolizei auch die Erkenntnisse von Medizin und Humangenetik ignoriert. So unterscheidet sich die Produktion von gewissen Enzymen bei Weiß und Schwarz erheblich, bei beiden Bevölkerungsgruppen werden im Zusammenhang mit Lungen- und Nierenfunktion verschiedene Werte angesetzt, und in den USA wird bei bestimmten Me-

dienministeriums steht zu lesen: „Der Begriff ‚weiß‘ beschreibt eine gesellschaftliche Position, in der Menschen nicht negativ vom Rassismus betroffen sind. ‚Weiß‘ bezieht sich dabei nicht auf die Hautfarbe.“ Man sieht: Der Schwachsinn nimmt auch dort gerne Wohnung, wo die Regierenden zu Hause sind.

## „Weiß-Sein ist nicht menschlich“

Freilich fällt es nicht schwer, ein Beispiel für strukturellen schwarzen Rassismus aufzuführen, und zwar in dem angeblich seit 1994 antirassistischen Südafrika. Die dortigen Weißen stehen unter dem Vorbehalt der sogenannten „Affirmativ Action“, eines Gesetzes, das, kurz gesagt, vorschreibt, dass kein Weißer, ungeachtet seiner Qualifikation, eine Arbeitsstelle bekommen darf, solange ein Schwarzer – ebenfalls unabhängig von dessen Qualifikation – Interesse daran bekundet. Dies wird manchmal mit dem Hinweis gerechtfertigt, nach 300 Jahren gehe es jetzt halt andersrum, doch mit der einst versprochenen Abkehr von jeder Diskriminierung hat das nichts zu tun.

Es geht aber noch weiter. Da gibt es im kanadischen Toronto einen Ableger der Bewegung „Black Lives Matter“. Eine der Gründerinnen, Yusra K. Ali, hat beliebt, einen Text ins Netz zu stellen, der folgendermaßen beginnt: „Weiß-Sein ist nicht menschlich. Tatsächlich ist die weiße Haut untermenschlich. Alle Grund-Typen befinden sich innerhalb der schwarzen Gemeinschaft. Weiße Menschen sind ein genetischer Defekt des Schwarz-Seins.“

Was kann man dazu sagen? Sicher ist mit dem Beispiel einer einzelnen dummgewaltigen Ausfälligkeit keine endgültige Argumentation zu führen. Dass aber eine Organisation, die immerhin international Aufmerksamkeit genießt, das Pamphlet duldet, zeigt, dass die Aktivistin Ali nicht nur für sich spricht. Mit dem Begriff „untermenschlich“ aber begibt man sich in eine enge Nähe zum nationalsozialistischen Sprachgebrauch. Man muss sich nur überlegen, wie die Wirkung wäre, wenn man in diesen unsäglichen Sätzen „weiß“ und „schwarz“ austauschen wollte! Die Staatsanwaltschaft würde in voller Kampfstärke anrücken, und der Vorwürfe des Rassismus und der Menschenverachtung wäre kein Ende.

● Der Autor ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

## Einmal zu oft ums Eck gedacht: Die gezwungene Ironie wurde nicht erkannt

dikamenten auf dem Beipackzettel auf die unterschiedliche Wirkweise bei Weiß und Schwarz aufmerksam gemacht.

Heute ist es zudem ein geringer Laboraufwand, anhand eines einzigen Tropfen Blutes festzustellen, ob der betreffende Kandidat Bantu ist, oder von mongolischem Herkommen, indianisch oder eben auch kaukasisch. Und warum auch nicht? Man sollte sich mehr vor Augen führen, was denn der Rassismus eigentlich ist. Er besteht nicht darin, dass man Unterschiede zwischen den Menschen feststellt, sondern wird dann wirksam, wenn man wegen der Unterschiede jemanden beleidigt, benachteiligt oder verfolgt.

Ein anderes Dogma der dauerempörten Anti-Rassisten lautet, dass ein Weißer niemals Opfer von Rassismus werden kann. Um das glaubhaft zu machen, greift man zu einer soziologischen Konstruktion, die in der Schichtung einer jeden Gesellschaft den sogenannten „strukturellen Rassismus“ – natürlich nur der Weißen – zu erkennen vorgibt. Den Zusammenhang stellt man so dar, dass in gemischten Gesellschaften die Schwarzen oftmals niedrigere Einkommen beziehen als die Weißen, und schon haben wir die rassistische Struktur. Damit aber vollzieht sich ein sonderbarer Wandel der Ideologie: Man versucht, die Rasse vom Rassismus abzukoppeln und stellt völlig auf die soziale Frage ab. Auf einer Seite des Bundesfami-

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 3,40 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Telefon Faxredaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Telefon Faxvertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:**  
www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

## Büchertempel der Superlative

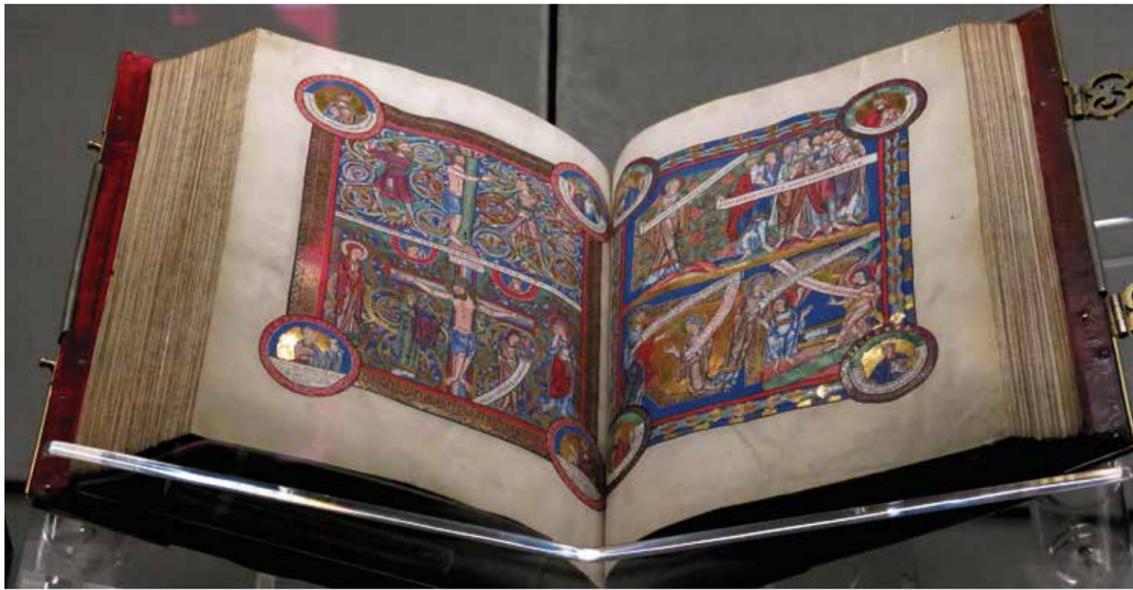
Frommes Evangeliar neben Ehebercherbibel – Die Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel feiert 450. Jubiläum mit einer Sonderschau

VON VEIT-MARIO THIEDE

Die von Herzog Julius (1528–1589) für seine Büchersammlung 1572 erlassene „Liberey-Ordnung“ gilt als Gründungsdokument der Wolfenbütteler Bibliothek. Der weltberühmte Büchertempel bewahrt eine der bedeutendsten Kollektionen mittelalterlicher Handschriften, die umfangreichste Sammlung von Luthers Druckschriften und eine der größten Kollektionen von Künstlerbüchern des 20. und 21. Jahrhunderts. Die ehemalige Hofbibliothek versteht sich heute als internationale Forschungs- und Studienstätte für europäische Kulturgeschichte. Höhepunkt der Veranstaltungen, mit denen die Bibliothek ihr 450-jähriges Bestehen feiert, ist die Sonderausstellung „Wir machen Bücher“.

Zu sehen ist sie im 1883 bis 1886 errichteten prunkvollen Hauptgebäude der Bibliothek. Ihr Namensgeber ist Herzog August der Jüngere, der ab 1635 das Fürstentum Wolfenbüttel regierte. Über ihn berichtet der heutige Bibliotheksleiter Peter Burschel: „Als der Herzog 1666 hochbetagt starb, hinterließ er über 30.000 Bände mit 135.000 Schriften und über 2500 Manuskripte und damit ein Bücherhaus, das es an Größe und Bedeutung durchaus mit der Kaiserlichen Bibliothek in Wien aufnehmen konnte.“ Die Büchersammlung von Herzog Julius von Braunschweig-Wolfenbüttel aber war seit 1618 im Besitz der Universität Helmstedt. Nach deren Auflösung 1810 wurde sie an die Wolfenbütteler Herzog August Bibliothek überwiesen.

Die so gut wie vollständig auf uns gekommenen Bücherschätze Herzog Augusts sind im Hauptgebäude untergebracht. In der eindrucksvollen Augusteerrhalle steigen die Reihen der zumeist in



Kostbarstes Exemplar der Sammlung: Das um 1188 geschaffene Evangeliar Heinrichs des Löwen und Mathildes von England

Pergament gebundenen Bände an den Wänden sieben Meter hoch auf. Der Herzog ordnete seine Sammlung beginnend mit Theologie, Geschichte und Arithmetik nach 20 Fachgebieten. Gemäß der Vorliebe Augusts sind sie innerhalb der Fachgebiete nach Größenmaßen sortiert: die voluminösesten Bücher stehen unten, die kleinsten ganz oben.

Vor diesen monumentalen Bücherwänden befinden sich die ersten zwölf Vitrinen der Sonderschau. Sie demonstriert, dass die Bibliothek mehr ist als Speicher und Bühne des Wissens, denn sie bedingt und befördert die Entstehung neuer Bücher. Kurator Hole Rößler erklärt: „Die Geschichte der Bibliothek ist die Geschichte der Bücher, die aus ihr hervorgegangen sind.“ Das veranschaulicht bereits das erste Buch der Ausstellung:

Die von Herzog August verfasste „Evangelische Kirchen Harmonie“ (1646).

Für seine Zusammenfassung der vier Evangelien nutzte der Herrscher viele Werke der nach ihm benannten Bibliothek. Das sicher bekannteste Buch, das aus Lesestudien in der Bibliothek hervorgegangen ist, schrieb Gotthold Ephraim Lessing: „Nathan der Weise“ (1779). Lessing leitete damals die Herzog-August-Bibliothek. Sein berühmtester Vorgänger war der Philosoph und Universalgelehrte Gottfried Wilhelm Leibniz.

### Bibliothek im Briefmarkenformat

Im begehbaren Tresor wartet die Sonderschau mit einzigartigen Preziosen auf. Seit vielen Jahren erstmals wieder ausgestellt ist das um 1188 im Benediktinerkloster Helmarshausen geschaffene Evange-

liar Heinrichs des Löwen und Mathildes von England. Das mit außerordentlich qualitativ hochwertigen Miniaturen ausgestattete Evangeliar gehört zu den Höhepunkten mittelalterlicher Buchmalerei – und ist eines der kostbarsten bibliophilen Schätze der Welt. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die Bundesrepublik, die Länder Bayern und Niedersachsen ersteigerten es im Bündnis mit privaten Geldgebern 1983 auf einer Auktion in London für 32,5 Millionen Mark. Aufgeschlagen sind die Miniaturen der Geißelung und Kreuzigung Christi. Es wird nur bis zum 17. Mai präsentiert.

Das die Herzöge Julius und August Lutheraner waren, spiegelt sich in der Sammlung wider. August kaufte 1640 das Exemplar eines Psalters an, den Martin Luther 1513 anlässlich seiner Psalmenvor-

lesungen für sich und seine Studenten drucken ließ. Beim Wolfenbütteler Psalter handelt es sich um Luthers Handexemplar, in das er mit der Feder seine Auslegungen des Bibeltextes notiert hat. Aber auch Kuriositäten wie das Tintenfass, mit dem Luther auf der Wartburg nach dem Teufel geworfen haben soll, sind zu entdecken.

Dem Fehlerteufel verdankt die kleinformatige „Ehebercherbibel“ (1731) ihren Namen. Auf Seite 102 lesen wir das verblüffende Gebot: „Du solt eheberchen.“ Die Ehebercherbibel ist eine Rarität, da sie nach Entdeckung des Druckfehlers schnellstens aus dem Verkehr gezogen wurde. In einer anderen Vitrine sind 18 Bibeln wie die Orgelpfeifen der Größe nach aufgereiht. Die meisten stammen aus der berühmten, 1161 Bibeln umfassenden Sammlung der Herzogin Elisabeth Sophie Marie.

Wenige Bücher weiter liegt „Der Edelstein“, 1461 aus einer Bamberger Druckerei hervorgegangen. Die handschriftliche Vorlage dieser Fabelsammlung verfasste der wahrscheinlich dem Dominikanerorden angehörende Ulrich Boner nach 1350. Über die mit farbenprächtig ausgemalten Holzschnitten illustrierte Kostbarkeit sagt Rößler: „Nur in Wolfenbüttel gibt es ein vollständiges Exemplar dieses ersten gedruckten Buches in deutscher Sprache.“

Auch dem Bundesministerium der Finanzen ist die Wolfenbütteler Bibliothek lieb und teuer. Zum 450. Jubiläum brachte sie eine Sonderbriefmarke heraus. Als Motiv ist August II. hinter einem Stapel von Büchern zu sehen. Wert: 195 Cent.

● **Wir machen Bücher** Ausstellung bis 3. Juli im Hauptgebäude der Herzog August Bibliothek, Lessingplatz 1, Wolfenbüttel, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 10 bis 17 Uhr, Eintritt: 5 Euro, Telefon (05331) 808203, Internet: www.hab.de

### BAROCKMUSIK

## Julius Cäsar in Niedersachsen

Der griechische Dirigent George Petrou leitet erstmals die Internationalen Händel-Festspiele Göttingen

Die ältesten Händel-Festspiele befinden sich nicht etwa in Halle an der Saale, dem Geburtsort des Barockkomponisten, sondern in Göttingen. Im Jahr 1920 sorgte eine Neuinszenierung der Oper „Rodelinda“ für die Geburtsstunde des Händel-Fests und darüber hinaus zum weltweit ältesten Festival für Alte Musik. Nach dem Überspringen der 100-Jahr-Marke will man in Göttingen 12. bis 22. Mai zu „Neuen Horizzonten“, so das diesjährige Motto, aufbrechen. Und das unter einer neuen Künstlerischen Leitung: Der griechische Dirigent George Petrou, der auch als Regisseur eine Oper inszenieren wird.

Hundert Jahre, nachdem der Göttinger Festspielbegründer Oskar Hagen Händels Oper „Giulio Cesare in Egitto“ wiederentdeckte, holt Petrou sie als Dirigent und Regisseur in Personalunion zurück nach Göttingen. Mit dem ukrainischen Countertenor Yuriy Mynenko in der Titelrolle und der belgischen Sopranistin Sophie Junker als Kleopatra erlebt das Publikum zwei herausragende Händel-Stimmen. In selten üppiger Ausstattung geht die Oper acht Mal über die Bühne. Premiere ist am 13. Mai.

Tags zuvor wird George Petrou die Göttinger Händel-Festspiele mit deren

Aushängeschild eröffnen, dem Festspiel-Orchester Göttingen. Zu Gehör kommen vier Concerti grossi aus op. 3 und die titelgebende Kantate „Aminta e Fillide“. International erstklassig geht es am 14. Mai mit dem Händel-Oratorium „Belshazzar“ unter der Mitwirkung von Concerto Köln nebst NDR-Vokalensemble und unter dem Dirigat von Václav Luks weiter. Mit der – Achtung! – Russin Julia Lezhneva ist im Galakonzert am 19. Mai ein aktueller

Klassikstar zu erleben. Es ehrt die Festspiele, dass sie trotz des Ukrainekriegs keinen Totalboykott über russische Künstler verhängt haben.

Mit über 50 Veranstaltungen an 26 Spielorten knüpfen die Festspiele rein quantitativ an „alte Größe“ an. Um die Lust auf Kultur nach mehr als zweijähriger Corona-bedingter Einschränkung wieder zu beleben, kommen Formate wie „Good Morning, George!“, das Lunchkon-

zert in einem mobilen Café George in unterschiedlichen Orten, direkt zu den Menschen in Stadt und Region – die ersten beiden Konzerte sogar kostenlos.

„Göttingen gehört für anderthalb Maiwochen fest in Händel-Hand“, bekräftigt Petrou, „was liegt da näher, als an diesen Tagen seine Musik rund um die Uhr erklingen zu lassen?“ Petrou weist besonders auf den Audiowalk hin, einen digitalen Konzertraum, der auf dem Göttinger Wall aufgebaut wird. Über einen QR-Code wird an acht Stationen die Handlung der diesjährigen Festspieloper „Giulio Cesare“ von Kindern für Kinder erzählt. Dieses Projekt bildet den Auftakt zu einer anderthalbjährigen Zusammenarbeit mit der Albanischule Göttingen, die dann bei den Festspielen 2023 in einer eigenen Produktion gipfeln soll. Wenn man auf diese Weise ständig neue Hörergruppen erschließt, steht weiteren 100 Jahren Festspiele nichts im Wege. H. Tews



Künstlerischer Leiter, Dirigent und Regisseur: George Petrou bei der Arbeit

### ● MELDUNGEN

## Ein vergessener Bauhäusler

Berlin – Mit der Ausstellung „Stühle: Dieckmann!“ stellt das Kunstgewerbemuseum am Berliner Kulturforum vom 7. Mai bis 28. August den „vergessenen“ Bauhäusler Erich Dieckmann vor. Mit 120 Möbeln, Graphiken, Entwürfen und Zeichnungen sowie zeitgenössischen Positionen würdigt die Ausstellung einen der prägenden Gestalter des vorigen Jahrhunderts. tws

## Viel Theater für Liebhaber

Weimar – Am 7. Mai startet das Sommerfestival „Theater!“ im historischen Liebhabertheater Schloss Kochberg bei Weimar. Bis zum 27. September sind in dem nur 75 Plätze fassenden Theater der Goethezeit Werke der Klassik-Zeit entsprechend der historischen Aufführungspraxis ihrer Entstehungszeit zu erleben. Höhepunkt ist die Aufführung von Goethes Lieblingsoper „Die Theatralischen Abentheuer“ von Domenico Cimarosa. Infos: www.liebhabertheater.com tws

● Das vollständige Programm und Karten unter: www.hndl.de. Kartenverkauf außerdem beim GT Ticketservice in Göttingen (Wiesenstraße 1), der Tourist Information Göttingen (Markt 8) und im Deutschen Theater Göttingen (Theaterplatz 11)

## KOSAKEN

## In beiden Lagern des Ukrainekrieges

In der kosakischen Geschichte hatte eine ambivalente Beziehung zur russischen Zentralgewalt schon vor Wladimir Putin Tradition

VON BODO BOST

In den Steppengebieten entlang den Grenzflüssen Wolga, Don, Dnjepr und Ural bildeten die Kosaken ab dem 15. Jahrhundert die schnelle Eingreiftruppe für den Zaren, aber ihre Freiheit und Autonomie gaben sie nie auf. Die Kosaken waren die treibende Kraft Russlands im Kampf gegen den Erzfeind, die Tataren. Die Kosaken besiegten sie, weil sie sich deren Lebensweise selbst zu eigen gemacht hatten und sich mit ihnen vermischten, aber Christen geblieben sind.

Kosaken waren Söldner und „freie Krieger“ zugleich, sie verbanden staats-treuen Patriotismus mit starker Freiheitsliebe. Deshalb blieben sie auch den Zaren suspekt. Die Kosaken halfen Bauern, die sich der Leibeigenschaft der Zaren entziehen wollten, und Altgläubigen, welche die Reformen der orthodoxen Staatskirche nicht mitmachen wollten. Während Teile der Kosaken zum kolonialen Vorposten Russlands wurden, wurden andere Teile zum tragenden Element regionaler Volksaufstände gegen den Zaren. Unter den Sowjets waren die Kosaken, die zum größten Teil auf Seiten der Gegner der Bolschewiken gekämpft hatten, dann so etwas wie Staatsfeinde Nummer 1.

#### Kreml fördert Neu-Kosakentum

Erst Wladimir Putin hat ihren kriegerischen und nationalistischen Nutzen wiederentdeckt. Sogar das Amt des Ataman, so lautet die traditionelle Bezeichnung eines Kosakenführers, wurde unter Putin wiedereingeführt. Ataman Nikolai Doluda wurde von Putin zum Oberhaupt der Gesamtrussischen Kosaken-Gesellschaft ernannt. Die Kosaken werden unter Putin zur patriotischen Erziehung der Jugend und für den Staatsdienst herangezogen. Vom Kindergarten über die Schu-



Spitzenrepräsentant der Gesamtrussischen Kosaken-Gesellschaft und damit der russlandfreundlichen Mehrheit der Kosaken: Ataman Nikolai Doluda  
Foto: imago/TAR-TASS

le bis zu Kosakenuniversitäten reicht das Angebot. Kosakenverbände dürfen sogar seit einigen Jahren am Tag des Sieges in der Militärparade auf dem Roten Platz mitmarschieren, obwohl die Mehrheit der Kosaken damals in der Wehrmacht gegen die Sowjetunion gekämpft hat.

Putin hatte gemerkt, dass mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ein verbindendes Element in der russischen Gesellschaft fehlt. Um das Vakuum zu

füllen, förderte er die orthodoxe Kirche und das Kosakentum.

Heute gibt es mehr als 2600 Kosaken-Gesellschaften mit 170.000 Mitgliedern in Russland, etwa sieben Millionen Russen und mehr als eine Million Ukrainer fühlen sich als Nachkommen der Kosaken. Der Kreml fördert und nutzt das nachsowjetische Neu-Kosakentum für seine Zwecke.

In allen Kriegen Russlands seit dem von 1992 in und um Transnistrien waren

Kosakenverbände im Einsatz. Nur in den beiden Tschetschenienkriegen von 1994 bis 1996 und von 1999 bis 2009 haben sie versagt. Dabei war der Kaukasus eines ihrer ureigensten Kampfgebiete.

Die offizielle Geschichtsschreibung der seit 1991 unabhängigen Ukraine gründet auch auf dem 1648 gegründeten Hetmanat der Saporoger Kosaken, obwohl unter Katharina der Großen das Saporoger Hetmanat, das Herzstück der heuti-

gen Ukraine, 1765 eine russische Provinz wurde. Eine Rückbesinnung auf kosakische Traditionen trat bei den Protesten auf dem Kiewer Majdan Ende 2013 als basis-demokratische und pro-westliche Tendenzen in Erscheinung. An die 50 Kosakenorganisationen unterstützten und unterstützten im Krieg um den Donbass wie heute gegen Russland die territoriale Integrität der Ukraine.

#### Ukraine-Kosaken verteidigen Land

Militärisch sind Kosakenverbände im 2014 ausgebrochenen Ukraine-Konflikt aber stärker auf russischer Seite aktiv. 5000 ukrainische Staatsbürger kämpften als Mitglieder kosakischer Verbände in den Regionen Luhansk und Donezk für die russische Sache. Als 2015 ukrainische Freiwilligenverbände vorrückten, verließen jedoch einige Kosakenverbände ihre Stellungen beim ersten Beschuss.

Vor allem seit der Proklamation der Volksrepublik Lugansk im Jahre 2014 hofft Ataman Kositsyn, mit Hilfe seiner Kosakischen Nationalgarde im Herzland der Donkosaken in der Region Rostow ein ukrainisch-russisches Hetmanat zu errichten in der Tradition der zu Zeiten des Russischen Bürgerkriegs von 1918 bis 1920 existierenden Donrepublik.

Der Aufmarsch von Kosaken bleibt für viele Russen jedoch nicht mehr als ein historischer Mummenschanz, bestenfalls Folklore, auch wenn er vom Kreml unterstützt wird. Selbst in einer Region wie Krasnodar, einst ein Kosakenzentrum im Süden Russlands, wo die staatliche Förderung besonders stark ausgeprägt ist, bestimmen Kosaken heute nicht mehr die regionale Identität, allenfalls die Folklore. Der staatliche Rückgriff auf das historische Symbol Kosakentum ist nur ein Mosaikstein in einer nationalistischen und rückwärtsgerichteten Entwicklung, mit der Putin Russland weiter in Isolation und Selbstgefälligkeit treibt.

## FAMILIENGESCHICHTE

## Was die Habsburger mit der Ukraine verbindet

Die Bindungen zwischen der Dynastie und dem Land reichen von den polnischen Teilungen bis zur Gegenwart

Als im Jahre 1772 Lemberg infolge der sogenannten ersten Teilung Polens zum Habsburgerreich kam, konnten die Habsburger dort bereits auf alte deutsche Traditionen aufbauen. 200 Jahre lang, von 1349 bis 1549 hatte die 1256 von den Kiewer Rurikiden gegründete Festung unter polnisch-litauischer Herrschaft deutsches Stadtrecht mit Deutsch als Amtssprache. In den rund eineinhalb Jahrhunderten bis zum Ersten Weltkrieg und dem Zerfall Österreich-Ungarns, in denen Lemberg und Czernowitz zu Österreich gehörten, blühte das kulturelle und kirchliche Leben in diesem Landesteil auf. Czernowitz wurde zu einem Mekka deutscher Literatur, der Geburtsort von Paul Celan brachte mehr deutschsprachige Dichter von Weltruf hervor als die meisten anderen Städte.

Um Russland zu schwächen und die Herzen der Ukrainer für die Mittelmächte zu gewinnen, hegten die Habsburger während des Ersten Weltkrieges Pläne, aus der Ukraine eine eigene Monarchie zu machen. Erzherzog Wilhelm von Habsburg-Lothringen, ein Vetter des letzten österreichischen Kaisers Karl I., war während des Ersten Weltkrieges informeller habsburgischer Thronkandidat für ein mittelmächtefreundliches ukrainisches Fürstentum.

Als sich diese Pläne mit der Kriegsniederlage zerschlugen, bildete er aus der Ukrainischen Legion, einem kurz nach Beginn des Krieges vorerst als Freiwillige Ukrainische Schützen gebildeter Kampfverband der Doppelmonarchie, die Elite-truppe der ukrainischen Nationalisten, mit denen er gegen die Bolschewisten für eine unabhängige Ukraine kämpfte. Sein engster Freund und Berater war der Metropolit der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche, Andrej Scheptyzkyj.

Als der Kampf der Nationalisten 1920 vorerst scheiterte, zog sich Wilhelm von Habsburg zunächst nach München zurück. In München eröffnete er ein Agitationsbüro und warb unter den Exilukrainern in Deutschland Freiwillige für eine Befreiungsarmee. Nach der Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen durch den 1922 geschlossenen bilateralen Vertrag von Rapallo wurde Wilhelms ukrainische Freiwilligenarmee aufgelöst.

Danach lebte er nacheinander in Spanien, Paris und Wien, wo er im Zweiten Weltkrieg als Doppelspion tätig war. Das wurde ihm nach dem Kriegsende zum Verhängnis. 1947 wurde er in der von den Alliierten besetzten österreichischen Hauptstadt vom sowjetischen Geheimdienst entführt und in die Ukraine gebracht, wo



Ein Habsburger, der in der Ukraine als Nationalheld gilt: Erzherzog Wilhelm

er gemäß dem aktuellen Forschungsstand im darauffolgenden Jahr an einer von den Sowjets nicht behandelten Tuberkulose im Krankenhaus des Lukjaniwska-Gefängnisses starb. Der Habsburger gilt heute als ukrainischer Nationalheld, viele ukrainische Städte haben ihm Denkmäler gesetzt.

Auch der letzte habsburgische Kronprinz, Otto von Habsburg, hatte eine besondere Beziehung zur Ukraine. Als Mitglied des Europaparlamentes für die CSU von 1979 bis 1999 sorgte er zwei Jahrzehnte lang dafür, dass dort ein Stuhl leer blieb für die Vertreter der unterdrückten Völker Osteuropas. Der Präsident der Paneuropaunion war als Mitinitiator und Schirmherr des Paneuropäischen Picknicks an der österreichisch-ungarischen Grenze im Sommer 1989 an der Vorbereitung des Falls des Eisernen Vorhangs beteiligt. Im Januar 1990 war er bei den Demonstranten, die in Dresden das Stasi-Gebäude stürmten, aber vor dem benachbarten KGB-Hauptquartier von dem KGB-Offizier Waldimir Putin mit einem Bluff abgeschreckt wurden.

Damals hatte Putin mit dem Einsatz schwer bewaffneter Soldaten gedroht, die es gar nicht gab. Seit damals warnte von Habsburg unermüdlich auch als Journalist bis zu einem Tod 2011 vor Putin und dessen Tricks.

In Otto von Habsburgs Tradition stehen heute seine beiden Kinder Gabriela und Karl. Seine 1956 in Luxemburg geborene vierte Tochter warnte als georgische Botschafterin in Deutschland von 2009 bis 2013 unzählige Male vor Putin.

Sein 1961 in Berg am Starnberger See geborener ältester Sohn betreibt seit einigen Jahren in der Ukraine den Radiosender „Radio Krajina“, mit dem der Beitritt des Landes in die EU und die NATO vorbereitet werden soll. Seit Beginn des Krieges am 24. Februar verlegte er den Sitz des Senders aus Kiew heraus an einen sichereren Ort. Putin hält er für einen Kriegsverbrecher. Auch hält der ehemalige Kampfpilot die vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj geforderte Einrichtung einer Flugbotszone für rechtlich möglich und aus humanitärer Sicht sogar für notwendig.

Insgesamt habe Russland die Lage in der Ukraine eindeutig falsch eingeschätzt und erwartet, von den russischsprachigen Ukrainern begeistert empfangen zu werden. Doch nur wegen der gemeinsamen Sprache fühle man sich noch nicht als Russe, so wie sich Österreicher oder Elsässer heute wegen ihrer deutschen Sprache noch lange nicht als Deutsche fühlten. Der Ukrainekrieg habe dazu geführt, dass russischsprachige Bewohner der Ukraine zu passionierten Ukrainern geworden seien, behauptete Karl von Habsburg in einem Interview mit dem Wiener „Kurier“.

Bob

(Siehe auch Seite 22)



Ließ sich für die verschiedensten Ämter vom Staat in die Pflicht nehmen: Kai-Uwe von Hassel, hier beim Amtseid als Bundesverteidigungsminister 1963 im Bundestag

VON WOLFGANG REITH

Er war überzeugter Europäer und zugleich Brückenbauer zwischen den Kontinenten Europa und Afrika, die er beide als seine Heimat betrachtete. Geboren am 21. April 1913 in Gare, Bezirk Tanga im damaligen Deutsch-Ostafrika, lebte Kai-Uwe von Hassel dort sechs Jahre lang mit seinen Eltern und Geschwistern, ehe die Familie nach Deutschland repatriert wurde. Sein Vater, Theodor von Hassel, war 1903 als Offizier der Schutztruppe in die Kolonie gekommen, wo er nach seinem Ausscheiden aus dem Militärdienst 1909 als Pflanzler blieb. Er baute dort die Farm Neu-Apenrade auf. Mit dem Farmnamen nahm er Bezug auf die Heimat seiner Ehefrau Emma geborene Jebesen, die aus Apenrade stammte.

Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg, der Deutschland seine Kolonien kostete, und der Entlassung Theodor von Hassels aus britischer Kriegsgefangenschaft, in die er 1917 geraten war, lebte die Familie von 1919 bis 1926 in Deutschland. Dann zog es ihn trotz der veränderten Besitzverhältnisse in Afrika wieder zurück nach Ostafrika, ins nunmehrige Tanganjika Territory.

#### Prägende Zeit in Schleswig-Holstein

Kai-Uwe von Hassel legte 1933 am Reform-Realgymnasium in Flensburg sein Abitur ab und absolvierte dann eine landwirtschaftlich-kaufmännische Ausbildung, unter anderem an der Deutschen Kolonialschule für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe in Witzhenhausen. Im Februar 1935 folgte er seinem Vater, um auf der elterlichen Plantage tätig zu werden, die er schon im November desselben Jahres übernahm, als sein Vater plötzlich verstarb. Kurz nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde Kai-Uwe von Hassel festgenommen und in ein Internierungslager nach Daressalam überstellt. Dort wurde er bis Februar 1940 festgehalten, dann erfolgte zum zweiten Mal in seinem Leben die Ausweisung aus seiner Heimat nach Deutschland.

Dort leistete er Dienst in der Wehrmacht, die ihn unter anderem als Dolmetscher im Amt Ausland/Abwehr unter Admiral Wilhelm Canaris einsetzte. Nach der

schnellen Rückkehr aus britischer Kriegsgefangenschaft im September 1945 arbeitete von Hassel zwei Jahre lang als Angestellter bei der Kreisverwaltung Flensburg. Seit 1946 war er Mitglied der CDU. 1950 wurde er erst stellvertretender, ein halbes Jahrzehnt später dann Vorsitzender des Landesverbandes Schleswig-Holstein. 1964 bis 1975 war er dann wieder Stellvertreter, erst von Helmut Lemke, dann ab 1971 von Gerhard Stoltenberg. Von 1956 bis 1969 war er zusätzlich auch stellvertretender Vorsitzender der Gesamtpartei.

Weitere Ämter häuften sich im Laufe der Jahre. 1947 bis 1963 war von Hassel Mitglied des Stadtrates von Glücksburg, von 1947 bis 1950 auch Bürgermeister dieser Stadt, danach deren Bürgervorsteher, in den Jahren 1948 bis 1955 zudem Mitglied des Kreistages Flensburg und von 1950 bis 1965 Mitglied des schleswig-holsteinischen Landtages.

1954 wählte ihn der Landtag als Nachfolger seines aus gesundheitlichen Gründen zurückgetretenen Parteifreundes Friedrich-Wilhelm Lübke zum Ministerpräsidenten des Bundeslandes, ein Amt, das er bis 1963 bekleidete. Dann trat er die Nachfolge von Franz Josef Strauß als Bundesminister der Verteidigung an.

#### Für den „Starfighter“ zuständig

Die Entscheidung für die Anschaffung der Lockheed F-104 fiel noch in Strauß' Ära, aber ein großer Teil der „Starfighter“-Abstürze in seine. Schließlich traf es sogar seinen eigenen Sohn. 1970 verunglückte der 1942 geborene Oberleutnant zur See Joachim von Hassel mit seinem „Sargfigh-

ter“ tödlich. Ein Jahr nach dem Tode ihres gemeinsamen Sohnes wählte Elfriede von Hassel geborene Frölich, seit 1940 Kai-Uwe von Hassels Ehefrau, den Freitod. Da war er aber schon nicht mehr in der Bundesregierung für die Verteidigung verantwortlich.

Denn im Zuge des Wechsels von Ludwig Erhard zu Kurt Georg Kiesinger im Kanzleramt wechselte er vom Verteidigungs- ins Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, ehe er 1969 Präsident des Bundestages wurde. Diesem hatte er bereits in den Jahren 1953 und 1954 angehört, dann wieder ab 1965 bis 1980.

Als die SPD in der Wahl 1972 stärkste Partei wurde, räumte von Hassel der Sozialdemokratin Annemarie Renger das Feld und wurde ihr Vize. Als 1976 wieder die Union stärkste Partei wurde, wurde jedoch nicht er, sondern Karl Carstens ihr Nachfolger, während sie seine Nachfolge antrat.

#### Für die Vertriebenen zuständig

Ab 1977 war von Hassel ein Jahr Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und bis 1980 Präsident der Versammlung der Westeuropäischen Union. Getreu dem Motto „Hast du einen Opa, schick ihn nach Europa“ saß von Hassel schließlich noch zum Ende seiner politischen Karriere von 1979 bis 1984 im ersten direkt gewählten EU-Parlament.

Vor 25 Jahren, am 8. Mai 1997, ereilte ihn während der Verleihung des Karlspreises an Bundespräsident Roman Herzog in Aachen ein Herzinfarkt, an dem er verstarb. Nach einem Staatsakt im Plenar-

saal des Deutschen Bundestages erfolgte die Beisetzung auf dem Friedhof von Bonn-Bad Godesberg.

#### Enge Kontakte zur alten Heimat

Bis zuletzt hatte Kai-Uwe von Hassel, der fließend Suaheli sprach, enge Kontakte zu seiner alten Heimat gehalten, dem heutigen Tansania, aber darüber hinaus auch zu anderen afrikanischen Staaten. Als 1964 Paul von Lettow-Vorbeck, ehemaliger Kommandeur der Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika und einziger im Ersten Weltkrieg ungeschlagener deutscher General, mit militärischen Ehren in Schleswig-Holstein zu Grabe getragen wurde, hielt von Hassel eine beeindruckende Ansprache, in welcher der damalige Bundesverteidigungsminister den Verstorbenen als „Leitbild“ bezeichnete, was ihm später viel Kritik eintrug. Auch hatte er veranlasst, dass zwei frühere Askari eigens zu der Trauerfeier eingeflogen worden waren, um ihrem alten Befehlshaber die letzte Ehre zu erweisen.

In Deutschland engagierte sich von Hassel immer wieder für die Zusammenarbeit mit Afrika, so etwa in der Deutschen Afrika Stiftung. Im Vorfeld der Unabhängigkeit Namibias gründete er im Februar 1989 das „Komitee Freiheit für Namibia“, dessen Vorsitz er übernahm und das für die ideelle und materielle Unterstützung der freiheitlichen politischen Kräfte Namibias eintrat. In der Folge ernannte ihn die 1983 gegründete Deutsch-Namibische Entwicklungsgesellschaft zu ihrem Ehrenpräsidenten, nur eine der vielen Ehrungen, welche Kai-Uwe von Hassel zuteilwurden.

HORST WAFFENSCHMIDT

## Der erste Beauftragte

In der sowjetischen Reformära unter Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow wurde für Deutsche das Aussiedeln aus den Ostblockstaaten einfacher. Ab 1988 stieg die Zahl der Aussiedler sprunghaft an. In jenem Herbst wurde deshalb das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen geschaffen. Bei der Besetzung des Postens entschied sich Bundeskanzler Helmut Kohl für den Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern Horst Waffenschmidt, den er aus den späten 50er/ frühen 60er Jahren kannte.

Vor seiner Berufung zum Bundesbeauftragten war Waffenschmidt vor allem durch seine Arbeit für die kommunale Selbstverwaltung aufgefallen. Im selben Jahr, in dem Kohl Bundesvorsitzender der CDU wurde, 1973, wurde er Bundesvorsitzender der KPV, der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands. Unter ihm verstärkte die KPV ihre Zusammenarbeit mit der nun von Kohl geführten Bundes-CDU, schärfte ihr Profil als Unterorganisation der Union und stellte sich in den Dienst des Parteauftrags, die Macht in Bonn zurückzugewinnen. „Über die Rathäuser zurück ins Palais Schaumburg“ lautete seine Devise.

Kommunalpolitik war Waffenschmidts Spezialgebiet, Kommunalverwaltung sein erster Beruf. Auch mit seiner Tätigkeit in der Staatsverwaltung trat er in die Fußstapfen seines Vaters, der Oberregierungsrat gewesen war. Das am 10. Mai 1933 in Düsseldorf geborene Akademikerkind studierte Rechts- und Staatswissenschaften in Bonn wie Köln und promovierte über die Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative.

1963 trat er als Assessor in die Verwaltung des Landschaftsverbandes



Vor 20 Jahren gestorben: Horst Waffenschmidt Foto: pa

Rheinland ein. Nach der Übernahme der Leitung der Abteilung Verwaltung und Recht beim Landesstraßenbauamt Köln war er ab 1964 erst Gemeindedirektor und ab 1971 dann Stadtdirektor in Wühl. 1972 wurde er Bundestagsabgeordneter und damit Berufspolitiker. Nach der Bonner Wende von 1982 wurde er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern.

Fast die gesamte Kohl-Ära behielt er diesen Posten. Nachdem er 1997 bereits damit begonnen hatte, beendete Waffenschmidt nach dem erneuten Machtwechsel von 1998 seinen Rückzug aus der Politik. Der bekennende Pietist starb am 7. Mai 2002 in Frechen bei Köln. Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

In einem Krieg wurden Kernwaffen bislang nur zwei Mal eingesetzt. Nämlich im August 1945, als US-amerikanische Flugzeuge Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki warfen. Danach wagte es bis heute niemand mehr, etwas Derartiges zu wiederholen, obwohl die neun Atom-mächte in der Folgezeit streckenweise um die 60.000 Nuklearsprengköpfe anhäuferten und mehr als 2000 Testexplosionen auslösten.

Jetzt allerdings werden Warnungen laut, dass Russland im Zuge des Ukrainekrieges das seit 77 Jahren bestehende Tabu brechen könnte. Dergestalt äußerten sich unter anderem der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj und der Direktor des US-Auslandsgeheimdienstes CIA, William Burns: Angesichts des offensichtlichen Scheiterns von Putins konventioneller Kriegführung in der Ukraine sei es höchst ratsam, die Gefährdung durch russische Atomwaffen nicht auf die leichte Schulter zu nehmen.

Und tatsächlich sendete der Kreml-Chef auch schon einige beunruhigende Signale aus. So bezeichnete er den jüngsten erfolgreichen Testflug der neuen Interkontinentalrakete RS-28 „Sarmat“ mit 18.000 Kilometern Reichweite und möglicherweise bis zu zwölf einzeln steuerbaren Atomsprengköpfen als Warnung an alle jene, „die in der Hitze der aggressiven Rhetorik versuchen, unser Land zu bedrohen“. Zudem versetzte Putin die russischen „Abschreckungswaffen“, zu denen in erster Linie die Kernwaffen zählen, mit Beginn des Ukrainekrieges in erhöhte Alarmbereitschaft und sprach von „Konsequenzen, wie noch nie in der Geschichte erlebt“, sollte sich die NATO in den Konflikt „einmischen“.

Weitere alarmierende Äußerungen kamen vom Kremlsprecher Dmitri Peskow sowie dem stellvertretenden Leiter des Sicherheitsrates, des Ex-Staatspräsidenten der Russischen Föderation und Vorsitzenden der Partei Einiges Russland, Dmitri Medwedew. Beide bezeichneten nicht näher definierte „Aggressionsakte“, welche die staatliche Existenz Russlands gefährden könnten, als möglichen Anlass für Atomschläge der eigenen Streitkräfte.

#### Russlands Atom-Arsenale sind voll

Und diese verfügen über ein beachtliches Arsenal an Kernwaffen. Wie aus der kürzlich erschienenen Zusammenstellung „Nuclear Notebook. Russian nuclear weapons 2022“ der Federation of American Scientists hervorgeht, besitzt Russland aktuell fast 6000 Atomsprengköpfe, nachdem deren Zahl 1990 noch bei über 30.000 lag. Damit rangiert es knapp vor den USA mit gut 5500 Sprengköpfen. Von den russischen Kernwaffen sind aktuell etwa 4500 einsatzbereit – der Rest wurde ausgemustert und harret der Demontage. Mehr als die Hälfte der verwendungsfähigen Sprengköpfe zählt zu den strategischen und knapp 2000 zu den taktischen Waffen mit mittlerer und kürzerer Reichweite.

Für den sofortigen Einsatz stehen fast 1600 der strategischen Nuklearsprengköpfe zur Verfügung. Gut 800 davon dienen der Bestückung von mehr als 300 landgestützten Interkontinentalraketen. Fast 600 befinden sich an Bord der 14 Atom-U-Boote der Seekriegsflotte der Russischen Föderation mit Raketenbewaffnung. Und die verbliebenen 200 können von 68 Langstreckenbomben ins Ziel transportiert werden. Die übrigen knapp 1000 strategischen Kernwaffen lagern in Hochsicherheitsbunkern – wie auch die Sprengköpfe für die taktischen Waffen.

Angesichts dieses Bestandes hat Putin drei grundsätzlich unterschiedliche Optionen für den Einsatz des russischen Kernwaffenpotentials gegen die Ukraine oder die NATO. Zum Ersten wäre ein plötzlicher „Enthauptungsschlag“ mit



Gebannt geglaubte Schreckensvision: Atombomben-Test auf dem Mururoa-Atoll in Französisch-Polynesien 1990

Foto: action press

#### UKRAINE-KONFLIKT

## Atomkrieg in Europa?

Erstmals seit Jahrzehnten erscheint ein großer Krieg in Europa wieder möglich. Und damit wird auch das lange Undenkbare wieder zur realen Gefahr: der nukleare Schlagabtausch. Was aber bedeutet das konkret?

dem Gros der strategischen land- oder seegestützten Raketen und Bomber möglich. Allerdings besitzt Russland keine Chance, dabei die komplette nukleare Zweitschlagskapazität der USA, Frankreichs und Großbritanniens zu neutralisieren. Denn die beläuft sich auf 22 in den Tiefen der Ozeane patrouillierende Atom-Unterseeboote mit Hunderten von ballistischen Raketen, weitere 400 landgestützte Raketen und zahllose Flugzeuge, die gemeinsam mehr als 4000 Sprengköpfe ins Ziel tragen können.

Damit dürfte ein Erstschlag unweigerlich zum Selbstmord geraten, was übrigens auch für den extrem unwahrscheinlichen Fall gilt, dass der Gegenschlag doch nicht stattfindet oder Russland diesen übersteht. Denn auf die Zündung von 100 oder mehr strategischen Kernwaffen würde der „Nukleare Winter“ folgen. Dies ist eine Klimakatastrophe aufgrund der in die Atmosphäre geschleuderten Mengen an Asche und Staub, welche den Himmel über zwei bis drei Jahre verdunkeln.

#### Moskau hat verschiedene Optionen

Darüber hinaus käme es zur Freisetzung von erheblicher Radioaktivität, wobei der strahlende Niederschlag bei modernen Sprengköpfen aber geringer ausfällt als gemeinhin angenommen. Fast alle heutigen Atombomben sind Wasserstoffbomben, die nur relativ wenig Uran oder Plutonium enthalten. Deshalb läge die Radioaktivität im Zielgebiet zwei Wochen nach der Explosion lediglich noch bei einem Tausendstel des Anfangswertes.

Zum Zweiten könnte Putin sehr viel zurückhaltender agieren und sogenannte Demonstrationsschläge anordnen. Dabei handelt es sich um die Zündung von taktischen Kernwaffen mit geringerer Detonationskraft in großer Höhe und über weitgehend menschenleeren Regionen wie beispielsweise der Ostsee oder dem Schwarzen Meer. Das würde die Entschlossenheit Russlands zeigen, ohne dass es aber zu Schäden oder einer gravierenden radioaktiven Verseuchung am Boden käme. Die Frage ist freilich, ob die

USA bei einem Demonstrationsschlag bereit wären, passiv zu bleiben. Immerhin entsandte die US-Luftwaffe im Februar vier B-52-Bomber mit „nuklearen Ressourcen“ nach Großbritannien.

Und zum Dritten hat Putin die Möglichkeit, den Einsatz taktischer Kernwaffen auf den Gefechtsfeldern der Ukraine oder gegen NATO-Einheiten anzuordnen. Von diesen Sprengköpfen besitzt Russ-

land knapp 2000 Stück – und an Trägersystemen wie Kurz- oder Mittelstreckenraketen, Marschflugkörpern, Torpedos und Kampfflugzeugen herrscht gleichermaßen kein Mangel. Durch den kleineren Sprengkopf wären die Auswirkungen der Explosionen deutlich geringer als bei strategischen Nuklearwaffen, weshalb es anschließend nicht nur eine atomare Wüste zu erobern gäbe.

Auch die Hemmschwelle der NATO zum Einsatz der gefürchteten Atomwaffe ist schon seit geraumer Zeit deutlich gesunken

land knapp 2000 Stück – und an Trägersystemen wie Kurz- oder Mittelstreckenraketen, Marschflugkörpern, Torpedos und Kampfflugzeugen herrscht gleichermaßen kein Mangel. Durch den kleineren Sprengkopf wären die Auswirkungen der Explosionen deutlich geringer als bei strategischen Nuklearwaffen, weshalb es anschließend nicht nur eine atomare Wüste zu erobern gäbe.

#### NATO-Szenario zum Baltikum

Andererseits birgt ein solches Vorgehen ebenfalls unkalkulierbare Risiken. Denn die Hemmschwelle in Bezug auf den Einsatz von taktischen Kernwaffen scheint aufseiten der NATO schon seit geraumer Zeit deutlich gesunken zu sein. Vier Wochen vor Ausbruch des Ukrainekrieges

berichtete das US-Nachrichtenmagazin „Newsweek“ über Pläne der eigenen Militärs, einen begrenzten atomaren Schlagabtausch mit Russland billigend in Kauf zu nehmen: „Die nukleare Option folgt der Strategie der Abschreckung möglicher Angreifer, auch in Europa, wie es das groß angelegte Manöver ‚Global Lightning‘ im vergangenen Jahr verdeutlichte, mit dem Szenario einer angenommenen russischen Invasion in den baltischen Staaten, die schließlich zum Einsatz von Atomwaffen führte.“

Ähnliche Töne konnte man bereits 2014 auf einer Konferenz der NATO-Strategieschmiede Joint Air Power Competence Centre (JAPCC) mit Sitz in Kalkar hören: „Die zwei Jahrzehnte lang geltende Annahme, dass es in Europa keinen größeren Krieg geben wird, ist anzuzweifeln ... Die Konferenz fordert vor diesem Hintergrund einen angemessenen Mix aus nuklearen und nicht-nuklearen Fähigkeiten.“ Noch deutlicher wurden die militärischen Experten aus 16 NATO-Staaten, welche unter dem Kommando des Befehlshabers der US-Luftstreitkräfte in Europa und Afrika standen, auf einer späteren Konferenz im Jahre 2017: Die Strategie der konventionellen Abschreckung sei weiterhin umsetzbar, allerdings sehr kostspielig.

#### „Finanziell günstigere Variante“

Daher lautete die Empfehlung des JAPCC: „Alternativ dazu könnte eine Senkung der Nuklearschwelle und die Wiedereinführung von nuklearen Mittelstreckenkräften in Betracht gezogen werden.“ Alles weitere blieb dann freilich geheim. Dabei ist aber davon auszugehen, dass die Anregungen des NATO-Kompetenzzentrums auf fruchtbaren Boden gefallen sind und die Option eines begrenzten Nuklearkrieges als finanziell günstigere Alternative zum konventionellen Schlagabtausch nicht sang- und klanglos unter den Tisch fiel. Wobei die russischen Nachrichtendienste dies sicher aufmerksam registrierten und die Moskauer Führung entsprechend informieren.

Insofern könnten all jene Recht behalten, welche nach den drohenden Ankündigungen der russischen Seite und den darauffolgenden Alarmrufen von Burns und Selenskyj wieder Entwarnung gaben. Der ehemalige Chef der Russlandabteilung der CIA, Steven Hall alias Stephen Holmes, bezeichnete die Verlautbarungen aus dem Kreml als „nukleares Säbelraseln“ ohne Konsequenzen, mit dem gegenüber der eigenen Bevölkerung Stärke demonstriert werden solle. Von „Symbolpolitik“ sprach auch der Leiter des Forschungsbereiches Rüstungskontrolle und Neue Technologien am Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH), Ulrich Kühn, während andere Militärfachleute an ähnliche russische Drohgebärden während der Annexion der Krim erinnerten.

#### Sicher ist sich niemand

Und der frühere Chephysiker der Schweizer Armee Walter Rüegg verwies zudem darauf, dass Russland vollkommen außerstande sei, die territorial weit zerstreuten NATO-Streitkräfte mit taktischen Atomschlägen zu paralysieren, weshalb Putin sicher nur blaffe und Panik bei der Gegenseite auslösen wolle. Ebenso meinte der Direktor des renommierten Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), Dan Smith: „Ich glaube nicht, dass ein Atomkrieg eine wahrscheinliche Folge dieser Krise ist.“

Allerdings gab es bekanntlich auch zahlreiche Experten, welche noch kurz vor dem 24. Februar 2022 prophezeit hatten, Putin würde es niemals wagen, in das Nachbarland einzufallen. Insofern ist Vorsicht angeraten, wenn es um mögliche zukünftige Schritte Russlands geht. In die Köpfe der Kreml-Führer kann niemand hineinschauen – auch wenn westliche Geheimdienstler, Wissenschaftler und Journalisten gerne den gegenteiligen Eindruck zu erwecken versuchen. Genauso wenig ist klar, wie weit der Konflikt in der Ukraine durch das Zutun der beiden Akteure und deren jeweilige Unterstützerschar noch eskalieren wird.

**KÖNIGSBERGER GEBIET**

## Litauen zieht Blockade in Betracht

Außenminister Gabrielas Landsbergis spricht während Baerbock-Besuch Klartext

VON BODO BOST

Als Reaktion auf den anhaltenden Ukrainekrieg suchen der Westen und Litauen weiterhin nach geeigneten Sanktionsmaßnahmen. Dabei wird auch eine Blockade des Königsberger Gebiets in Erwägung gezogen. Experten sind sich jedoch uneinig darüber, wie und ob man über die Königsberg-Blockade sprechen soll.

Beim Besuch von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock in Litauen wurde im Gegensatz zum Kanzleramt Klartext gesprochen. Der litauische Außenminister Gabrielas Landsbergis sagte offen, dass auf litauischem Territorium ukrainische Soldaten an neuen Waffensystemen aus dem Westen ausgebildet werden.

**Frontstaat der NATO gegen Putin**

Litauen entwickelt sich immer mehr zum ersten Frontstaat der NATO gegen Putin. Dabei spielen auch die bislang 900 Bundeswehrsoldaten, die in Litauen stationiert sind, eine wichtige Rolle. Deren Zahl soll jetzt erhöht werden. Baerbock erwähnte auch den nur 90 Kilometer breiten Suwalki-Korridor als kürzeste und schwächste Stelle der NATO gegenüber der Landverbindung zwischen Russland/Weißrussland und der russischen Exklave Königsberg. Zufälligerweise liegt in diesem Korridor auch die litauische Kleinstadt Mariampol, einst eine Grenzstadt zu Ostpreußen, die nicht nur namentlich direkt an das von den Russen belagerte Mariupol am Asowschen Meer in der Ukraine erinnert, wie Baerbock ansprach. Mariupol ist die letzte ukrainische Bastion innerhalb der angestrebten Landverbindung über den Donbass entlang des Asowschen Meers zur Krim. Nicht angesprochen wurde bei der Pressekonferenz der beiden Außenminister in Wilna allerdings die Frage einer Blockade des Königsberger Gebiets.

Im Zusammenhang mit weiteren Sanktionsmaßnahmen gegen Russland wird in Litauen jedoch die Blockade des



Beim Besuch der NATO-Einsatztruppen: Annalena Baerbock trifft in Litauen deutsche Soldaten

Foto: pa

zur Russischen Föderation gehörenden Königsberger Gebiets diskutiert. Ministerpräsidentin Ingrida Šimonytė betonte, dass Litauen den Transitverkehr nach Königsberg nicht einseitig unterbinden könne, da Litauen hier von der EU abhängig sei.

Öffentliche Diskussionen über das Thema wurden bereits von russischen Politikern durchgespielt und fanden auch in Litauen ein breites Echo. Auf die Frage, warum der Transit nach Königsberg nicht gestoppt werde, wenn Russland selbst seinen internationalen Verpflichtungen nicht nachkomme, antwortete die Premierministerin, dass es viele Vorschläge gebe, auf die eine oder andere Weise zu reagieren, aber wenn sie alle gleichzeitig umgesetzt würden, „hätten wir nichts mehr auf den Tisch zu legen, um die Kosten dieses Krieges für den Kreml zu erhöhen“.

Bald darauf gab Wladimir Dschabarov, erster stellvertretender Vorsitzender

des Ausschusses für internationale Angelegenheiten des Rates der Russischen Föderation, eine Erklärung ab: „Wenn es eine Blockade gibt, wie man sagt, wüsste Russland, wie man Blockaden bricht, wir haben viel Erfahrung.“

**Warnung vor Provokationen**

Der ehemalige litauische Außenminister und litauische Botschafter in der Ukraine, Petras Vaitiekūnas, warnte vor unnötigen Provokationen, die Moskau dazu verleiten könnten, eine zweite Front auf seinem Gebiet zu eröffnen. Da sich die Europäische Union verpflichtet hat, einen vereinfachten Transit nach Königsberg zu gewährleisten, sollte die Aussetzung des Transits nur auf Initiative von anderen EU-Ländern und nicht von Litauen erfolgen. Auf jeden Fall, so Vaitiekūnas, sollte eine Königsberg-Blockade nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden.

Das nördliche Ostpreußen ist das am meisten mit Waffen vollgestopfte Gebiet

Europas. Die Truppen und Waffen von der Russischen Föderation werden entweder auf dem Seeweg oder mit dem Flugzeug nach Königsberg transportiert. Eine Blockade würde den Landweg blockieren, aber nicht die gewünschten Ergebnisse bringen.

Russland hat seit Beginn seines Krieges gegen die Ukraine die Fährverbindungen von St. Petersburg nach Königsberg bereits ausgebaut. Was die Wirtschaftsblockade betrifft, so würde es sich um eine Blockade eines kleinen Teils handeln, aber die wirtschaftlichen Auswirkungen wären beträchtlich, da der Schienen- und Straßenverkehr für die Versorgung Königsbergs benötigt wird. Generell, so der Militärspezialist Darius Antanaitis, brauchen die Russen die Region Königsberg, um einen Teil der Ostsee zu kontrollieren. „Es ist das am stärksten militarisierte Gebiet in Europa, das dazu an unser Land grenzt und eine direkte Bedrohung für unsere Sicherheit darstellt“, so der Major a.D. Darius Antanaitis.

**MELDUNGEN**

## Neue Route nach China

**Insterburg** – Der erste Containerzug mit Torf wurde aus dem Königsberger Gebiet nach China verschickt. Die Königsberger Eisenbahn hat mit der Umsetzung eines neuen Transport- und Logistikprojekts begonnen, um Containerzüge vom Bahnhof Insterburg über eine neue Route nach China zu schicken. Der erste Testzug mit Containern wurde verladen und fuhr am 24. April ab. Zwei Wochen später soll er am Zielbahnhof eintreffen. In umgekehrter Richtung sollen die Container mit Waren aus chinesischer Produktion beladen werden. Der Zug enthält 100 Standardcontainer (20 Fuß). Ende Januar traf der erste Containerzug mit importierten Waren aus China in Königsberger Gebiet ein. Zuvor wurden Konsumgüter, Geräte und Elektronik im Rahmen von Transitzügen, die durch Königsberg nach Westeuropa fahren, in die Region geliefert. Ende März traf der zweite Containerzug aus China in der Region ein. Er brachte ebenfalls Konsumgüter. **MRK**

## Villa Sohr als Kulturerbe

**Rauschen** – Die Villa Sohr in Rauschen wurde in die Liste der Kulturerbeobjekte von lokaler Bedeutung aufgenommen. Das Gebäude mit Turm wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts erbaut. Nach dem Krieg wurde die Villa als Wohnhaus genutzt, doch 2016 mussten die Bewohner ausziehen. Im August 2017 brannte das Gebäude teilweise ab. Trotz dieser erheblichen Beschädigungen blieben seine ursprünglichen architektonischen Elemente und die Fassadendekoration teilweise erhalten, sodass die Behörden eine Restaurierung für möglich halten. 2020 gab es Gerüchte, dass die Stadt, die Eigentümerin der Villa ist, bereits mit dem Abriss begonnen habe. Die Verwaltung des Kurorts teilte damals mit, es werde ein Investor gesucht. **MRK**

**SENSBURG**

## Einfluss ukrainischer Flüchtlinge thematisiert

Zweiter Tag der Arbeitstagung – Heinrich Hoch sprach über die Zukunft der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen

Neben den Themen, die vor allem die Deutsche Minderheit betreffen, darf man den Krieg in der Ukraine nicht vergessen. Darüber, welche Auswirkung die Ukraine-Krise auf das südliche Ostpreußen hat, berichtete der Repräsentant des Verbindungsbüros der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein, Damian Wierzchowski.

In ganz Europa gibt es zirka fünf Millionen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, darunter über zwei Millionen in Polen und über 300.000 Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Kinder und deren Mütter erhalten vom polnischen Staat weitreichende Hilfen. Das Sondergesetz gibt ihnen viele Rechte. Mit der Vergabe der polnischen Sozialversicherungsnummer „PESEL“ wurde ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt, zum Gesundheitssystem und zu Sozialleistungen gewährt.



Spricht über deutsche Vereine: Heinrich Hoch

Foto: D.W.

Die Schulaufsichtsbehörde von Ermland und Masuren verkündete am 22. April dieses Jahres, dass man in 60 Schulen Vorbereitungsklassen eröffnet habe. Die Kinder werden dort neben anderen Schulfächern sechs Unterrichtsstunden Polnisch pro Woche besuchen.

**Schulen sind gut vorbereitet**

Der Einfluss von ukrainischen Flüchtlingen wird in der nahen Zukunft auch Auswirkungen auf die zwischenmenschlichen Beziehungen in der Region zeitigen. Hier müssen die Polen lernen, mit Menschen, die andere Erfahrungen gemacht haben, zusammenzuleben. Aus eigener Erfahrung erzählte Irena Wissuwa, wie das Zusammenleben mit einer ukrainischen Familie aussieht. Auch in dem Hotel, in dem die Arbeitstagung stattfand, haben über 100 Flüchtlinge eine Unterkunft gefunden.

Am zweiten Tag der Arbeitstagung gab Heinrich Hoch, der Vorsitzende des ostpreußischen Dachverbandes, eine umfangreiche Einführung in das Thema „Strukturen und Nachfolgeproblematik der deutschen Vereine am Beispiel des DV Osterode“. Im Anschluss berichtete Ulf Püstow über die Bruderhilfe der Landsmannschaft Ostpreußen.

Zum Abschluss der Veranstaltung präsentierte Damian Wierzchowski den Veranstaltungskalender der LO-Repräsentanz in Allenstein. Das Sommerfest findet am 25. Juni dieses Jahres in Hohenstein statt. Eine Woche später, vom 1. bis zum 3. Juli, ist die Sommerolympiade der deutschen Jugend in Ermland und Masuren in Osterode geplant. Wenn die Situation es zulässt, werden noch weitere Veranstaltungen organisiert, etwa das beliebte Volkstanzseminar für Kinder und Jugendliche im Herbst. **EB**

## Wir gratulieren...



## ZUM 103. GEBURTSTAG

**Harder, Gerda, geb. Meschonat,** aus Lyck, Morgenstraße 31, am 11. Mai

## ZUM 101. GEBURTSTAG

**Theiß, Hedwig, geb. Wisotzki,** aus Lyck, Morgenstraße 22, am 7. Mai

## ZUM 99. GEBURTSTAG

**Deimann, Hanna, geb. Wiede,** aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 10. Mai  
**Gehre, Meta, geb. Lankau,** aus Hagenau, Kreis Mohrunen, am 11. Mai  
**Quassowsky, Ilse, geb. Conrad,** aus Kischken, Kreis Ebenrode, am 7. Mai

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Brassus, Doris,** aus Babken, Kreis Treuburg, am 12. Mai  
**Jopp, Ewald,** aus Soffen, Kreis Lyck, am 12. Mai  
**Lenk, Eva, geb. Hitzigrath,** aus Brämerhusen, Kreis Schlossberg, am 9. Mai  
**Müller, Elfriede, geb. Born,** aus Prostken, Kreis Lyck, am 6. Mai  
**Parszenski, Johanna, geb. Kijewski,** aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 10. Mai  
**Ruttens, Ilse, geb. Winkler,** aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 6. Mai  
**Staklies, Waltraut, geb. Neumann,** aus Sorgenau, Kreis Fischhausen, am 9. Mai

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Burdina, Grete, geb. Grzanna,** aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 10. Mai  
**Christner, Edith, geb. Knoch,** aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 11. Mai  
**Fabritz, Bruno,** aus Rhein, Kreis Lötzen, am 6. Mai  
**Grallert, Hildegard,** aus Waldwender, Kreis Lyck, am 9. Mai  
**Jösten, Brigitte,** aus Prostken, Kreis Lyck, am 11. Mai

**Rosinski, Christel, geb. Meyer,** aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 12. Mai

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Gornecki, Gertrud, geb. Botzkowski,** aus Osterschau, Kreis Neidenburg, am 8. Mai  
**Kuhn, Elisabeth,** aus Moterau, Kreis Wehlau, am 12. Mai

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Fröhlich, Bruno,** aus Ortelsburg, am 12. Mai  
**Kock, Gerda, geb. Weber,** aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, am 6. Mai  
**Lachmann, Helga, geb. Torner,** aus Mohrunen, am 7. Mai  
**Lau, Waltraut, geb. Pilchowski,** aus Lyck, Bismarckstraße 65, am 7. Mai

**Pasternak, Erika, geb. Weisflog,** aus Wehlau, am 10. Mai  
**Pettenpaul, Karl-Heinz,** aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 11. Mai  
**Schmitz, Erna, geb. Duchnitzki,** aus Weidenkreuz, Kreis Ebenrode, am 7. Mai  
**Sopha, Charlotte, geb. Berg,** aus Norgau, Kreis Fischhausen, am 9. Mai  
**Soppa, Werner,** aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 8. Mai  
**Wojke, Elisabeth, geb. Warniak,** aus Sarken, Kreis Lyck, am 7. Mai

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Ahrens, Gertrud, geb. Kolletzki,** aus Perteitnicken, Kreis Fischhausen, am 11. Mai  
**Blessing, Helga, geb. Kendziorra,** aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 7. Mai  
**Fankhauser, Hildegard, geb. Salewski,** aus Neidenburg, am 8. Mai  
**Ingmann, Lisbeth, geb. Grigo,** aus Krassau, Kreis Lyck, am 10. Mai  
**Kempka, Gerda, geb. Nernheim,** aus Wehlau, am 7. Mai  
**Leonhardt, Herta, geb. Wenz,** aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 8. Mai  
**Schmidt, Margarete, geb. Mex,** aus Treuburg, am 7. Mai  
**Wienefeld, Christel, geb. Kullik,** aus Lyck, Hindenburgstraße 22, am 12. Mai

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Chmielewski, Willi,** aus Warchallen, Kreis Neidenburg, am 8. Mai  
**Gollub, Adeltraud,** aus Merunen, Kreis Treuburg, am 10. Mai  
**Herrmann, Siegfried,** aus Reuß, Kreis Treuburg, am 11. Mai  
**Meinecke, Irma, geb. Dickmann,** aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 10. Mai  
**Mischke, Inge, geb. Grzeski,** aus Allenstein, am 11. Mai  
**Rattay, Heinz,** aus Moneten, Kreis Treuburg, am 6. Mai  
**Scharna, Monika, geb. Preuss,** aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 9. Mai  
**Schrenke, Eva, geb. Gehlhaar,** aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Mai  
**Vogt, Lena, geb. Jotzo,** aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 8. Mai

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Albrecht, Willi,** aus Reichertswalde, Kreis Mohrunen, am 9. Mai  
**Balz, Lieselotte, geb. Kolossa,** aus Gorlau, Kreis Lyck, am 8. Mai  
**Block, Traute, geb. Usko,** aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 8. Mai  
**Dinges, Herta, geb. Gindler,** aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 12. Mai  
**Gronau, Joachim,** aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 6. Mai  
**Kullak, Edith, geb. Reck,** aus Lötzen, am 7. Mai  
**Milewski, Heinz,** aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 10. Mai  
**Saschek, Ruth, geb. Lenz,** aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 6. Mai  
**Tarrach, Kurt,** aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 11. Mai  
**Wagner, Hans,** aus Hanswalde, Kreis Wehlau, am 11. Mai  
**Wassenberg, Helga, geb. Zeier,** aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 9. Mai

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Bienk, Bruno,** aus Ortelsburg, am 9. Mai  
**Kerinn, Irma, geb. Schwarz,** aus Schützenort, Kreis Ebenrode, am 12. Mai  
**Koriath, Gerhard,** aus Baldenofen, Kreis Neidenburg, am 12. Mai  
**Kröger, Ilse, geb. Kirchner,** aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. Mai

**Lange, Herta, geb. Appel,** aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrunen, am 6. Mai  
**Paul, Anneliese, geb. Lindenau,** aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 12. Mai  
**Radzuweit, Günther,** aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 10. Mai  
**Sczech, Inge, geb. Vockel,** aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 10. Mai  
**Stelling, Rainer,** aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 6. Mai  
**Zysk, Karl-Heinz,** aus Ortelsburg, am 12. Mai

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Dreher, Siegfried,** aus Zinten, Kreis Heiligenbeil, am 11. Mai  
**Fehse, Peter,** aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 10. Mai  
**Gerhardt, Winfried,** aus Lyck, am 12. Mai  
**Gröning, Eberhard,** aus Klein Engelow, Kreis Wehlau, am 8. Mai  
**Grünig, Renate,** aus Lyck, am 8. Mai  
**Hasenzahl, Brigitte, geb. Lubba,** aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, am 8. Mai  
**Ketzscher, Irmgard, geb. Kilian,** aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 7. Mai  
**Köcher, Edeltraud, geb. Kensy,** aus Windau, Kreis Neidenburg, am 12. Mai  
**Kornfeld, Gerhard,** aus Neidenburg, am 8. Mai  
**Krause, Erhard,** aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 12. Mai  
**Lindner, Irene, geb. Krogull,** aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 12. Mai  
**Loch, Wilhelm,** aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 12. Mai  
**Moser, Gabriele, geb. Sprengel,** aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 12. Mai  
**Overbeck, Edeltraud, geb. Schellien,** aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 11. Mai

## Hinweis

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

**Rafalzik, Siegfried,** aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 8. Mai  
**Ryssel, Christel, geb. Malinka,** aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 11. Mai  
**Schechinger, Irmgard, geb. Joswig,** aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 12. Mai  
**Schneider, Hildegard, geb. Schrage,** aus Altstadt, Kreis Mohrunen, am 9. Mai  
**Stanko, Ernst,** aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 12. Mai  
**Tobleck, Karin, geb. Böker,** aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 9. Mai  
**Vahle, Rosemarie, geb. Janzik,** aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 7. Mai  
**Zielinski, Gerhard,** aus Frankennau, Kreis Neidenburg, am 12. Mai

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Borchert, Heinz,** aus Garbnicken, Kreis Preußisch Eylau, am 6. Mai  
**Dziadek, Edith, geb. Rogowski,** aus Griesen, Kreis Treuburg, am 8. Mai  
**Dreyer, Harald,** aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 10. Mai

ANZEIGE

**Ostpreußentreffen vom 10.6 bis 12.6.2022 in Wolfsburg!**  
 3 Tage Busfahrt inkl. 2 Übernachtungen und Halbpension. Ab: Wuppertal, Iserlohn, Unna, Hamm, Gütersloh, Bielefeld, Herford. Zum Ostpreußentreffen und Lüneburg ins Ostpr. Landesmuseum.  
**Information: Tel. 0176 2220 1847**  
**E-Mail: info@scheer-reisen.de**

**Fischer-Bahlau, Dagmar, geb. Bahlau,** aus Lyck, Yorkstraße 23, am 11. Mai  
**Greszik, Monika, geb. Koyro,** aus Steinwalde, Kreis Lötzen, am 10. Mai  
**Hofmann, Brigitte, geb. Bonatis,** aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 6. Mai  
**Kirchhoff, Hiltraut, geb. Müller,** aus Mortung, Kreis Mohrunen, am 8. Mai  
**Koch, Sabine, geb. Rehberg,** aus Richau, Kreis Wehlau, am 8. Mai  
**Küppers, Ursula, geb. Jenzelewski,** aus Eichensee, Kreis Lyck, am 6. Mai  
**Leclair, Helgard, geb. Kissner,** aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 7. Mai  
**Ludwig, Ursula, geb. Wahl,** aus Klein Kuhren, Kreis Fischhausen, am 8. Mai  
**Persson, Edeltraud, geb. Dolenga,** aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 11. Mai  
**Przytulla, Horst,** aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 12. Mai  
**Saborowski, Heinz,** aus Satticken, Kreis Treuburg, am 12. Mai  
**Segatz, Ulrich,** aus Rotbach, Kreis Lyck, am 6. Mai

## ZUM 75. GEBURTSTAG

**Coenen, Heiner,** Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit, am 6. Mai  
**Teuber, Ursula, geb. Schneider,** aus Dullen, Kreis Treuburg, am 11. Mai

## „Geflohen, vertrieben – angekommen!“

**Abschlussveranstaltung** am 6. Mai, 15 Uhr, Leibnizhaus, Holzmarkt 4-6, 30159 Hannover. Es laden ein der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der Bund der Vertriebenen und die Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler. Anmeldungen per E-Mail: niedersachsen@volksbund.de oder unter Telefon (0511) 321282. Den Zugang zum Livestream erhalten Sie kurz vor der Veranstaltung ebenfalls unter dieser E-Mail-Adresse.

Flucht, Vertreibung und Deportation haben in den letzten acht Jahrzehnten Millionen Menschen schwer traumatisiert. Flüchtlinge müssen, deportiert oder vertrieben werden, ankommen und neu beginnen, wo man nicht unbedingt willkommen ist – diese Erfahrung prägt Menschen über Generationen. Die Veranstaltung sieht ein dreieinhalbstündiges Festprogramm vor. Mitwirken werden die Vizepräsidentin des Niedersächsischen Landtags, Meta Janssen-Kucz, der stellvertre-

tende Landesvorsitzende des Volksbundes in Niedersachsen, Burkhard Jasper, sowie die Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Editha Westmann. Die Fachvorträge halten Michael Hirschfeld (Universität Vechta) und Jochen Oltmer (Universität Osnabrück). Betroffene berichten über Flucht-Deportations- und Vertreibungserfahrungen. Ein Dokumentarfilm schildert Eindrücke der Flüchtlings- und Ukrainehilfe.

## Zusendungen für die Ausgabe 20/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 20/2022 (Erstverkaufstag 20. Mai) **bis spätestens Dienstag, den 10. Mai**, an die Redaktion der PAZ:  
 E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

## Kontakt

Angela Selke  
 Telefon (040) 4140080  
 E-Mail: selke@paz.de

## Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
 Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen  
 Buchtstraße 4  
 22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

## Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

**11. Juni:** Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg  
**25. Juni:** Ostpreußisches Sommerfest (Veranstalter: VdGEM) in Hohenstein (Ostpreußen)  
**1. bis 3. Juli:** 8. Sommerolympiade in Osterode (Ostpreußen)  
**23. bis 25. September:** Geschichtsseminar in Helmstedt  
**24. September:** 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern (Veranstalter: LO-Landesgruppe M-V) in Schwerin

**7. bis 9. Oktober:** 10. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ (geschlossener Teilnehmerkreis) in Lüneburg  
**10. bis 16. Oktober:** Werkwoche in Helmstedt  
**4. November:** Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal  
**5. und 6. November:** Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in

Wuppertal  
**5. bis 8. November:** Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

**Auskünfte** erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

**Bayern**  
**Vorsitzender:** Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

**Bremen**  
**Vorsitzender:** Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle:** Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718

pe mit Kaffeetafel, aktuellen Berichten und fröhlichem Begrüßen des langersehnten Frühlings. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Auskunft bei Helga Bergner unter Telefon (040) 5226122.

**Niedersachsen**  
**Vorsitzende:** Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschi, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

**Hessen**  
**Vorsitzender:** Ulrich Bonk **Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

**Treffen**  
**Wiesbaden** – Donnerstag, 12. Mai, 12 Uhr, Gaststätte „Waldlust“, Wiesbaden-Rambach: Mittagessen. Anmeldung bis 6. Mai unter Telefon (0611) 373521, Helga Kukwa.  
**Wiesbaden** – Sonnabend, 21. Mai, 15 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden: Heimatnachmittag „Nun will der Lenz uns grüßen“, Gedichte, Geschichten und Gesang zur Maienzeit mit Kaffee und Kuchen. Bitte bis zum 17. Mai anmelden unter (0611) 373581, Helga Kukwa, oder (06122) 504583, Ilse Klausen.



mit anstehender Neuwahl des Vorstandes. *Jürgen Zauner*

**Sachsen**  
**Vorsitzender:** Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

**Bericht**  
**Dresden** – Auf den 13. April freuten sich nach langer Zeit unsere Ost-West-Preußen in Dresden auf eine gemeinsame Begegnung. Natürlich nahm auch unser Landesvorsitzender der LM e.V. aus Chemnitz Alexander Schulz teil. Es war eine große Runde mit Bowkes und Marchellchens. Zum Kennenlernen stellten sich alle nochmals mit Geburtsjahr und -ort kurz vor. Der Vortrag brachte vieles neu in Erinnerung wie auch die Charta der Heimatvertriebenen. Anschließend ließ man sich Apfel- und Glumsekuchen schmecken.

Erweitert wurde der Vortrag ins weite Memelland, die Heimat von Dietmar Daßinnies mit Ehefrau. Sehr einführend, liebevoll vorbereitet, haben alle Anwesenden herzlich gedankt, unserem neuen, doch etwas jüngeren Heimatfreund – einem Ostpreußen!

Einen langen Gedankenaustausch mit Heimatgefühlen von Jung und Alt wollen wir weiterhin pflegen, in Frieden. *Edith Wellnitz* Mosezinskystraße 11, 01069 Dresden

**Schleswig-Holstein**  
**Vorsitzender:** Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

**Jahreshauptversammlung**  
**Kiel** – Die Landesgruppe der LO Schleswig-Holstein kündigt hiermit seine Jahreshauptversammlung für den 19. Juni im „Haus der Heimat“ in Kiel an.

Die Vertreterversammlung wird neben den normalen Vereinsregularien auch über eine weitreichende Satzungsänderung zu beraten haben, die von unserem Vorstandsmitglied Dieter Wenskat und Michael Weber von der Ortsgruppe Flensburg erarbeitet wurde und soweit Einigkeit erzielt wird, auch einen Beschluss zu fassen haben.

Im kulturellen Teil der Veranstaltung ist ein DIA-Vortrag über „Schlösser und Burgen im Hirschberger Tal/Niederschlesien“ von Manfred Lietzow von der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) und ein Vortrag zum Thema „Deutsche Kolonialpolitik – Verbrechens- oder Erfolgsgeschichte“ eine Buchbesprechung von Stefan Ehmke, Vorsitzender vom Verband der Heimatvertriebenen (VDH) Kiel, sowie ein Film von Dieter Wenskat über eine Reise durch das nördliche Ostpreußen vorgesehen.

Eine Einladung und das Programm zu dieser Veranstaltung werden noch rechtzeitig bekannt gegeben. *Hans-A. Eckloff*

**Monattreffen**  
**Burg auf Fehmarn** – Dienstag, 10. Mai, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Manfred Lietzow aus Pansdorf hält einen Dia-Vortrag über Litauen – Lettland – Estland. Gäste sind herzlich willkommen. Wir baten um Anmeldung bis zum 5. Mai unter Telefon (04371) 2242 oder (04371) 2969.

**Bericht**  
**Bremen** – Unsere Jahreshauptversammlung am 30. März war mit 24 Mitgliedern angesichts der besonderen Corona-Situation erfreulich gut besucht. Der Vorstand bedankt sich für die erneut zum Ausdruck gebrachte Anerkennung. Für einige vakante Vorstandsposten konnte erfreulicherweise Ersatz gefunden werden. Neuer stellvertretender Vorsitzender wurde Ulrich Krause aus Nesse bei Bremerhaven, gebürtig aus Elbing/Westpreußen. Die anwesenden Westpreußen wählten ihn darüber hinaus zu ihrem Beisitzer im Vorstand. Renate Aumund als neue stellvertretende Schriftführerin und Hartmut Rogall als Beisitzer wurden ebenfalls neu gewählt. Wir danken den drei neuen Vorstandsmitgliedern für ihre Bereitschaft zur ehrenamtlichen Unterstützung unserer Landsmannschaft. Wir danken auch den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern Dagmar Schramm und Klaus Papias für ihre langjährige tatkräftige Unterstützung.

**Hamburg**  
**Erster Vorsitzender:** Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

**Elchniederung**  
**Hamburg** – Dienstag, 10. Mai, 14 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Niendorfer Kirchenweg 17, 22549 Hamburg: Treffen der Grup-



ANZEIGE

**Nordrhein-Westfalen**  
**Erster Vorsitzender:** Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

**Delegiertentagung**  
**Oberhausen** – Sonnabend, 7. Mai, 10 Uhr, Haus Union, Schenkendorfstraße 13: Delegiertentagung

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: \_\_\_\_\_  
 Vorname: \_\_\_\_\_  
 Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
 PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
 Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
 Bank: \_\_\_\_\_  
 Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

**Bitte einsenden an:**  
 Preußische Allgemeine Zeitung  
 Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

PAZ-02-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland [www.paz.de](http://www.paz.de)

MEMEL

Gegendarstellung zum PAZ-Artikel vom 8. April 2022

Der Vorsitzende des Vereins der Deutschen in Memel/Klaipėda stellt fest:

VON KLAUS P. P. GRUDZINSKAS

Am 8. April 2022 erschien in der PAZ ein Artikel von H. R. Kressin unter dem Titel „Der Faden der Geduld“...

2021 den Vorsitzenden Klaus Grudzinskas ultimativ auf, zurückzutreten, um vermutlich sich selbst zum Vorsitzenden wählen zu lassen.

2. H. Kressin behauptet in seinem Artikel vom 8. April 2022, dass der Verein der Deutschen in Klaipėda (Memel) beabsichtige,

währten Namen „Verein der Deutschen“ abzuschaffen.

3. Der Artikel stellt an mehrere Stellen die Behauptung auf, dass der DVK die Mitgliedschaft sog. „Neuankömmlinge“...

Diese Aussage ist falsch. Richtig ist, dass der DVK nicht nur deutschstämmige Bürger aufnimmt, sondern auch zugezogene deutsche Mitglieder willkommen heißt.

4. Im Artikel wird behauptet, dass sich Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter des DVK auf die Liste der „Bruderhilfe“...

Diese Aussage ist falsch. Richtig ist, dass die Listen der Empfänger der Bruderhilfe stets dem zuständigen Kreisvertreter der AdM Uwe Jurgsties zur Kontrolle übergeben wurden.

5. Im Artikel werden Behauptungen aufgestellt, dass die Angestellten während ihrer Arbeitszeit „Privatangelegenheiten“...

Das ist falsch. Richtig dagegen ist, dass in Teilzeit angestellte Mitarbeiter während der Arbeitszeit weder Privatangelegenheiten...

ternehmen. Auch Stadtführungen finden grundsätzlich nicht in der vereinbarten Arbeitszeit statt.

6. Der Autor des Artikels behauptet, dass „die Angestellten des Simon-Dach-Hauses <...> ein Fahrzeug mieten unter dem Vorwand, Weihnachtspakete auszufahren, wo es das eigene Auto auch getan hätte...“

Das ist falsch. Richtig ist, dass die Deutsche Botschaft keine Treibstoffkosten finanzieren konnte. Es war nur mittels Anmietung möglich, die Dienstleistungen sicherzustellen.

7. Der Autor des Artikels behauptet ohne konkrete Angaben, dass der VDK Rechnungen für nicht erbrachte Leistungen ausgestellt habe.

Das ist falsch. Richtig dagegen ist, dass grundsätzlich nur Rechnungen für erbrachte Leistungen ausgestellt werden.

8. Der Autor des Artikels H. R. Kressin behauptet, neben Stefan Elbert, wegen Kritik am DVK „rausgeschmissen“ worden zu sein.

Das ist falsch. Richtig dagegen ist, dass das ehemalige Vorstandsmitglied S. Elbert am Ende der Mitgliedsversammlung am 17. Juli 2021 öffentlich seinen Rücktritt erklärte.

„Richtig ist, dass ... nur Rechnungen für erbrachte Leistungen ausgestellt werden“

Klaus P. P. Grudzinskas, Vorsitzender des DVK

folgos versucht, Unwahrheiten über den VDK zu verbreiten. Da S. Elbert auch nach seinem Rücktritt sein vereinschädigendes Verhalten zusammen mit H. R. Kressin öffentlich fortsetzte...

9. Der Autor behauptet in seinem Artikel, dass sich „Uwe Jurgsties und Gert Baltzer ... vergeblich um (eine) Schlichtung des Streits zwischen Neu- und Altmitgliedern bemüht haben.“

Das ist falsch. Richtig dagegen ist, dass es keinen Streit zwischen Neu- und Altmitgliedern (gemeint sind aus Deutschland Zugezogene) gab.

10. Der Autor behauptet in seinem Artikel, dass „Wenn nun also auf demokratischem Weg keine

Veränderung möglich ist, Regeln (und ein Statut ist genau das), auf deren Grundlage man sich einigen könnte, von einer Seite ständig zum eigenen Nutzen geändert werden, dann kann es keine Über-einkunft geben.

Das ist falsch. Richtig dagegen ist,

1. dass der Vorsitzende des DVK auf dem Vertretertag der AdM ein Schreiben übergab, dass die Verständigungsbereitschaft des VDK belegt.

2. dass in der Novemberausgabe 2021 der Zeitung „Memeler Dampfboot“ (Seite 167) der Bericht erschien: „Die AdM begrüßt den neuen Verein in Memel. Deutscher Kulturverein Memel in Karkebeck/Karkle gegründet“...

• Klaus Peter Paul Grudzinskas ist Vorsitzender des DVK - Verein der Deutschen in Klaipėda/Memel.

„Richtig ist, dass es keinen Streit zwischen Neu- und Altmitgliedern ... gab“

Klaus Peter Paul Grudzinskas, Vorsitzender des DVK

1. In dem Artikel wird behauptet, dass der DVK-Vorsitzende Klaus P. P. Grudzinskas am 17. Juli 2021 auf der Mitgliederversammlung folgende Aussage machte:

„Wir sind die wahren Memelländer. Mit solchen Deutschen wollen wir nichts zu tun haben.“

Im Schreiben des Bundesvorsitzenden der AdM Uwe Jurgsties vom 02.08.2021 an den VDK wurde der Satz folgend verfälscht zitiert: „Wir sind Memelländer und brauchen diese Deutschen nicht und wollen mit denen nichts zu tun haben, die machen nur Ärger.“

Die Worte sind aus dem Zusammenhang gerissen: mit „Diese Deutschen“ hat der Vorsitzende konkret das Verhalten des damaligen Vorstandes des DVK S. Elbert und das Auftreten des Neumitglieds H. Kressin gemeint.

den Vereinsnamen in „Verein der Memelländer“ zu verändern.

Diese Aussage ist falsch. Richtig ist, dass der DVK zu keinem Zeitpunkt weder die Absicht, noch zukünftig das Ziel verfolgt, den be-

Rätsel

Grid of crossword puzzles with clues in German. Includes a small Sudoku puzzle in the top left corner.

Sudoku

6x6 Japanese-style Sudoku puzzle grid with numbers 1-9.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält.

6x6 Diagonal crossword puzzle grid with numbers 1-6.

Diagonalrätsel: Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Arten von Geräuschen.

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Münchener Volksvergnügen.

Diagram for the 'Kreiskette' puzzle showing a path of circles numbered 1 to 5.

## Heimatkreisgemeinschaften



**Kreisvertreter:** Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Tel. (04102) 823300, Fax (04102) 4739608, Handy: (0151) 1846100, E-Mail@gmx.net

## Jahrestreffen

**Handeloh/Nordheide** – Sonnabend, 28. Mai, ab 10 Uhr, Hotel Fuchs, Hauptstraße 35; Jahrestreffen der Angerapper.

Bitte melden Sie sich per gelber Anmeldekarte (im Heimatbrief vorhanden) oder telefonisch bei der Kreisvertreterin an, damit die Teilnehmerzahl für das Mittagessen kalkuliert werden kann.

Eventuell gewünschte Hotelübernachtungen können direkt unter Telefon (04188) 414 mit dem Hinweis „Ostpreußentreffen“ erfolgen.

Zu diesem Treffen laden wir Sie, Ihre Kinder, Enkelkinder und auch Gäste ganz herzlich ein. Wir freuen uns auf ein gesundes Wiedersehen nach so langer Zeit.



**Kreisvertreter:** Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, Telefon (05261) 88139, Gerhard.kuebart@googlemail.com

## Mitgliederversammlung

**Kassel** – Sonnabend, 21. Mai, 14 Uhr, Saal des Philipp-Scheide-mann-Hauses, Holländische Straße 74, 34127 Kassel: ordentliche Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen). Der Vorstand lädt die Vereinsmitglieder herzlich mit folgender Tagesordnung ein:

1. Begrüßung, Protokoll, Beschlussfähigkeit, 2. Berichte der Vorstände, 3. Diskussion der Vorstandsberichte, 4. Kassenprüfbericht und Antrag auf Entlastung des Vorstandes, 5. Neuwahlen des Vorstandes, 6. Verschiedenes.

Am gleichen Tag und am gleichen Ort findet ab 10 Uhr das 300-jährige Stadtgründungsjubiläum in unserer Patenstadt Kassel statt. Wegen noch möglicher Pandemiebeschränkungen wird um Anmeldung bei Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 32657 Lemgo, gebeten per E-Mail: gerhard.kuebart@gmail.com oder unter Telefon (05261) 88139 und um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Gerhard Kuebart, Daniela Wiemer, Winfried Daunicht



**Kreisvertreter:** Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshelm, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174) 9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de.

**Gst. für alle Memellandkreise:** Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddeshelm

## 70-Jahr-Feier in Düsseldorf

**Düsseldorf** – Freitag, 13. Mai, ab 10.30 Uhr, Eichendorff-Saal, Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90, Düsseldorf: Feier zum 70-jährigen Bestehen der Memel-

landgruppe Düsseldorf verbunden mit einem Bezirkstreffen.

## 70-Jahr-Feier in Köln

**Köln** – Sonnabend, 7. Mai, 14 Uhr, Brauhaus, Dellbrücker Hauptstraße 61, Köln-Dellbrück: Feier zum 70-jährigen Bestehen (1951-2021) der Gruppe in der Domstadt.



**Kreisvertreter:** Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de

**Stellvertreter:** Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal-Börry, Telefon (0171) 7086334

## Aufruf zur Kreistagswahl

**Bochum** – Nach §9 Ziffer 15 der Satzung der Kreisgemeinschaft Neidenburg e.V. muss in diesem Jahr, nach vier Jahren, eine Neuwahl des Kreistages durchgeführt werden. Dieser neue Kreistag, wählt dann am 3. September vor dem Heimattreffen am 4. September den neuen Kreisvertreter sowie einen neuen Kreisvorstand.

Im nächsten Heimatbrief Nr. 158 Pfingsten werden die Kreistagskandidaten vorgestellt. Sollten Sie weitere Vorschläge für neue Kreistagskandidaten haben oder selber interessiert sein, teilen Sie Ihre Vorschläge mir oder unserem Schriftleiter Wilfried Brandt, schriftlich mit. Die Frist für neue Vorschläge, ist am 1. Mai verstrichen.

Die Kreistagsmitglieder sind: Sigrid Bießner, Ruth Bahr, Wilfried Brandt, Günther Ernst, Marion Hagedge, Martin Hennig, Ulrich Hoffmann, Frank Jork, Reinhard Kayss, Gisela Klima-Axmann, Lutz Knief, Jürgen Kowalek (verstorben), Gisela Merchel, Hans-Ulrich Pokraka, Jürgen Szepanek.

Im nächsten Heimatbrief befinden sich die Wahlkarten, mit denen Sie ihre Kandidaten für den Kreistag wählen. Die Karten schicken Sie dann bitte an den Wahlleiter Jürgen Szepanek (Adresse ist auf der Karte aufgedruckt).

Szepanek wird mit den Mitgliedern des Wahlausschusses, Gisela Merchel und Ulrich Hoffmann, die Wahl betreuen und auswerten. Es können auf jeder Karte bis zu 15 Kandidaten angekreuzt werden, bei mehr als 15 Kreuzen, sind nur die ersten 15 Stimmen gültig.

Bitte machen Sie regen Gebrauch von Ihrem Stimmrecht, nur dann macht eine Wahl einen Sinn. Einsendeschluss ist der 15. Juli.

Jürgen Szepanek



**Kreisvertreter:** Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck

**Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

## Treffen der Landbezirke

**Herne** – Sonnabend, 7. Mai, Restaurant Zille, Willi-Pohlmann-Platz 1: Treffen der Landbezirke: Großalbrechtort (LB 06), Groß-

heidenau (LB 07), Kobulten (LB 08), Mensguth (LB 11), Stadt Wilenberg und erstmalig nach langer Zeit Puppen (LB 12). Wir freuen uns wieder unsere Mitglieder persönlich begrüßen zu dürfen.

Sonntag, 15. Mai, Restaurant Zille, Willi-Pohlmann-Platz 1: Treffen Landbezirke: Altkirchen (LB 01), Erben (LB 03), Farienen (LB 04), Friedrichshof (LB 05) und Großschöndamerau (LB 10). Wir bitten die aktuellen Vorgaben der Landesregierung NRW bezüglich der Pandemie zu beachten.



**Kreisvertreter:** Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736.

**Geschäftsstelle:** Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgo-ev@t-online.de; **Sprechstunde:** Mo. 14-17 Uhr, Do. 14-17 Uhr

## Regionaltreffen

**Hamm** – Sonntag, 12. Juni, ab 10 Uhr, Kreuzkampfhalle, Vereinshaus des Schützenvereins Braam-Ostwennemar, Kreuzkamp 2, 59071 Hamm Braam-Ostwennemar: Regionaltreffen der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e.V. mit folgendem Programm:

10 Uhr: Saalöffnung für alle Teilnehmer, 12 Uhr: Eröffnung und Begrüßung, Totenehrung (Musik im Hintergrund: „Ich hatt' einen Kameraden“), Grußworte, Ansprache des Kreisvertreter, gemeinsames Singen des Ostpreußenliedes und der Nationalhymne, Schlusswort des Kreisvertreter, anschließend: geselliges Beisammensein.



**Kreisvertreter:** Uwe Koch, Schobüllerstraße 61, 25813 Husum, Telefon (04841) 663640.

**Schriftleiter:** Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. **Internet:** www.kreis-wehlau.de

## Hauptkreistreffen

**Hoya/Weser** – Freitag, den 17. Juni: Hauptkreistreffen. Verbunden ist unser diesjähriges Hauptkreistreffen mit dem 50-jährigen Bestehen der Patenschaft Hoya-Allenburg und der Mitgliederversammlung.

Rahmenprogramm: 10 Uhr: Eröffnung des Heimatmuseums Grafschaft Hoya, Ausstellungsvitrine zu Allenburg; 11.30 Uhr: Feier am Patenschaftsstein in Hoya in der Kirchenstraße vor der Martinikirche; 12.30 Uhr: Die Kreisgemeinschaft lädt zum Erbsensuppenessen in den Gasthof Lindenhof in der Deichstraße Hoya 27 ein. Hierfür bitte anmelden! 14 Uhr: Mitgliederversammlung im Gasthaus Lindenhof; 16 Uhr: Kaffeepause; 17 Uhr: Eröffnung des Hauptkreistreffens mit Vorträgen, Bildern und Unterhaltungsprogramm; 19 Uhr: Abendessen.

Bei Bedarf kann ein unterhaltendes Programm fortgesetzt werden. Gerd Gohlke

## Mitgliederversammlung

**Hoya** – Freitag, 17. Juni, 14 Uhr, Gasthaus Lindenhof, Deichstra-

## Ostpreußisches Landesmuseum

„Was wollen die hier?“ – Einheimische und Flüchtlinge in der Lüneburger Heide in den Jahren 1945-1949, Vortrag von George Turner, Donnerstag, 12. Mai, 18.30 Uhr, Eintritt: 5,-Euro.

In den Jahren 1945 bis 1949 kamen mehrere Millionen Vertriebene aus den einstmaligen ostdeutschen Gebieten jenseits der Oder/Weichsel nach Westdeutschland. Allein in der Lüneburger Heide waren so viele Flüchtlinge aus Ostpreußen untergebracht, dass man zeitweilig von Klein-Ostpreußen sprach. Welche Probleme gab es bei der Unterbringung und der nötigen Integration der Flüchtlinge? Einesseits war das Zusammenleben

von Einheimischen und Zugewanderten durch vielfache Hilfsbereitschaft gekennzeichnet, andererseits war es nie frei von Spannungen. Wie gelang dabei die Integration der Zugewanderten und wie konnten sie hier eine neue Heimat finden?

Diesen Fragen wird George Turner, 1935 in Insterburg (Ostpr.) geboren und selber Flüchtling, am Beispiel der Gemeinde Ebstorf im Kreis Uelzen nachgehen und eigene biographische Erfahrungen dieser Zeit miteinfließen lassen. Er stellt die Probleme, Umstände und das Verfahren der Integration der Flüchtlinge dar und lenkt dabei den Blick auf Vergessenes und Verdrängtes. Dem Vortrag zugrunde liegt sei-

ne Veröffentlichung „Was wollen die hier?“, erschienen im Berliner Wissenschafts-Verlag.

George Turner machte sein Abitur in Uelzen, studierte im Anschluss Rechtswissenschaften und promovierte 1960 an der Universität Göttingen. Ab 1968 war er Professor an der TU Clausthal, 1970-1986 Präsident der Universität Hohenheim, 1979-1983 Präsident der Rektorenkonferenz und 1986-1989 Senator für Wissenschaft und Forschung in (West-)Berlin. Anschließend bis 2000 war er ordentlicher Professor der Universität Hohenheim.

Anmeldung erforderlich per E-Mail: info@ol-ig.de oder unter Telefon (04131) 759950.

ße 27, Hoya: Mitgliederversammlung im Rahmen des Hauptkreistreffens mit folgender Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung durch den Vorsitzenden; 2. Totengedenken; 3. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung; 4. Feststellung der Beschlussfähigkeit (bei nicht ausreichender Beschlussfähigkeit wird die Versammlung für 30 Minuten unterbrochen und dann erneut eröffnet); 5. Genehmigung der Tagesordnung; 6. Grußworte;

7. Jahresberichte des Vorstandes: a. Vorsitzender; b. 2. Vorsitzender, Heimatbriefredaktion, Heimatbücher, Mitgliederbetreuung, Schatzmeister; c. Werner Schimkat Internetauftritt; d. Hauke-Hermann Egger, Aktuelles aus der Heimat; 8. Bericht der Kassenprüfer über Haushalte 2019, 2020 und 2021; 9. Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes; 10. Beratung und Beschluss über die Haushaltspläne 2022 und 2023; 11. Wahlen: 1. Schatzmeister / Schatzmeisterin; 2. Zwei

Kassenprüfer / Kassenprüferinnen; 12. Beratungen und Beschluss über die Terminplanung 2022 und 2023; 13. Beratungen über die Zukunft der Kreisgemeinschaft (siehe Heimatbrief 103, ab Seite 168); 14. Beratung und Beschluss über eingegangene Anträge; 15. Anfragen und Anregungen der Mitglieder; 16. Schlusswort des Vorsitzenden; 17. Ostpreußenlied.

Beiträge und Anträge zur Tagesordnung übermitteln Sie bitte

ANZEIGEN

Der richtige Weg,  
anderen vom  
Tode eines  
lieben Menschen  
Kenntnis zu  
geben, ist eine  
Traueranzeige.

Preussische Allgemeine

Buchtstraße 4  
22087 Hamburg  
Telefon 0 40 / 41 40 08 32  
Fax 0 40 / 41 40 08 50  
www.paz.de



Und die Meere rauschen  
den Choral der Zeit,  
Elche steh'n und lauschen  
in die Ewigkeit.

Deine Liebe, Deine Fürsorge, Deine Herzenswärme und Dein Lachen bleiben ewig lebendig und präsent in unserem Herzen. Gute Heimreise zurück nach Ostpreußen. Wir vermissen Dich sehr.

Eva-Maria Banik

geb. Kuhrau  
\* 30. 3. 1932 † 28. 3. 2022  
Königsberg in Preußen Hamburg

In unendlicher Liebe und Dankbarkeit  
Dein Klaus  
Deine Tochter Katja  
mit Simon

Die Seebestattung auf der Ostsee findet am 7. Mai 2022 im engsten Familien- und Freundeskreis statt.



Wir trauern um

Alfred Wermke

Träger des Bundesverdienstkreuzes

\* 14. 12. 1928 † 9. 4. 2022

der über Jahrzehnte  
als Vorsitzender  
unserer Schülerschaft  
deren Zusammenhalt  
gefördert  
und bestimmt hat.

## LÖTZEN

## Sonderschau „Die Perle Masurens“

In Kürze jährt sich zum 10. Mal die Eröffnung der Ausstellung des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen auf der Feste Boyen

VON MANFRED E. FRITSCHKE

Es ist 410 Jahre her, dass das ostpreußische Lötzen zur Stadt erhoben wurde. Am 26. Mai 1612 verlieh der Kurfürst von Brandenburg und Administrator des Herzogtums Preußen Johann Sigismund der Siedlung Lötzen die vollen Stadtrechte. Seither führt diese das Wappen mit den drei silbernen Brassens.

Die Geschichte der Stadt hat das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen in Zusammenarbeit mit der Kreisgemeinschaft Lötzen in der zweisprachigen Ausstellung „Lötzen – die Perle Masurens“ mit 46 Bildtafeln in der Feste Boyen in Lötzen dargestellt. Viel Interesse fand die Eröffnung der Sonderschau, die fast genau zum 400. Jahrestag der Stadterhebung Lötzens am 25. Juni 2012 in den Räumen der Feste stattfand.

Zur Übergabe der Ausstellung waren viele Interessierte auf die Festung gekommen, darunter Vertreter der Kreisgemeinschaft Lötzen unter ihrem Vorsitzenden Dieter Eichler, des Deutschen Sozial-Kulturellen Vereins mit der Vorsitzenden Barbara Rużewicz und der Schatzmeisterin Elżbieta Kosłowska sowie des Stadtrates von Lötzen mit Robert Kempa und Jan Sekta, die Vertreterin der Woiwodschaft Ermland-Masuren, Gabriela Czarkowska-Kusajda, sowie der Vorstand der Kreisgruppe Neuss der Landsmannschaft Ostpreußen, Peter Pott.

Der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, Wolfgang Freyberg, nahm die offizielle Übergabe der Ausstellung, die als Zweitexemplar im Museum der Kreisgemeinschaft Lötzen in Neumünster zu sehen ist, an die Bürgermeisterin von Lötzen, Jolanta Piotrowska, vor.



Aus der Luft aufgenommen: Lötzen, die Perle Masurens

Foto: Stadt Giżycko

Die Geschichte des Ortes ist viel älter als 410 Jahre. Bereits nach den Missionsversuchen im Prußenland durch den Heiligen Bruno von Querfurt wohnten Menschen in der Region und nach der Eroberung durch den Deutschen Orden im 13. Jahrhundert wird eine Siedlungsgründung an der Ordensburg Letzenburg erwähnt.

Der geschichtliche Abriss, den das Kulturzentrum Ellingen in seinen Bildtafeln aufzeigt, reicht von der Vorgeschichte der Lötzer Landschaft und den Missionsversuchen im Prußenland durch den Heiligen Bruno von Querfurt über die Geschichte des Deutschen Ordens an der Weichsel

und die Eroberung des Prußenlandes im 13. Jahrhundert bis hin zur Siedlungsgründung an der Ordensburg Lötzen. Beschrieben wird die Geschichte der Burg, in der heute ein Vier-Sterne-Hotel untergebracht ist, vom 15. bis zum 19. Jahrhundert.

Nach dem Tartareneinfall 1657 wurde nahezu die ganze Stadt zerstört, 1686 brannte sie erneut ab. 1709 bis 1711 folgte die Pest, nach Missernten kam der Siebenjährige Krieg, in dem die Stadt vier Jahre russisch besetzt war.

Die Tafeln behandeln weiter die Geschichte: 1806 und 1812 marschierten die Truppen Napoleons durch die Stadt. Bereits seit 1738 war Lötzen Garnisonsstadt,

von 1844 bis 1875 wurde die die nach dem preußischen Kriegsminister Hermann von Boyen benannte Feste mit 16 Millionen Ziegelsteinen erbaut.

Die ersten Straßen verliefen bereits im 17. Jahrhundert nach Warschau, Danzig und Königsberg. Am 8. Dezember 1868 erreichte die erste Eisenbahn von Königsberg den späteren Knotenbahnhof. Mit dem 1857 erbauten Kanal zwischen Mauersee und Löwentinsee waren Schiffsreisen von Johannisburg nach Angerburg möglich, 1890 entstand mit der „Gesellschaft zur Erleichterung des Personenverkehrs auf den Masurischen Seen“ das erste Schifffahrtsunternehmen in Lötzen, in

dem kurz danach bereits Touristen Einzug hielten.

#### Geschichte der Stadt

Vor dem Ersten Weltkrieg entwickelte sich die Stadt zum Wirtschaftszentrum der Umgebung, und erstmals wurde der Begriff „Herz und Perle Masurens“ für die 7000 Einwohner zählende Stadt geprägt. Nach dem Ersten Weltkrieg stimmte am 11. Juli 1920 die Bevölkerung nach den Regeln des Friedens von Versailles für den Verbleib bei Deutschland.

Im Zweiten Weltkrieg war Lötzen 1939 Aufmarschgebiet für den Polen-Feldzug und 1941 für den Angriff auf die Sowjetunion. 1944 erfolgten die ersten Bombenangriffe auf Stadt und Festung und am 25. Oktober 1944 erfolgte der Evakuierungsbefehl Richtung Westen.

Die geschichtliche Beschreibung endet mit den Zwangsarbeiten der verbliebenen rund 300 Deutschen, von denen ein Teil im Oktober 1945 nach Mecklenburg abtransportiert wurde.

#### Zweisprachige Tafeln

Für alle, die diese illustrierte Stadtgeschichte weder in der Ausstellung auf der Feste Boyen noch im Museum der Kreisgemeinschaft besuchen können, wurden die Texte und Bilder in Buchform aufgelegt. Das Buch enthält genau diese 46 Tafeln in handlicher Form.

● „Lötzen – die Perle Masurens“, 46 Bildtafeln, vierfarbig, deutsch/polnisch, zahlreiche Illustrationen und historische Fotos, Preis 5 Euro zuzüglich Porto und Verpackung, zu beziehen über die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Lötzen in Neumünster, Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 h, 24537 Neumünster, Telefon (0152) 29032268, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

## Pressglas als Gebrauchskunst in einer Ausstellung

Das obereschlesische Ehepaar Erika und Johannes-Silvester Drost revolutionierten den polnischen Alltagsgeschmack

Im Breslauer Nationalmuseum ist dieser Tage eine Ausstellung eröffnet worden, die Entwürfe des obereschlesischen Ehepaars Erika und Johannes-Silvester Drost zeigt. Beide gehören zur Spitze des polnischen Nachkriegsdesigns in der Pressglas- und Keramik-Produktion.

„Diese Vase kenne ich“ oder „so eine Obstschale hatte meine Mutter auch“ sind Sätze, die oft von Besuchern der Ausstellung zu hören sind. Die beiden deutschen Oberschlesier hatten in der Volksrepublik mehrere Jahrzehnte dafür gesorgt, dass erschwingliche Gebrauchsgegenstände auch ästhetisch waren. „Das ist eben das Besondere, dass wir Gegenstände wiederentdecken, die in den 60er bis 80er Jahre hergestellt wurden. Und diese in Massen produzierten Gegenstände des täglichen Bedarfs sind heute begehrte Sammlerobjekte. Den Weg ins Museum finden sie auch deswegen, weil sie eben gute Entwürfe sind“, so Kuratorin Barbara Banaś vom Breslauer Nationalmuseum.

40 Jahre lang entwarfen die Eheleute in der Glashütte Zombkowitz [Ząbkowice] in dem an Oberschlesien angrenzenden Dombrower Kohlebecken [Dąbrowa Górnicza] Muster für Pressglas. Johannes-Silvester leitete dort bis zu seiner Pensionierung 2005 die Design-Abteilung. Die Entwürfe von Erika und Johannes-Silvester, die polonisiert als Eryka und Jan Sylwester

nicht als bekennende Deutsche bekannt sind, gaben den Zombkowitz Erzeugnissen ihren künstlerischen Charakter. „Die Drosts begannen ihren beruflichen Weg in interessanten Zeiten für das polnische Design. Man entfernte sich damals von den sozialrealistischen Strukturen und dem durch Volkskunst inspirierten Dekor hin zu abstrakten Formen. Die 70er Jahre sind die Zeit, in der sich die Drosts dem Westen nähern konnten. Mit Künstlern wie Tapio Wirkkala oder Timo Sarpaneva aus Skandinavien fanden sie eine gemeinsame künstlerische Sprache“, betont Banaś.

#### Hinwendung zu abstrakten Formen

„Vor uns haben viele mit Pressglas gearbeitet: in Böhmen, Skandinavien, in Deutschland. Aber damals waren die Kontakte zum Westen erschwert. Wir mussten uns vieles selbst erarbeiten. Und als wir dann mit den Entwürfen aus dem Westen konfrontiert wurden, stellten wir fest, unsere waren gar nicht mal so schlecht“, erinnert sich der aus dem obereschlesischen Klodnitz bei Cosel [Koźle] stammende Drost in geschliffenem Deutsch. Der Bauernsohn wuchs eng mit der Natur auf, die Nähe zum Klodnitzkanal, der Oder, zu den ausgedehnten Forsten seiner Heimat und zum Cosler Binnenhafen prägten Hans, wie Erika ihren Ehemann nennt. „Ich kam dahinter, dass

die Flächenstruktur nicht nur im geschliffenen Glas, sondern auch im Pressglas an Sandkörner oder Baumrinde erinnern kann. So haben wir neue Methoden für Formen und Dekor, aber auch neue Arbeitsmethoden entwickelt und dafür ein Patent bekommen.“

Sein Talent zum Zeichnen hat Drost von seinem Vater geerbt, auch seine Sprachbegabung konnte er schon als Kind in Klodnitz ausbauen: „Russisch und Tschechisch habe ich kurz nach dem Krieg im benachbarten Cosel-Hafen gelernt, als

die deutsche Oderwirtschaft zwischen Russen und Tschechen aufgeteilt wurde. Wir Bauern haben sie mit Lebensmitteln beliefern müssen“, erinnert er sich. Polnisch lernte er erst in der Schule, später kam Englisch dazu.

#### Talent vom Vater geerbt

Auch Erika, die aus dem obereschlesischen Städtchen Carlsruhe O/S [Pokój] stammt, hatte ihr Zeichentalent vom Papa geerbt. In der polnischen Mittelschule hatte sie eine Zeichenlehrerin, die ihr Polnisch bei-

brachte und sie zur Kunstakademie nach Breslau begleitete. Sie wollte Malerei oder Bildhauerei studieren, doch man überredete sie, sich in die neu eröffnete Fakultät für Glaskunst einzutragen. Eine gute Entscheidung, wie sich später herausstellte, denn als sich die Studenten vorstellten, „höre ich einen Hans Drost aus Klodnitz sprechen. Da habe ich die Ohren gespitzt und dachte, ja das ist auch eine echte obereschlesische Seele“.

Eigentlich hätte Hans als Großbauernsohn gar nicht studieren dürfen und, dass sie als einzige deutsche Oberschlesier in den 50er Jahren in die Akademie der Bildenden Kunst in Breslau aufgenommen wurden, sei ebenfalls ein Wunder, sagt die 90-Jährige.

Die Eheleute Drost blicken auf ein erfülltes Berufsleben zurück. Ihre Glas- und Keramik-Entwürfe findet man in Museen weltweit: in New York, Berlin, Lüttich, dem finnischen Riihimäki wie auch in Warschau, Krakau, Opatów oder Breslau. „In unserer Präsentation möchten wir den flüchtigen Moment festhalten, in dem aus einem Gebrauchsgegenstand ein Kunstwerk wird“, verspricht Kuratorin Banaś.

Die Ausstellung „Eryka i Jan Drostowie“ ist bis zum 28. August im Nationalmuseum zu Breslau, ul. Powstańców Warszawy 5, zu sehen. *Chris W. Wagner*



Blicken auf ein erfolgreiches Berufsleben zurück: Johannes-Silvester und Erika Drost

FOTO: WAGNER

## VERKEHRSWEG

## Neues vom Swinetunnel

Er wird die Inseln Usedom und Wollin verbinden – in Deutschland durchaus umstritten

VON ERWIN ROSENTHAL

Wer auf dem Landweg von der Insel Usedom zur Insel Wollin will, muss die Swine, den mittleren Mündungsarm der Oder, überqueren. Eine Brücke gibt es hier nicht, Fähren hingegen bereits seit Jahrhunderten. Die Dörfer Ost- und Westswine hatten seinerzeit das Recht und die Pflicht, diese Fährverbindung zu betreiben und mussten dafür die Fährpacht entrichten. Grobheiten der Fährleute und zu hohe Preise für das Übersetzen der Pferdefuhrwerke gaben ständig Anlass zu Klagen.

Im Jahre 1766 erhielt die junge preußische Stadt Swinemünde das Fährrecht geschenkt. Die im 20. Jahrhundert einsetzende Motorisierung überforderte die Fähren. Wer heute mit dem Pkw von Swinemünde nach Misdroy auf Wollin fahren will, benötigt für die Strecke von 15 Kilometern häufig mehrere Stunden. Die Swinemünder Stadtfähre ist den Fußgängern und Radfahrern sowie den einheimischen Pkw-Fahrern vorbehalten, Brummi- und Busfahrer sowie die auswärtigen Autofahrer müssen auf die Kaseburger Fähre (wenige Kilometer südlich der Stadt) ausweichen. Lange Wartezeiten sind hier in der Saison die Regel.

## Nizza des Nordens

Ein Tunnel soll nun Abhilfe schaffen. Wenig bekannt sein dürfte, dass auch er seine Geschichte hat. Die Planungen für seinen Bau hatten schon in den 1930er Jahren begonnen und standen im Jahre 1941 kurz vor dem Abschluss. Die Doppelinsel Usedom-Wollin war zu dieser Zeit das größte und beliebteste Urlaubsgebiet Deutschlands. Heinrich Mann hatte 1923 das Seebad Heringsdorf schlankweg zum „Berliner Vorort“ erklärt. Kaiser, Könige, Schriftsteller, Theatergrößen und Unternehmer kurten im „Nizza des Nordens“ Swinemünde sowie in den Nachbarorten Ahlbeck, Heringsdorf oder Misdroy.

Dem Weltbad Swinemünde drohte zu dieser Zeit der Verkehrsinfarkt. Man zählte jährlich bereits 54.000 Besucher und 295.000 Übernachtungen. Die Motorisierung war weit fortgeschritten und nicht alle Ehemänner reisten sonnenabends aus Berlin mit dem sogenannten „Strohritzelzug“ an, von bösen Zungen auch „Bonzenschleuder“ genannt, der mit Tempo 100 die Karniner Brücke passierte, um zu ihren Familien zu stoßen, die bereits an der Ostsee weilten.

In Swinemünde trafen die Reichsstraße 110 (aus Richtung Anklam) und die Reichsstraße 111 (aus Richtung Ahlbeck) aufeinander. Der durch die Garnison noch

verstärkte Verkehr in Richtung Osten wurde durch die sechs Meter breite Lotsenstraße zu den Fähren geleitet. 1936 pendelten die Fähren „Kehrwieder“ und „Ostswine“ sowie die neue Autofähre „Pommern“ über die Swine. Außerdem gab es eine Eisenbahnfähre und kleine Motorfähren zwischen Swinemünde und Osternothafen. Sie alle behinderten den Frachtschiffverkehr von und nach Stettin, dem größten deutschen Ostseehafen sowie den möglichen „Mobilfall“.

relativ ungeschützten Swine und der für die Brücke erforderlichen Höhe auf wenig Gegenliebe. Auch die Marine lehnte sie ab. Professor Petersen aus Danzig-Langfuhr schlug deshalb als Lösung eine Schwebefähre vor, die jedoch ebenfalls nicht infrage kam.

## Erste Tunnelplanung in den 1930ern

Letztlich blieb nur eine Option: Der Bau eines Tunnels. Nur er könnte die letzte Störungsquelle im Verkehr zwischen den

wollte man den Swinestrom, der am Eichstaden und am Anfang der Mellinfahrt eine starke Krümmung aufweist, begradien, nach Osten verlegen und auf 13 Meter vertiefen.

Am 1. November 1938 empfahl die Regierung in Stettin, für den Tunnelbau die Firma Grün & Bilfinger AG Mannheim auszuwählen, die auch den Entwurf für einen Tunnel der Reichsautobahn Hamburg-Flensburg unter dem Kaiser-Wilhelm-Kanal erarbeitet hatte.



Ursprünglich sollte er bereits im zweiten Quartal 2022 fertiggestellt sein, durch Corona-bedingte Ausfälle, technische Probleme und jetzt auch durch den Krieg in der Ukraine verschiebt sich Bauzeit um ein Jahr: Der vorgesehene Tunnelverlauf Foto: Rosenthal

Zudem war der Fährbetrieb wetterabhängig. So stellte die Reichsbahn 1936 bereits am zweiten Tag der Eisbildung den Verkehr zwischen Wollin und Usedom ein. Hinzu kam, dass die Fähren recht klein waren. Die „Kehrwieder“ konnte nur drei mittlere Pkw gleichzeitig befördern. Traktoren mit Hängern und Lastzüge musste man für die Überfahrt entkoppeln.

Es ist dennoch verwunderlich, welche Leistungen die Fähren vollbrachten. So wurden im Juli 1932 zirka 7000 Kraftfahrzeuge befördert. Im gesamten Geschäftsjahr 1932/33 transportierten die Fähren etwa 600.000 Personen, 800 Motorräder und 25.000 Kraftwagen. Lange Wartezeiten waren jedoch im Sommer die Regel.

Der Bau einer Brücke stieß wegen des regen Schiffsverkehrs in der vor Stürmen

Inseln, Stettin und Stralsund sowie in Richtung Hinterpommern und Ostpreußen beseitigen. „Für die Stadt Swinemünde und ihre umliegenden Orte insbesondere für die Bäder auf Usedom-Wollin, stellt der Tunnel geradezu eine Notwendigkeit dar, ebenso für die Reichsmarine“, ließ die Stadtverwaltung verlauten.

Die Planungen für einen Straßen- und Eisenbahntunnel nahmen nun ihren Lauf. „Wir bauen nicht für die heutige Zeit, wir bauen für die Zukunft“ verkündete Oberbaurat Schiller vom Hafenaufbauamt Swinemünde. Die Kosten für den zwei Kilometer langen und 7,5 Meter breiten Tunnel sollten zwischen 18 und 20 Millionen Reichsmark liegen. Für die Planung und die Bauzeit wurden vier bis fünf Jahre veranschlagt. Zugleich mit dem Tunnelbau

Im Jahr 1939 jubelten die Swinemünder dem „Führer“ zu, der am Hafenhof aus dem Zug stieg und an Bord des Kreuzers „Deutschland“ (später Kreuzer „Lützow“) ging, um das Memelland „heim ins Reich“ zu holen. Der Krieg stand nun unmittelbar bevor.

So verwundert die Nachricht von Grün & Bilfinger, Stammhaus Mannheim, vom 25. Januar 1941 nicht: „Wir haben bisher trotz größter Schwierigkeiten die Bearbeitung des Projekts aufrechterhalten, doch haben wir gegenwärtig beim besten Willen kein Personal mehr verfügbar, weil uns sehr vordringliche Arbeiten zugewiesen wurden, die wir natürlich nicht zurückweisen durften. Infolgedessen bedauern wir, vorübergehend die Arbeiten etwas zurückstellen zu müssen.“ Damit war

das Ende des kühnen Projekts eingeläutet worden.

Acht Jahrzehnte später wurden die Verträge für einen 1,8 Kilometer langen Swinetunnel, dessen Bauzeit auf vier Jahre und dessen Gesamtkosten auf 200 Millionen Euro veranschlagt wurden, unterzeichnet. 85 Prozent der Baukosten steuert die EU zu. Der Außendurchmesser des 38 Meter unter der Swine liegenden Tunnels mit seinen zwei Fahrbahnen beträgt 13,46 Meter. Ein chinesischer Tunnelbohrer hat ganze Arbeit geleistet. Der Bau ist bereits weit fortgeschritten, Corona-bedingte Produktions- und Lieferprobleme bei Partnern in Asien haben jedoch zu Verzögerungen geführt. Seine Inbetriebnahme ist nun für 2023 geplant. Etwa 10.000 Fahrzeuge werden täglich den neuen Tunnel passieren.

Die Aussagen von Lokalpolitikern zu dem Projekt sind ambivalent. „Wenn wir nichts tun, verlieren wir mit dem Swinetunnel zehn Prozent der Urlauber an unsere Nachbarn“, prognostiziert der Heringsdorfer Kurdirektor. „Auf deutscher Seite haben alle bis zuletzt gehofft, dass der Tunnel nicht kommt, aber jetzt müssen wir handeln“, so ein hoher Beamter der Landesregierung.

## Positiv und negativ

Der Stadtpräsident von Swinemünde, Janusz Zmurkiewicz, hingegen hält die deutschen Sorgen für unbegründet. Seines Erachtens werden beide Seiten profitieren. Viele Polen seien auch neugierig auf die deutsche Ostsee, die sie durch den Tunnel schneller erreichen könnten. Swinemünde möchte die Zahl seiner Touristen von aktuell 1,5 Millionen jährlich auf 2,5 Millionen erhöhen.

Zurzeit erneuert man in Swinemünde die Zufahrtsstraßen zum Tunnel. Die frühere Große Kirchenstraße [Grunwaldzka] ist eine einzige Baustelle. Vom Grenzübergang Garz-Swinemünde aus erreicht der Autofahrer das Zentrum der Stadt nur über Schotterpisten und lange Umwege. Auf deutscher Seite verharret die frühere Reichsstraße 111 in Richtung Usedom im alten Zustand. Der an dieser Straße liegende kleine Ort Zirchow kämpft seit Jahren vergeblich für eine Ortsumgehung. Ein Trostpflaster: Im Ort soll eine Radarfalle aufgestellt werden.

Wenn die hiesigen Verantwortlichen problembewusst handeln, kann die neue Verbindung zwischen Usedom und Wollin zum Segen für die gesamte Region werden. Ein A-20-Zubringer für Usedom wäre wünschenswert.

Die Stadtfähre wird erhalten bleiben, denn für Fußgänger und Radfahrer ist der neue Tunnel tabu.

## NEUAUFLAGE

## Deutschlands Gebietsverluste von 1919 bis 1945

Ein Handbuch, Atlas und Nachschlagewerk mit Kartenwerken, Bildern und Beschreibungen

Seit Langem ist das Handbuch und der Atlas „Deutschlands Gebietsverluste 1919–1945“ von Manfred Weinhold vergriffen. Jetzt wird demnächst eine komplett überarbeitete Neuauflage mit ergänzenden Karten, Bildern und vielen zusätzlichen Informationen über die jeweiligen Gebiete erscheinen.

Der Autor schildert nicht nur die politische Situation und die Geschehnisse um die Gebietsverluste inklusive eines jeweils geschichtlichen Rückblicks, sondern der Leser wird auch über die Besonderheiten

der Provinzen informiert, die Wirtschaftszweige, bedeutende Bauwerke und herausragende Persönlichkeiten. Zahlen und Karten zeigen die Gebietsverluste und Grenzverläufe. Ebenso erfährt man, wie viele Deutsche ein Opfer dieser Geschehnisse geworden sind und welche ungläubliche Völkerverschiebung es gegeben hat.

Interessant zu lesen ist auch die Zusammenfassung von Beschlüssen und Übereinkommen im 20. Jahrhundert, die Ostdeutschland betreffen und vieles mehr. Der Leser kann sich dabei umfas-

send über die deutschen Gebietsverluste informieren. Hier ein Auszug:

- Pommern, vom Westfälischen Frieden bis zum 20. Jahrhundert;
- Posen;
- Ost- und Westpreußen mit dem Memel- und Soldaugebiet, Abstimmungsgebiet Allenstein, Danzig;
- Ostbrandenburg und Niederlausitz;
- Schlesien und Oberlausitz;
- Sachsen östlich der Neiße;
- Sudetenland und Olsagebiet;
- die Gebietsveränderungen des Deut-

schens Reiches von Nord-Schleswig bis zum Saargebiet ebenso über unter fremde Verwaltung unterstellte Reichsgebiete im Osten und Westen.

Empfehlen möchte man dieses Nachschlagewerk besonders den Lesern, die in ihrer Schul- und teilweise Studienzeit über diese Themen nicht umfassend informiert wurden. Deshalb ist es auch ein ideales Geschenk von den Großeltern und Eltern an ihre Nachkommen, speziell wenn in den Familien ein Vertreibungs-hintergrund besteht. Lange bekannt ist im

Nachhinein die Ungerechtigkeit vieler Vorkommnisse. Dazu ein Ausspruch von Abraham Lincoln, US-Präsident von 1860 bis 1865: „Nichts ist endgültig geregelt, es sei denn, es wäre gerecht geregelt.“ BS

● Info „Deutschlands Gebietsverluste 1919–1945. Handbuch und Atlas“, 7. überarbeitete und erweiterte Neuauflage, Manfred Weinhold, 25,95 Euro. Vorbestellbar: Lesen & Schenken, Postfach 52, D-24236 Selent, Telefon (04384) 59700, E-Post: Buchversand@lesenundschenken.de

# „Man fragt sich, was noch alles geschehen muss“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

“

„Ihre Analysen und Betrachtungen helfen mir immer wieder, mich – bedrückt von den gesellschaftlichen Zuständen und Entwicklungen – einigermaßen aufzubauen“

Hans-Joachim Miethe, Cottbus

**WAS PUTIN GEFÄHRLICH MACHT**  
ZU: IN EIGENER SACHE – DIE PAZ  
UND PUTINS KRIEG (NR. 16)

Für den genannten Beitrag bin ich Ihnen außerordentlich dankbar. Tatsächlich habe ich mich in den Monaten vor dem 24. Februar 2022 manchmal über die eher zu russlandfreundliche Einstellung der PAZ gewundert. Dies hat sich dann zum Glück mit Putins Angriffs- und Vernichtungskrieg auf die Ukraine geändert. Ich gebe gerne zu, dass auch ich mir dies bis dato nicht vorstellen konnte, da ich Putin eigentlich für einen Realisten hielt. Leider habe ich mich ebenso geirrt wie viele andere Menschen in Deutschland. Heute empfinde ich nur noch Wut und Verachtung für diesen Kriegsverbrecher und Staatsterroristen!

Dankbar bin ich Ihnen vor allem dafür, dass Sie sehr wohl unterscheiden zwischen Putin und seiner herrschenden Clique einerseits und dem russischen Volk auf der anderen Seite. Wir haben mehrfach Reisen nach und durch Russland unternommen und dabei stets eine beeindruckende Gastfreundschaft erlebt. Auf der Kriegsgräbergedenstätte Rossoschka bei Wolgograd wurden wir herzlich empfangen von einigen älteren Russen, die als Kinder noch die Schlacht von Stalingrad erlebt hatten. Sie waren froh, mit uns sprechen zu können, denn alle Mitglieder unserer Reisegruppe hatten seinerzeit Angehörige dort verloren.

Die Russen freuten sich genau deshalb, uns zu treffen und betonten dabei, beide Völker hätten sich doch in der Geschichte immer gut verstanden, es seien im Wesentlichen die Verbrecher Hitler und Stalin gewesen, die für das Unheil verantwortlich zeichneten. Auf meine erstaunte Bemerkung, dass man hier auch von Stalin als Verbrecher sprach, erhielt ich zur Antwort, das habe man immer gedacht, aber eben nie in der Öffentlichkeit sagen dürfen. Jetzt könne man es glücklicherweise äußern.

Wenn heute mehr als 80 Prozent der Russen Putins Krieg gutheißen, so liegt das natürlich daran, dass ein großer Teil, vor allem in ländlichen Regionen, ihre Informationen allein aus der Propaganda des Staatsfernsehens bezieht. In Großstädten wie Moskau und St. Petersburg sieht das bereits anders aus, weil dort vor allem die jungen Menschen sich auch aus dem Internet informieren und dann eben die andere Seite sehen.

Absolutes Unverständnis bringe ich solchen Menschen entgegen, die hierzulande noch die Kriegsverbrechen der russischen Armee in der Ukraine verharmlosen oder gar negieren. Leider finden sich in der PAZ-Ausgabe vom 22. April auch zwei solche Leserbriefe, die trotz zugestandener Pressefreiheit in mir wahrlich Wut hochkommen lassen. Da werden die bestialischen Morde an Zivilisten in Butscha angezweifelt. Man fragt sich, was denn noch alles geschehen muss, um solchen Leuten die Augen zu öffnen?

Wir Ostpreußen und ebenso die Pommer und Schlesier wissen sehr wohl, welche Verbrechen die Rote Armee 1944/1945 beging, und es gibt sogar eine Parallele: Als die Wehrmacht im Oktober 1944 den kleinen ostpreußischen Ort Nemmersdorf zurückeroberte, stieß sie auf Spuren eines unvorstellbaren Massakers, das Sowjetsoldaten dort angerichtet hatten. Die Veröffentlichung darüber wurde zunächst angezweifelt, doch eine international zusammengesetzte Untersuchungskommission kam zu dem Ergebnis, dass die deutschen Berichte den Tatsachen entsprachen. In Butscha wiederholte sich nun Ähnliches, und doch gibt es

offenbar Menschen in Deutschland, die dabei eher an eine Inszenierung glauben.

Schließlich lässt sich auch die Ausgangslage hinsichtlich der Medien vergleichen: In den Jahren 1944 und 1945 hatten die meisten Deutschen lediglich Zugang zur NS-Propaganda über Volksempfänger – abgesehen von wenigen, die sich trautes, BBC zu hören –, heute befindet sich der größte Teil der russischen Bevölkerung in einer ähnlichen Lage, weil sie nur die Putin-Propaganda aus den Staatsmedien empfängt und dieser natürlich Glauben schenkt. Die deutschen BBC-Hörer des Zweiten Weltkrieges sind dann mit den gegenwärtigen russischen Internet-Nutzern vergleichbar, können und dürfen sich aber natürlich öffentlich nicht äußern. Der Staatsterror damals in Deutschland wie heute in Russland „lässt grüßen“.

Hätte Hitler 1945 bereits einsatzfähige Atombomben besessen, hätte er diese auch genutzt. Putin verfügt über solche Nuklearwaffen, und er würde nicht zögern, sie nötigenfalls einzusetzen. Natürlich weiß er, dass damit ein Dritter Weltkrieg im Raum steht, der nicht nur zur Vernichtung seiner Gegner, sondern auch zu seinem eigenen Untergang führen würde, aber dies scheint er durchaus einzukalkulieren. Lieber geht die ganze Welt unter, als dass man nachgibt. Und genau das macht den Mann und seine ihm ergebenen Gesinnungsgenossen so gefährlich.

Hoffen wir, dass es nicht dahin kommt, aber sicher ist leider nichts.

Wolfgang Reith, Neuss

**ES GIBT EINE VORGESCHICHTE**  
ZU: IN EIGENER SACHE – DIE PAZ  
UND PUTINS KRIEG (NR. 16)

Nunmehr etliche Jahre bin ich bislang zufriedener Abonnent Ihrer Zeitung. Neben der Vielfalt der Themen gefiel mir die Ausgewogenheit in der Beurteilung der politischen Lage sowohl im In- als auch im Ausland.

Aber seit dem offenen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine suche ich vergebens nach Erklärungen, die die Einstellung beider Seiten deutlich machen. Wie Ihre Journalisten sicher wissen, beginnt ein Krieg, wenn man ihn so nennen will, nicht an einem Tag mit einem Überfall. Immer gibt es eine Vorgeschichte. Und genau diese kommt in den Artikeln der PAZ zu kurz. Ich muss mich der Meinung anderer Leser anschließen, die von der Einseitigkeit der Berichte über die Ukraine enttäuscht sind. Solange Operationen unter falscher Flagge ausgeführt werden und keine endgültigen Beweise für die Schuld einer Konfliktpartei vorliegen, sollte man sich mit einer Beurteilung zurückhalten.

Stefan Anke, Leipzig

**WARTEN, BIS ES ZU SPÄT IST**  
ZU: IN EIGENER SACHE – DIE PAZ  
UND PUTINS KRIEG (NR. 16)

Meine volle Zustimmung zu dem Beitrag! In der Öffentlichkeit beginnen sich schon wieder die Geflechte aus dem Putin-Netzwerk zu regen (Gabriel, Geisel, Stegner), die durch ihr Störfeuer eine konsequente Unterstützung der Ukraine gegen die Aggression versuchen zu unterminieren. Wenn man die notwendigen Maßnahmen zeitlich verschiebt hat und Putin weiter vordringt, wird das „Argument“ kommen, es sei doch sowieso zu spät für eine Unterstützung. Das ist die Logik hinter dem Verhalten der nach wie vor vorhandenen deutschen Putin-Seilschaften.

Von den von Putin geschickt aufgebauten Abhängigkeiten scheinen in der

deutschen Parteienlandschaft wohl nur die FDP und die Grünen (Habeck, Baerbock und Hofreiter) und in den letzten Jahren nicht aktive CDUler wie Friedrich Merz verschont geblieben zu sein.

Ich bin froh, dass es wenigstens hier Personen gibt, die sich in dieser einmal wirklich historischen Herausforderung nicht verstecken. Der amtierende Bundeskanzler gehört leider nicht dazu.

Arnim Zubke, Aschheim

**NICHT IM SINNE DER LESER?**  
ZU: IN EIGENER SACHE – DIE PAZ  
UND PUTINS KRIEG (NR. 16)

Der Kommentar Ihres Chefredakteurs ist partiell akzeptabel, lässt aber viele Hintergründe und Implikationen dieses Angriffskrieges offen. Der Krieg hat jetzt schon unser Verhältnis zu Russland zerstört sowie ebenfalls das Zehnmilliardengrab Nord Stream 2. Amerikanische Wirtschaftsinteressen haben sich glasklar zu unserem Nachteil durchgesetzt.

Im ORF wurde gesendet, die Deutschen hätten Erdöl und Erdgas weit unter dem Weltmarktpreis von den Russen bezogen. Jetzt müssen 2000 Tanker mit Fracking-Gas über den Atlantik schippeln. Ich brauche hier nicht auf die Aufsätze von Generalmajor Gerd Schultze-Rhönhof einzugehen. Er bringt eine ganze Reihe von amerikanischen Implikationen – militärisch und wirtschaftlich seit mindestens acht Jahren in der Ukraine – also vor der Haustür Russlands.

Also, diese Pro-Ukraine-Berichterstattung geschieht nicht im Sinne der Leser. Beim Kulturseminar in Helmstedt habe ich mit mindestens einem Dutzend Abonnenten geredet. Fazit: Der ukrainische Botschafter gebärdet sich als fanatischer Deutschenhasser, beschimpft die Deutschen am laufenden Band und stellt Forderungen, die uns in den Dritten Weltkrieg bringen. Gehen Sie doch mal auf diesen unverschämten „Botschafterdarsteller“ ein! Man könnte endlos weitermachen.

Markus Krämer, Allendorf/Eder

**AUSSER ACHT GELASSEN?**  
ZU: IN EIGENER SACHE – DIE PAZ  
UND PUTINS KRIEG (NR. 16)

Leider muss ich Ihrem Kommentar zur Ukraine-Krise trotzdem widersprechen. Leider, ohne ein Putinverstehender zu sein, sind auch hier viele Dinge weggelassen.

Im Jahr 2021 erließ Wolodymyr Selenskyj ein Dekret zur Rückeroberung der Krim und begann seine Streitkräfte im Süden des Landes einzusetzen. Gleichzeitig wurden mehrere NATO-Übungen im Schwarzen Meer und in der Ostsee durchgeführt mit deutlich mehr Aufklärungsflügen entlang der russischen Grenze. Ende Oktober/November wurden die ZAPAD-21-Übungen beendet und die Lage beruhigte sich, was auch der ukrainische Verteidigungsminister Oleksij Resnikow bestätigte. Unter Verstoß gegen das Minsker Abkommen führte die Ukraine massive Angriffe mit Drohnen im Donbass durch, wodurch, wie schon in den Jahren nach der Maidan-Revolution (verstärkt durch Kräfte der USA), Tausende von Zivilisten (russische Ukrainer) ums Leben kamen.

Im Februar 2022 verstärkten sich die Bombardements in den zwei sogenannten abtrünnigen Regionen und am 21. Februar erkannte Putin die Unabhängigkeit der zwei Donbass-Regionen an. Der Artilleriebeschuss seitens der Ukraine nahm zu, und am 24. Februar berief sich Putin auf Artikel 51 der Charta der UN. Tatsächlich fing der Krieg schon am 16. Februar an,

wie es auch Joe Biden da schon erklärte. Von Selenskyj wurden außerdem alle Oppositionsparteien verboten, teilweise deren Führer verhaftet, die russische Sprache verboten, und es wurden täglich viele unschuldige Zivilisten in den zwei Provinzen umgebracht, aber es interessierte im Westen keinen.

Nicht außer Acht lassen sollte man das Asow-Regiment, das sich klar mit NS-Emblemen versieht und alles, was russisch sein könnte, gnadenlos vernichtet – ganz in der Tradition des ukrainischen nationalistischen Politikers Stepan Bandera und der Zeit des Zweiten Weltkrieges im Kampf gegen die Sowjetarmee. Auch das war 2014 häufig Thema in den offiziellen Medien, heute leider nicht mehr so schnell zu finden.

Viele Politiker und Militärexperten haben sich dahingehend klar geäußert, dass auf dem Rücken der ukrainischen Zivilbevölkerung der Machtkampf zwischen den USA und Russland ausgetragen wird. Eine alte politische Grundsatzklärung der anglophilen Länder seit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg war und ist, Russland und Deutschland auseinanderzubringen. Da sieht man ja jetzt schon, wer der Gewinner und der Verlierer sein wird.

Dr. med. Volker Daum, Bayreuth

**HAT DAS BUCH NICHT GELESEN**  
ZU: STEFAN AUST, EIN AUTHENTISCHER MANN (NR. 15)

Was der Buchrezensent Dr. Wolfgang Thüne in der PAZ veröffentlicht hat, ist keine Rezension, sondern eine Aneinanderreihung von Plattheiten, was mich vermuten lässt, dass er das Buch überhaupt nicht gelesen hat. Für 655 Seiten braucht man schon einige Tage und muss streng auswählen, was man in eine Rezension aufnimmt und was nicht.

Ein Literaturkritiker hat die Aufgabe, ein Buch zu beurteilen. Er muss die positiven und negativen Tendenzen eines Romans oder, wie in diesem Fall, einer Autobiografie gegeneinander abwägen und dann den Leser wissen lassen, ob sich die Lektüre lohnt oder nicht.

Liest man Thünes Rezension, ist man danach so schlau wie zuvor. In den ersten anderthalb Spalten erzählt er den Lebenslauf des Buchautors nach, ohne irgendwelche kritischen Akzente zu setzen. Was dann auf zweieinhalb Spalten folgt, ist nichts weiter als die Aufzählung von Lebensstationen und Kapitelüberschriften. Fast hat man den Eindruck, der Autor hätte lediglich das Inhaltsverzeichnis abgeschrieben.

Von den wichtigen, auch für uns heutige Leser noch wichtigen Lebensabschnitten Stefan Austs steht in der Rezension kein Wort. So hat der 1946 in Stade an der Unterelbe geborene Aust nach dem Abitur bei der Linkspostille „Konkret“ gearbeitet, die jahrelang mit DDR-Geldern, was heute bekannt ist, unterstützt wurde. Chefredakteur war damals der in Danzig geborene Klaus Rainer Röhl, Kolumnistin war seine Ehefrau Ulrike Meinhof, die als RAF-Terroristin am 9. Mai 1976 im Zuchthaus Stuttgart-Stammheim Selbstmord beging.

Meinhof hatte 1970 versucht, ihre beiden 1962 geborenen Zwillingstöchter Bettina und Regina Röhl in ein Palästinenlager in den Vorderen Orient zu verschleppen. Bis Sizilien war sie schon gekommen, als es Aust gelang, die beiden achtjährigen Mädchen zu ihrem Vater nach Hamburg zurückzubringen. Davon steht in Thünes Rezension kein einziges Wort, weil er das Buch nicht gelesen hat!

Dr. Jörg Bilke, Coburg



Ausgabe Nr. 16

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum,  
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,  
Fax (040) 41400850  
oder per E-Mail an redaktion@  
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## KERAMIKEN

## Ganz zerbrechliche Kunst

Von den Chinesen inspiriert – Das weltberühmte Delfter Porzellan, das in Wahrheit kein Porzellan ist

VON SILVIA FRIEDRICH

Es gibt viele Gründe, die niederländische Universitätsstadt Delft in der Provinz Südholland zu besuchen. Einer davon ist mit Sicherheit, dem Delfter Porzellan auf die Spur zu kommen. Doch gleich zu Beginn muss darüber aufgeklärt werden, dass es sich hierbei gar nicht um Porzellan handelt. Die Delfter Töpfer nannten ihre Waren zwar so, jedoch war es nur eine günstigere Version des echten chinesischen Porzellans.

Das sogenannte Goldene Zeitalter war für die Niederlande im 17. Jahrhundert wirtschaftlich und kulturell eine 100-jährige Blütezeit. Neben Großmeistern wie Rubens, Rembrandt, Vermeer oder Frans Hals sollen in diesem Zeitraum schätzungsweise an die 700 Maler tätig gewesen sein, die jährlich an die 70.000 Gemälde erstellten. Wirtschaftlich galt unser Nachbarland seinerzeit wegen seiner Überseekolonien noch vor den Briten, Franzosen oder Spaniern als stärkste europäische Macht.

Die Niederländer waren auf allen Weltmeeren unterwegs, und die Schiffe der Vereinigten Ostindischen Kompanie und der Niederländischen Westindien Kompanie liefen fortwährend Standorte in Asien, Amerika und Südafrika an. Durch dieses breitgespannte Handelsnetzwerk kamen auch die bei Adligen und reichen Leuten sehr beliebten chinesischen Porzellanwaren ins Land. Da die Nachfrage größer als das Angebot war, suchten niederländische Keramikhersteller nach einer günstigeren Alternative.

Das echte chinesische Porzellan wurde mit Kaolin, auch Porzellanerde genannt, einem weißen, feinen Gestein hergestellt, dass zu damaliger Zeit in Europa nicht einfach zu beschaffen war. So entstanden bei dem Versuch, mithilfe eines anderen Tons chinesisches Porzellan zu kopieren, die weltberühmten Delfter Steingutwaren. Der Ton wurde nach dem Brennen mit Zinnglasur überzogen. Das typische Blau entsteht dabei erst durch chemische Reaktionen beim Backvor-



Handbemalte Sammelstücke: Keramiken im Delfter Blau im Royal Delft Store

Foto: pa

gang. Beim handbemalten Auftragen ist die Farbe, die größtenteils aus Kobaltoxid besteht, noch schwarz.

Zudem versuchte man mit Farben zu experimentieren, was besonders schwierig war bei Rottönen oder Vergoldungen. Zwar ahmten die Hersteller zunächst die chinesischen Bemalungen nach, probierten aber bald auch eigene niederländische Abbildungen und schufen so eine historisch interessante, eigene künstlerische Darstellung ihres Lebensumfeldes. Daneben wurden extravagante Formen bald typisch für die Delfter Steingutware, wie die berühmten Tulpenvasen.

**Nur Royal Delft blieb übrig**

Im 17. Jahrhundert siedelten sich über 30 Keramikhersteller an den Delfter Grachten an. Von diesen ist nur die 1653 gegründete Firma „De porcelayne Fles“,

auch bekannt unter dem Namen „Royal Delft“, übriggeblieben, denn zum Leidwesen der Kunsthandwerker ist das Delfter Steingut aus der Mode gekommen.

Es gibt jedoch noch zwei Werkstätten jüngerer Gründungsdatums. Eine davon ist „De Candelaer“, die seit 1975 auf traditionelle Weise die berühmten Waren herstellt. Der Betrieb befindet sich ganz in der Nähe des historischen Marktplatzes, der nicht nur aufgrund seines 400-jährigen, imposanten Rathauses im Renaissance-Stil jeden Besucher zum Verweilen einlädt, sondern auch wegen der hübschen Häuser rundherum, der kleinen Läden und des bunten Treibens der Händler, die hier ihre Waren feilboten.

Gleich um die Ecke wohnte und lebte der berühmteste Sohn der Stadt, der Maler Johannes Vermeer van Delft, der 1632 geboren wurde und sein gesamtes Leben

hier verbrachte. Delft ist eine hochmoderne niederländische Stadt mit einer der wichtigsten technischen Universitäten des Landes, und dennoch wirkt das Städtchen mit seinen prächtigen Häuschen und den Grachten an manchen Ecken so verwinkelt und charismatisch, wie Vermeer es sicher selbst erlebt hat und in seinem berühmtesten Gemälde, der Stadtansicht von Delft 1660/61, auf die Leinwand brachte.

Dem prunkvollen Rathaus gegenüber befindet sich die Nieuwe Kerk, die Neue Kirche. Diese wurde seit dem 16. Jahrhundert, als man 1584 an diesem Ort den „Vater des Vaterlandes“, Wilhelm von Oranien, zur letzten Ruhe bettete, auch zur letzten Ruhestätte der Mitglieder des Königshauses der Niederlande. 2002 setzte man hier Prinz Claus und 2004 Königin Juliana und Prinz Bernhard bei.

## PARK SANSSOUCI

## Die maroden Bäder des Preußenkönigs

Ausstellung in den Römischen Bädern von Sanssouci – Danach werden sie wegen Sanierung geschlossen

Die Römischen Bäder im südöstlichen Teil von Park Sanssouci in Potsdam führen eine Art Dornröschenschlaf. Fast scheint es, als sei das an römischen und altitalienischen Vorbildern orientierte Bauensemble von Efeu umrankt und warte nur darauf, wachgeküsst zu werden. Darauf muss es allerdings noch drei Jahre warten. Ab 2023 soll die recht heruntergekommen erscheinende Gebäudeanlage zwei Jahre lang saniert werden, weshalb in der Zeit kein Besuch möglich sein wird.

Bis es soweit ist, hat man Gelegenheit, die Bäder im Rahmen des von der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) ausgerufenen Jahresthemas „Welterbe: Bauen und Bewahren für die Zukunft“ aufzusuchen. Bis zum 31. Oktober findet dort die Ausstellung „Denk x Pflege. Zukunft für das Welterbe Römische Bäder“ statt. Der Gebäude- und Gartenkomplex ist Teil des zum UNESCO-Welterbe gehörenden Potsdamer Parks Sanssouci.

Die Ausstellung führt in einem Rundgang durch das Ensemble der Bäder. Da-

bei erhalten Interessierte erstmals wieder Einblicke in Räume und Bereiche, die seit Jahren nicht zugänglich waren. So ist beispielsweise der tempelartige Pavillon am Teich geöffnet, ebenso das ehemalige Billardzimmer und der Vorraum zum sogenannten Viridarium – einem Innenhof,

der an eine antike römische Villa erinnert. Gezeigt werden auch unrestaurierte Ausstattungsgegenstände der Römischen Bäder, Skulpturen und Mobiliar, die seit Jahren im Depot darauf warten, in den restaurierten Räumen wieder ausgestellt zu werden. Thematisiert werden unter-

schiedliche Aspekte und Herausforderungen, die mit der Wiederherstellung eines hochrangigen Denkmals verbunden sind. An 15 Stationen erfährt man alles über die Arbeit der SPSG im Bereich der Denkmalpflege.

Noch in seiner Kronprinzenzeit gab Friedrich Wilhelm IV. zuerst Schloss Charlottenhof und anschließend die Römischen Bäder in Auftrag, die von Karl Friedrich Schinkel und seinem Schüler Ludwig Persius zwischen 1829 und 1841 erbaut wurden. Das Ensemble spiegelte in besonderer Weise die „Italiensehnsucht“ des Bauherrn wider, der mit zahlreichen Ideen und Entwurfszeichnungen Einfluss auf die Pläne der Architekten genommen hat. Die Neugestaltung der das Schloss Charlottenhof und die Römischen Bäder umgebenden Parklandschaft verantwortete Joseph Peter Lenné. *tws*



Römische Bäder: Blick vom Impluvium auf das Caldarium in der Therme

## GOETHEANUM

## Steiners esoterischer Kulturpalast

Der Anthroposoph Rudolf Steiner gilt gemeinhin als Gründer der Waldorfschulen. Weniger bekannt ist indes, dass auch eine sogenannte anthroposophische Architektur auf ihn zurückführt, deren geometrische Formen sich eines fließenden, an der Natur orientierten Stils ganz im Sinne der damaligen Reformbewegung war.

Steiner war ein Anhänger Goethes und gab im Rahmen der Sophienausgabe der sämtlichen Werke des Dichters dessen naturwissenschaftliche Schriften mit heraus. Da er vor allem von Goethes „Farbenlehre“ wichtige Impulse für seine esoterische Anschauung empfing, wollte er den Dichter durch ein monumentales Kulturzentrum ehren. Nachdem ein Projekt in München gescheitert war, konnte man dieses in dem im Schweizer Kanton Solothurn gelegenen Ort Dornach nach Plänen Steiners realisieren. Das an einen Dom mit zwei Kuppeln erinnernde Erste Goetheanum wurde während des Ersten Weltkriegs erbaut und 1920 eröffnet.

Allerdings hatte der Bau nur gut zwei Jahre lang Bestand. Denn in der Silvesternacht 1922/23 brannte er vollständig nieder. Anlässlich des 100. Jahrestages der vermutlich durch Brandstiftung verursachten Zerstörung untersuchen Fachleute jetzt den künstlerischen Gestaltungsimpuls der



Trutzburg: Das Zweite Goetheanum

Metamorphose in Architektur, Skulptur, Malerei und Glaskunst.

„Es ist ein Gebäude, in dem die gesamte Essenz der Anthroposophie in künstlerischer Form sichtbar geworden ist“, beschreibt Christiane Haid die Besonderheit des Ersten Goetheanums. Sie leitet die Sektionen für Bildende Künste und für Schöne Wissenschaften und ist Initiatorin der Videoreihe „Das Erste Goetheanum als Gesamtkunstwerk“.

Haid hat für die Reihe Fachleute eingeladen, von ihren Forschungen zum Kulturimpuls aus Sicht von Architektur, Skulptur, Malerei und Glasradierkunst zu berichten. Dabei wird deutlich, wie das Gebäude nicht nur Gesamtkunstwerk, sondern Anreger für Gestaltungsprinzipien und Lebensformen sein wollte.

Steiner hielt nach dem Brand verbissen an einem Nachfolgebau fest. Den von ihm künstlerisch weiterentwickelten Metamorphosegedanken Goethes, der in der Bauform und Farbgestaltung des Ersten Goetheanums sichtbar war, hat man in Dornach mit dem Zweiten Goetheanum – wiederum nach architektonischen Modellen Steiners – realisiert. 1928, drei Jahre nach Steiners Tod, wurde dieser wie eine Trutzburg wirkende Bau eröffnet – und steht bis heute. *H. Tewes*

● **Öffnungszeiten** Dienstag bis Sonntag von 10 bis 17,30 Uhr, Eintritt: 5 Euro. Begleitprogramm im Internet unter: [www.spsg.de/denk-x-pflege](http://www.spsg.de/denk-x-pflege)

● **Videoreihe Das Erste Goetheanum als Gesamtkunstwerk** im Internet: [www.goetheanum.tv](http://www.goetheanum.tv)

## ● FÜR SIE GELESEN

## Neues für Camper

Reisen mit dem Wohnmobil liegen voll im Trend, wovon nicht zuletzt die vielen Neuerscheinungen zu diesem Thema zeugen.

In der Reihe Camper Guide von „Paul Camper“ gibt es unter anderem die Titel „Französische Atlantikküste“ und „Nordspanien. Atlantikküste & Pyrenäen“, beides Gebiete, die eine Reise wert sind. In lockerer Aufmachung bieten die Spezial-Reiseführer reich bebildert ausgesuchte Routenvorschläge, die detailliert mit Etappen, Sehenswertem und Kuriosum zu Land und Leuten sowie Angaben zu Campingplätzen auf der Route beschreiben. Die Touren enthalten Kilometerangaben zu jedem Etappenziel sowie zahlreiche Tipps, etwa zum Thema Essengehen oder Einkaufen.

Im letzten Teil folgen allgemeine Tipps zur Anreise, Bestimmungen im jeweiligen Land, nützliche Internetadressen und eine Packliste für die Camper. Das handliche Format der Bücher und der moderate Preis dürften Camperherzen höherschlagen lassen. **MRK**



**Marco Polo Camper Guide: „Französische Atlantikküste“**, MairDumont Verlag, Ostfildern 2022, broschiert, 216 Seiten, 19,95 Euro



**Marco Polo Camper Guide: „Nordspanien. Atlantikküste & Pyrenäen“**, MairDumont Verlag, Ostfildern 2022, broschiert, 216 Seiten, 19,95 Euro

## Mutiger Roman eines Kritikers

Sasha Filipenko ist ein weißrussischer Autor, der wegen seiner Kritik am System Putin und Lukaschenko seit 2020 im Exil lebt.

In seinem Roman „Die Jagd“ schildert er die Geschichte des idealistischen Journalisten Anton Quint, der sich mit einem mächtigen Oligarchen anlegt. Er hat Beweise für dessen korruptes Vorgehen veröffentlicht. Als der „Schreiberling“ ihm zu lästig wird, gibt der Oligarch ihn zur Jagd frei. Er heuert Mitarbeiter an, die Quint „fertigmachen“ sollen, jedoch ohne ihn zu ermorden.

Quint wird endlosem Psychoterror ausgesetzt. Seine Peiniger mieten sich in der Wohnung unter ihm ein, schikanieren ihn mit lauter Musik, schüren Gerüchte gegen ihn und stellen ihn in der Öffentlichkeit bloß. So getrieben, verliert der Gepeinigete irgendwann die Nerven, und es passiert etwas Schreckliches, mit dem die Verfolger nicht gerechnet hatten. Eine düstere Darstellung nahe an der Realität im heutigen Russland.. **MRK**



**Sasha Filipenko: „Die Jagd“**, Diogenes Verlag, Zürich 2022, gebunden, 278 Seiten, 23 Euro

## REISEFÜHRER



## Vorfreude auf Griechenland

Der neue Baedeker beschreibt ausführlich Ziele in einem der beliebtesten Urlaubsländer der Deutschen

FOTO: SHUTTERSTOCK

**Reiseziele von A bis Z** zu herrlichen Stränden, antiken Stätten, modernen Großstädten sowie verträumten Dörfern und Naturschönheiten bietet der beliebte Baedeker Reiseführer Griechenland.

In bewährter Weise ist auch die Neuauflage aufgebaut. Neben einer allgemeinen Einführung ins Land werden in alphabetischer Reihenfolge die Sehenswürdigkeiten einzelner Orte vorgestellt. Der reich bebilderte Band mit Stadtplänen sowie 3-D-Graphiken, etwa der Athener Akropolis, optisch veranschaulichte Band ist informativ.

Im anschließenden Teil werden Hintergründe zur Geschichte, der Kultur und Landeskunde beleuchtet. Den Abschluss bildet ein Kapitel mit praktischen Tipps sowie ein Sprachführer mit den wichtigsten griechischen Begriffen.

Tourenvorschläge zu den klassischen Sehenswürdigkeiten auf dem Peloponnes oder ins weniger bekannte Nordgriechenland sowie auf die Inseln runden den Reiseführer ab. Als praktische Orientierungshilfe erweist sich auch die herausnehmbare Landkarte. **MRK**



**„Baedeker Griechenland“**, 20. Auflage 2022, MairDumont Verlag, Ostfildern 2022, flexibler Einband mit Zip-Band und eingelegerter Straßenkarte, 578 Seiten, 26,95 Euro

## UKRAINE

## Ein Habsburger Held

Roman um Wilhelm von Habsburg soll Freiheitswillen der Ukrainer bezeugen

VON BODO BOST

**D**ie Ukrainerin Natalka Sniadanko vermischt in ihrem neuesten Roman über Wilhelm von Habsburg (1895–1948) historische Fakten und literarische Fiktion, um kaum bekannte ukrainische Geschichte einmal ganz anders erleben zu lassen.

Pünktlich zum 100. Todestag des letzten österreichischen Kaisers Karl I. sowie dem Beginn von Putins Krieg gegen die Ukraine hat Sniadanko sich einem Cousin des Kaisers, dem Außenseiter Wilhelm von Habsburg, gewidmet, der heute in der Ukraine als Nationalheld gilt, weil er bereits 1918 an eine unabhängige und freie Ukraine geglaubt hat.

So wie der letzte Habsburger Thronfolger Otto von Habsburg, der bereits 1990 von Putins KGB-Karriere in der DDR gehört und danach bis zu seinem Lebensende 2011 vor Putin gewarnt hatte, ebenso wie seine Tochter Gabriela seit 2009 als Botschafterin Georgiens in Deutschland, so warnt auch Sniadanko in ihrem Geschichtsroman anhand des Lebens von Wilhelm von Habsburg davor, den Unabhängigkeits- und Kampfeswillen der Ukrainer zu unterschätzen.

Die Autorin benutzt dazu zwar die historische Figur Wilhelm von Habsburg, lässt sie jedoch nicht 1948 in den Fängen der Sowjets als Doppelspion sterben (siehe Seite 10) – wie es bislang die Historiker glauben – aber nicht sicher wissen, sondern sie lässt den Totgegläubten

in Lemberg wieder auferstehen. Der verwöhnte Liebesspross seiner Eltern entschließt sich nämlich, nach dem Ende seiner persönlichen Machtambitionen, den Unabhängigkeitskampf der Ukrainer gegen die Bolschewisten an führender Stelle zu unterstützen.

Die in Lemberg lebende Sniadanko schlüpft in ihrem Roman meisterhaft in die fiktive Rolle einer Enkelin des Habsburgers und eröffnet den Blick aus deren Perspektive auf die Ukraine der Gegenwart, wie sie seit 1991 von einer Sinn- in eine Lebenskrise schlittert, der Putins Appetit auf die Ukraine nur noch vergrößert. Gleichzeitig entdeckt sie in den Anekdoten ihres Großvaters etwas, das vor 100 Jahren schon einmal da war: eine gemeinsame Geschichte, ein gemeinsames Europa.

Die vielen Kapitel des Buches, das auch eingehend auf die in Deutschland bestens bekannte Sisi, Elisabeth von Österreich, eingeht, haben keine Titelüberschriften, sondern nur Jahreszahlen, damit der Leser sich orientieren kann, in welchem Jahr die jeweils zeitlich wechselnde Handlung gerade spielt. In diesen Wechseln gewinnt der Roman immer wieder enorm an Spannung, denn Wilhelm war eine überaus spannende und schillernde Figur des 20. Jahrhunderts.

Als Mitglied einer der wichtigsten Dynastien Europas war er für die noch zu etablierende Ukraine als König vorgesehen. Als diese Pläne scheitern, engagiert er sich leidenschaftlich für die Unabhängigkeitsbestrebungen des Landes, bis

auch diese 1920 vorerst zerschellen. Wilhelm zieht sich nach Paris zurück und wird zum kosmopolitischen Lebemann.

Im Zweiten Weltkrieg arbeitet er als Doppelspion, was ihm nach Kriegsende in dem von den Sowjets besetzten Wien zum Verhängnis wird. Dort wird er 1948 vom KGB entführt und zurück in die Ukraine gebracht. Was dort mit ihm geschah, ist bis heute nicht geklärt. Hier setzt die Phantasie von Sniadanko ein, sie lässt Wilhelm den Schergen Stalins entkommen und im sowjetischen Lemberg untertauchen. Auf dem Schwarzmarkt gelingt es dem Habsburger, endlich zum König aufzusteigen und eine Familie zu gründen.

Für seine Enkelin Halyna wird das Leben eines voller Umbrüche. Sie erlebt 1991 die wiedergeborene Ukraine mit all ihren Schwächen, die sie seit 2014 zu einer leichten Beute Putins werden lässt. Hatte nicht Putin im Vorfeld seines Krieges gegen die Ukraine selbst gesagt, sie sei Russland und ein kleiner Rest Habsburg? Dass er den Freiheitswillen der Ukrainer und der Habsburger nicht unterschätzen sollte, zeigt dieses Buch.



**Natalka Sniadanko: „Der Erzherzog, der den Schwarzmarkt regierte, Matrosen liebte und mein Großvater wurde“**, Haymon Verlag, Wien 2021, gebunden, 424 Seiten, 25,90 Euro

## Gemischte Gefühle

Zweifelsohne war Manfred Krug ein großer Künstler und ein Allroundtalent. Einen Blick in die intimen Tagebücher eines solchen Menschen zu werfen, kann hochinteressant sein.

Krista Maria Schädlich ist als Lektorin und Herausgeberin tätig. Sie betreute alle Bücher des Schauspielers und publizierte nun seine Tagebücher „Ich sammle mein Leben zusammen. Tagebücher 1996–1997“. Die Entdeckung seiner Zweitfamilie durch seine Ehefrau, die Beziehung zu seinem Freund Jurek Becker, dessen Gesundheitszustand sich zunehmend verschlechterte und sein eigener Schlaganfall. Sicher ist es für viele Menschen, die Krug bewunderten, ein spannender Blick durchs Schlüsselloch. Sich aber durch seitenweise Anmerkungen zu „arbeiten“, kann ermüdend werden. Belohnt wird der Leser dadurch, dass Krug hier unbekanntes von sich zeigt, aber auch seinen bekannten, von Wortwitz und Mut geprägten Charakter.

Was sich der Verlag bei der Ausstattung des Covers gedacht hat, ist etwas schwer zu verstehen. Das Foto, das als Dreiviertel-Cover erhalten musste, erinnert an einen Schnappschuss, den die damalige kleine Tochter des Mimen gemacht haben könnte. *Silvia Friedrich*



**Manfred Krug: „Ich sammle mein Leben zusammen. Tagebücher 1996–1997“**, Kanon Verlag, Köln 2022, gebunden, 208 Seiten, 22 Euro

## WEIN AUS THORN

## „Echtes Öl, davon einem die Schnauze anklebt“

Der Deutsche Orden brachte die Weinkultur ins Prußenland – Weinanbau spielte im Mittelalter eine bedeutende Rolle

VON IRMGARD IRRO

Des gottesdienstlichen und des eigenen Gebrauchs wegen brachte der Deutsche Orden im 13. Jahrhundert den Weinbau nach Preußen. Die Kultur der Rebe erstreckte sich bis Tilsit. Im Jahr 1379 soll der Orden 608 Tonnen Trauben geerntet haben. Laut Archivadokumenten wuchs die beste Qualität bei Thorn. Als 1363 Herzog Rudolf von Bayern auf der Marienburg bewirtet wurde, trank er aus goldenem Becher Wein aus den Thorer Bergen, den er für „echtes Öl, davon einem die Schnauze anklebt“ erklärte; er trank seinen Becher auf das Andenken Kaiser Ludwigs des Bayern.

Die Ordensritter tranken sehr viel Thorer Wein, weil er besser war als der Wein aus Pommern. Die Hochmeister des Ritterordens verschenkten ihn auch an verschiedene Berühmtheiten. Im Jahr 1374 wurden dem englischen König zwölf Fässer Wein überreicht.

1402 weilte der polnische König Władysław II Jagiello im Thorer Schloss, um mit den Kreuzrittern zu verhandeln. Beim obligatorischen Empfang reichte Hochmeister Konrad von Jungingen dem König Thorer Wein. Möglicherweise war dieser Wein Jahrgang 1362 oder 1379, welcher lange Zeit als Ausnahmewein galt. Mehrmals wurde Thorer Wein auch an den Fürstenhof nach Litauen geschickt.

**Sauer, aber von gutem Geschmack**

Die Geschichte spricht über den Thorer Wein nur von seinem Nutzen. Zum diesbezüglichen Zeitpunkt, das heißt im Mittelalter, konnte man sich keine bestimmte Meinung über die Qualität des Thorer Weines bilden. Höchstwahrscheinlich war er sauer, was ganz und gar nicht bedeutet, dass er schlecht war. Quellenangaben über den Geschmack des Weines sind eher schmeichelhaft. Von gutem Geschmack zeugen Fakten, die sagen, dass die Ordensritter den Wein auch neben edlen Weinen aus dem Ausland konsumiert haben. Polnische Edelleuten königlicher Abstammung wurde beim Empfang Thorer Wein serviert.

Doch unstrittig ist die dynamische Entwicklung des Weinbaus, welche Mitte des 14. Jahrhunderts stattfand. Die zahlreichen historischen Aufzeichnungen beziehen sich in diesem Zeitraum auf das ganze Gebiet der Ordensritter sowie direkt auf Thorn. Zu den interessantesten gehören die von Vincent von Mainz, Priester und Großmeister Winrich von Kniprode (22. Hochmeister des Deutschen Ordens). Hochmeister der Aufenthalte in Marienburg in den Jahren 1349 bis 1386 und auf seinen vielen Reisen auf prußischem Gebiet konnte er sich über die Bedingungen zur Kultivierung von Weinstöcken und der Herstellung von Wein genau informieren. Das Ergebnis seiner Berichte über Weingärten war, dass diese damals den Klöstern beziehungsweise dem Orden gehörten und besonderem Schutz unterlagen. Die Hochmeister holten sich Hilfe von ausländischen Weinbergbesitzern. Ab der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts begann diesbezüglich schon eine große wirtschaftliche Bedeutung.

**Wirtschaftliche Bedeutung**

Ende des 13. Jahrhunderts umfasste das Gebiet zirka 530 Hektar. Der als Recht den Thorer Bürgern übertragene Boden war meist wenig fruchtbar, auch größtenteils mit Wald überdeckt. In ihren Anfängen entwickelte sich die Stadt Thorn hauptsächlich durch Haltung und Aufzucht von Ziegen und Schweinen, aber



Mittelalterliches Flair in der Gegenwart: Weinlokal in der Thorer Altstadt

Foto: Mauritius

auch von Pferden und Rindern. An den sonnigsten Böschungen am Ufer der Weichsel begann man erfolgreich mit dem Anbau von Weinstöcken. Entlang der Stadtmauer Richtung Westen wechselten sich Gärten und Weingärten ab, welche den „Thorunsker Bürgern“ gehörten.

Die Anfänge des Weinbaus scheinen in das 11. und 12. Jahrhundert zurückzuführen. Dafür, dass Weingärten bereits vor der Ankunft der Ordensritter existierten, spricht die Tatsache, dass der Berg Winnica, auf dem sich die ältesten Thorer Weinberge befanden, früher dem Bischof von Kujawien gehörte. In Kujawien kultivierte man die Weinstöcke schon in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts, dies ist bezeugt in der „Bulle Papst Innocent II. im Jahr 1136“, in der in Bezug auf das Benediktiner-Kloster in Lentschitz ein Austausch der Weingärten in der Umgebung von Breslau stattfand.

In der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts diente der Weinbau hauptsächlich zur Herstellung von Wein für den religiösen Ritus und weniger zum Konsumieren. Der vom Deutschen Orden hergestellte Wein, der „prächtig und vorzüglich“ war, machte die Stadt Thorn zu einem wichtigen Handelszentrum. Aufgrund dessen steigerte sich die Nachfrage nach liturgischem Wein und belebte die Kontakte mit den umliegenden Klöstern der Ordensritter, was Anbau und Bearbeitung von Weinstöcken betraf, deren Setzlinge sie aus dem Reich (Rheingebiet) und aus Italien bezogen.

Erst in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts fand eine starke Entwicklung bei der Bearbeitung der Weinstöcke und im Weinhandel statt. Zu dieser Zeit wurden „Thorunsker Bürger“ erstmals in Archiven als Eigentümer und Pächter von Weingärten notiert. Dies sollte auch als Quellennachweis dienen, dass in dieser Zeit für diese Bürger die Weingärtner eine der wichtigsten Beschäftigungen war und dadurch schon eine wirtschaftliche Bedeutung gewann.

**Frühe Wetteraufzeichnungen**

Zahlreiche Aufzeichnungen in Chroniken belegen penibel die Wetterphänomene, welche Einfluss hatten auf den Zustand der angebauten Weinstöcke sowie der Weinqualität. Eine der ersten dieser Aufzeichnungen stammt von 1362, welches ein Jahr des Hungers und der Missernte

war. Die nächste Erwähnung findet sich in der Chronik von Jan Lindenblatt, auch bekannt als Janem von der Pusilie. Der Chronist beschreibt einen ausnahmsweise heißen Sommer im Prußenland 1379, der so heiß war, dass die Sauerkirschen vor dem „Zielonymi Świątkami“, dem 15. Mai, reiften und die Weintrauben schon zum Heiligen Jakob, am 25. Juli. Nicht weniger interessante Notizen betrafen auch Wetterlaunen, festgehalten in Schöffengerichten der Stadt Chelma (Polen), aufbewahrt einst im königlichen Archiv. Darin ist geschrieben, dass am Heiligen Michael, am 29. September 1390, früh auftretender Frost die Reben und die Weinstöcke vernichtete.

**Bürger werden Pächter**

Im Thorer Archiv sind in Aufzeichnungen 97 Personen aufgeführt, die der Stadt „Zins“ für Weinberg sowie Vermehrung der Fläche für Anbau zu zahlen hatten; in der Zeit um 1401. Es handelte sich hierbei um weniger als 268 Hektar. Im Jahr 1517 waren es noch 93 Eigentümer, unter anderem Tieleman Hoffe, ab 1416 Besitzer eines Weingartens; Jan von der Mersche, ab 1417 bis 1427. Im Jahr 1437 verpachtete das Benediktiner-Kloster Thorn Boden für Anbau von Weinstöcken an Janowi Alsterowi, Apotheker aus Thorn. Weingartenbesitzer war auch die Thorer Familie Watzenrode, welche mit der Familie Copernicus verwandt war. Im Jahr 1425 verkaufte Albert Watzenrode seinen Weinberg samt Gärtner. Später jedoch wurde die Familie wieder Weinbergbesitzer. Niklas Koppernigk, der Vater des berühmten Mathematikers und Astronomen Nikolaus Copernicus (1473–1543), bekam nach dem Tod seines Schwiegervaters Lukas Watzenrode als Erbschaft den Weinberg.

**Weinberg als Erbe**

Manch reiche Bürger besaßen mehrere Weingärten. Da das Pflanzen und Bearbeiten der Weinstöcke sowie die Produktion von Wein neben aufwendiger Arbeit auch großes Können voraussetzte, beschäftigten die Weingartenbesitzer eine größere Zahl von qualifizierten Fachkräften. Inmitten dieser Arbeitsgruppen bildeten sich sogenannte Spezialisten im Weinbau heraus. 1394 gab es in Thorn 76 Spezialisten. Für die Pflege der Weinstöcke mussten auch andere Lohnarbeiter beschäftigt werden, welche für verschiedene Hilfsar-

beiten eingesetzt wurden. Während der Weinlese stieg die Zahl der Saisonarbeiter an. Man kann davon ausgehen, dass in durchschnittlichen Thorer Weingärten drei bis fünf Leute beschäftigt wurden. Auch taten sich kleine Weingartenbesitzer zusammen. Spezielle Fachgruppen, welche auch eine eigene Weinherstellung hatten, bildeten „Weinmeister“ aus. Zu deren Pflichten gehörte die Leitung der einzelnen Arbeitsschritte sowie verantwortliches Kosten des erzeugten Weines. Man kann vermuten, dass ein „Weinmeister“ von mehreren Weingartenbesitzern bezahlt wurde.

Die Weingärten von Thorn lagen an den sonnigen Hängen des rechten Weichselufers. Man bemühte sich, die Pflanzen auf die sonnigsten Plätze zu setzen. Mit Zäunen und Wällen sicherte man die Pflanzen vor Wind und Schädlingen. Falls der Boden, auf dem die Weinstöcke wachsen sollten, unfruchtbar war, düngten sie ihn mit Schlamm von der Straße oder mit Mist von den Tieren. Erst wenn der Boden so präpariert war, setzte man die Setzlinge ein. Die Setzlinge wurden in der Richtung von Osten nach Westen gepflanzt, und mit einem Abstand dazwischen, dass genügend Licht und Wärme für sie garantiert war. Die Triebe des Weinstocks wurden so geführt, dass man sie vorher als kurzen Schnitt an einen Pfahl anband. Wurde ein Weingarten errichtet, verwendete man Setzlinge, die aus dem Ausland importiert wurden.

**Weinhandel in Thorn**

Zur Wende zum 13. auf das 14. Jahrhundert interessierte sich der Thorer Stadtrat mehr und mehr für den Weinhandel. Erst ab der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts erschien eine unmittelbare Quelle der Information, dass der Thorer Stadtrat als Kontrollorgan über Produktion und Qualität des Weines fungierte als auch die Organisation des Weinhandels betrieb. Aus Sorge um die Weinqualität gab der Stadtrat eine Verordnung heraus mit einer amtliche Festlegung über den Preis des Mostes und des Weines. Erwartete der Stadtrat, einen bedeutenden Ertrag zu erlangen, führte er ein spezielles Amt ein, genannt „Weinamt“ oder „Weinkeller“. Dies ist festgehalten in den Büchern erst ab dem Jahr 1410.

Im Rathaus-Kellergeschoss lagerten Weine in elf Räumen. Die Kellerwalter

waren verpflichtet zu überwachen, ob alle Lieferungen nach Thorn gingen und der örtlich produzierte Wein in den städtischen Weinkellern verblieb. Hier musste er zehn Wochen bleiben, um von Beamten des Weinamtes beurteilt zu werden. Die Eigentümer mussten Miete für die Lagerung bezahlen, wobei die Gebühr von der Weinsorte abhing. Erst nach Beurteilung und Zahlung der Miete durfte der Wein zum Verkauf angeboten werden.

Noch in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts dominierte im städtischen Handel der Landeswein. Aus dem amtlichen Wein-Rechnungsbuch von 1411 geht hervor, dass in den erwähnten Kellern 44 Fässer ausländische Weine und 99 Fässer Landesweine (örtliche) aufbewahrt wurden. Dies zeigt noch einen schwachen Import und lässt darauf schließen, dass Ende des 14. Jahrhunderts und Anfang des

15. Jahrhunderts die Spitzenzeit für die Entwicklung der Thorer Weinberge und der Weinherstellung war.

**Ablösung durch Importwein**

Ab dem 15. Jahrhundert nahm die Einfuhr ausländischer Weine immer mehr zu. Die Stadt handelte mit verschiedenen Sorten aus ganz Europa. Schon in den 60er Jahren des 14. Jahrhunderts hatte die Einfuhr von spanischem Wein begonnen. Nach Ende dieses Jahrhunderts bezog die Stadt Wein vom Rhein und aus Italien. Ab Anfang des 15. Jahrhunderts bezog Thorn Wein aus Griechenland und aus südosteuropäischen Gegenden, danach aus Portugal, Österreich und Frankreich. In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts erfreute sich ungarischer Wein besonderer Beliebtheit bei den Thorer Bürgern.

In diesem Zeitraum lieferten ebenso die örtlichen Weinbergbesitzer wie auch Thorer Einkäufer, die Kontakt ins Ausland hatten, sowie Vertreter anderer Handelszentren Wein auf den Thorer Markt. Trotz des Monopols des Städtischen Rates war dieser Handel mit Wein sehr vorteilhaft. Sowohl die Arbeit mit den Weinstöcken als auch die Produktion und der Weinhandel spielten eine große Rolle im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben der Stadt. Die Entwicklung dieses Wirtschaftszweiges vergrößerte das Einkommen der Thorer Bürger. An der Spitze des Thorer Weinamtes verwaltete ein „Weinherr“ die Keller. Ausgewählt wurde er vom Stadtrat, in der Regel aus dessen Kreisen. Ein Kellerwalter konnte nach einer bestimmten Zeit sogar den Stand eines Bürgermeisters erlangen.

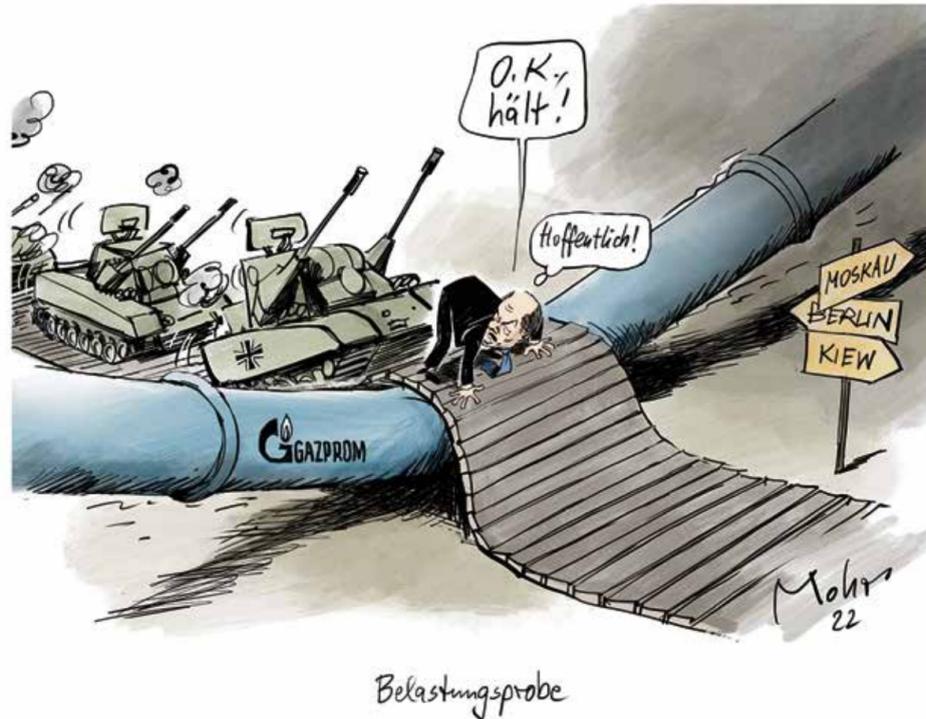
**Ende der Weinkultur in Thorn**

Thorer Weinberge gab es bis zum Ende des 17. Jahrhunderts. Ursache für den Niedergang waren fortschreitende Schäden bei der Bearbeitung, aber auch zahlreiche Kriege in den Jahren 1410, 1421 und 1455, die sehr zerstörend waren. In diesen Kriegen wurden auch zwecks Selbstverteidigung die Weingärten angezündet. Eine große Rolle spielte zudem, dass „jedes Frühjahr die Uferlandschaften von Eisgang und Überschwemmung“ bedroht waren. Seit dem 14. Jahrhundert hatte es mehr als dreihundert Deichbrüche gegeben.

Großen Einfluss auf die Aufgabe der Bearbeitung der Weinstöcke hatte überdies die bedeutende Steigerung des Weinimportes aus dem Ausland. Schon in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts etablierte sich immer mehr eine starke Konkurrenz gegenüber der örtlichen Weinherstellung. Das Ende beschleunigte wohl auch die Pest, die um 1657 im Land herrschte.

## ● AUFGESCHNAPPT

Vergangene Woche stimmte der Gemeinderat von Schwäbisch Hall über eine örtliche „Bierpreisbremse“ ab. Eingebracht hatte den Vorschlag die „Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative“, besser bekannt als „Die PARTEI“. Diese führt gern das parlamentarische System vor und nimmt sich selbst wenig ernst. Der Antrag fand allerdings eine ernsthafte Mehrheit. 13 Gemeinderatsmitglieder waren für billiges Bier, zehn enthielten sich, acht waren dagegen. Beschlossen wurde, dass in den Lokalen von Schwäbisch Hall pro Liter Bier maximal vier Euro zu bezahlen seien. Die Differenz sollte den Wirten aus einem Budget zur Innenstadtbelebung erstattet werden. Nur zwei Tage später erklärte die Stadtverwaltung jedoch, dass für die Entscheidung „keine Finanzierung zur Verfügung“ stehe und sie folglich auch nicht umgesetzt werde – zum Verdruss der Volksvertreter, die gern Steuergelder ausgegeben hätten, um die Bierlaunigen finanziell zu entlasten. E.L.



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Ralf Schuler beleuchtet in der „Bild“-Zeitung (2. Mai) einen blinden Fleck in der deutschen Politik:

„Die Politik hat sich im Bund und in etlichen Bundesländern im Nachgang zum Herbst 2015 stillschweigend auf eine Art pragmatisches Wegschweigen jeglicher Probleme mit Migrationshintergrund verständigt. Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen. Innenpolitiker geben es intern sogar recht unverblümt zu: Migration und daraus entstehende Probleme seien ‚kein Gewinnerthema.‘“

Der Historiker Sönke Neitzel verzweifelt auf „Focus online“ (2. Mai) über die Figur, welche die Bundesregierung im Ukrainekrieg macht:

„Erst lieferte man keine Waffen, dann doch, dann nicht mehr, dann findet man etwas, dann keine schweren, dann der Ringtausch und schließlich doch schwere Waffen direkt. Die aber auch nicht gleich, sondern erst in einigen Monaten. Also momentan erst mal nichts. Unglücklicher kann man nicht agieren, und wer sollte daraus Vertrauen ableiten, dass hinter den Kulissen schon alles getan werde, um der Ukraine zu helfen?“

Lawrence Foster, Chefdirigent des Nationalen Symphonieorchesters des Polnischen Rundfunks Kattowitz, wurde angewiesen, die Dritte Symphonie von Tschaikowski aus dem Programm zu nehmen, weil sie russisch sei. Gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen“ (3. Mai) äußert sich Foster zu der Anordnung:

„Nun ist die russische Musik verboten. Wie wird es weitergehen? Holen wir alle Bücher von Puschkin, Tolstoi und Lermontow aus den Bibliotheken und verbrennen sie? ... Eines weiß ich: Wenn das so weitergeht, reißt diese Politik ein Riesenloch in die Welt der Kunst und der Verständigung. Und dieses Verbot russischer Musik ist ein Geschenk an Putin. Er sagt: ‚Der Westen hasst uns und unsere Kultur.‘ Dieses Verbot in Polen macht Putins Lüge zur Wahrheit. Und das regt mich auf.“

Der Unternehmer und Ex-Grüne Chris Veber benennt auf seinem Blog „chrisveber.blogspot.com“ (1. Mai), woher die Inflation seiner Meinung nach wirklich kommt und wie man sie eindämmen könnte:

„Die im täglichen Leben spürbare Inflation hat ihren Grund ... in der mangelnden und gewollt verteuerten Produktion der Wirtschaft ... Was die Preissteigerungen wirklich bekämpfen würde, wäre ein sicheres Ende aller Corona-„Maßnahmen“, die Rücknahme von Steuererhöhungen auf Energie und das Eingestehen der Tatsache, dass ein industrialisierter Kontinent nicht mit Wind und Sonne betrieben werden kann.“

## ● WORT DER WOCHE

„Im Ukrainekrieg geht es hierzulande zuvörderst um die richtige Gesinnung, nicht um das Elend des Krieges.“

Herbert Ammon zieht in „The European“ (29. April) eine nüchterne Bilanz der aufgeheizten deutschen Kriegsdebatte

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## „Salto Morale“

Wie die Moral von einer Position zur anderen springt, und warum die Grünen immer richtig liegen

VON HANS HECKEL

Das haben sie immerhin erreicht: Obwohl sogar Hamburg – als letztes Bundesland – die Maskenpflicht nun fast überall abgeschafft hat, merkt man davon im Alltag noch fast nichts. So muss man die Dinger zwar weiter in Zügen und Bussen tragen, aber nicht mehr in Bahnhöfen. Dort aber ist man fast überall der einzige, der „Gesicht zeigt“ zwischen den Geschwadern der Vermummten. Die Deutschen haben sich an die Verhüllung demnach so gründlich gewöhnt, dass sie sich beim unverhüllten Gang durch eine freigesichtige Menschenmasse offenbar fürchterlich unwohl, wenn nicht gar ernsthaft bedrohlich fühlen.

Die einen werden das gelassen abhaken: Was soll's, solange es freiwillig ist, schert es mich nicht. Es kann jetzt wieder jeder anziehen, was er möchte. So soll es sein. Andere indes, etwa Politiker oder begeisterte Volkserzieher, dürften ganz andere Schlüsse ziehen: So, so, man muss es ihnen nur zwei Jahre lang befehlen. Dann machen die Deutschen sogar freiwillig Sachen, die sie vor kurzer Zeit noch als Zumutung empfunden haben. Solcherlei Erfolgserlebnisse beflügeln die autoritäre Phantasie. Da geht bestimmt noch mehr!

Genauso haben sich Millionen Deutsche in den vergangenen Jahren daran gewöhnt, kein Wort mehr mit Leuten zu reden, die auch nur den leisesten Anschein erwecken, sie könnten eine andere Auffassung vertreten als man selbst. Da reicht es schon, dass jemand eine Angelegenheit bloß aus einem anderen Blickwinkel betrachtet – er ist als Schuft entlarvt. Das Denken in „Alternativlosigkeit“ hat bedeutende Teile des Volkes komplett durchdrungen, Merkel kann stolz sein: Das immerhin hat sie „geschafft“. Natürlich nicht alleine, aber die Ewige Kanzlerin kann sich zugute halten, dass sie als Speerspitze der Bewegung entscheidenden Anteil an diesem Fortschritt hatte.

Zum Grundrepertoire der Verdammung gehört die moralische Entrüstung. Einst war die Moralisierung von nahezu jeder politischen Frage noch eine Besonderheit der (damals jungen) Grünen, die selbst den stramm Roten mehr als verdächtig vorkam. Die sprachen lieber von „objektiven Klassengegensätzen“, die sie aus ihren Klassikern kannten.

Mittlerweile hat das „moralische“ Argument die gesamte politische Landschaft be-

fruchtet und treibt in sämtlichen Lagern ihre Blüten. Doch die Grünen halten das Urheberrecht – und beherrschen die nötigen Übungen auch immer noch weit virtuoser als ihre blassen Nachahmer.

Erinnern Sie sich noch an die guten alten Parolen? „Deutsche Waffen, deutsches Geld, morden mit in aller Welt!“, durfte kaum irgendwo fehlen, wenn es gegen Waffenlieferungen ans Ausland ging. Noch in ihrem Wahlprogramm 2021 wollten die Grünen den deutschen Rüstungsexporten so richtig ans Leder. „Frieden schaffen ohne Waffen“, war die Devise, andere Linke brüllten gar: „Soldaten sind Mörder!“

Dass die einstige Pazifistenpartei ihre Meinung binnen kürzester Zeit gedreht hat, mag ihr niemand vorwerfen, der Pazifismus immer für falsch gehalten hat. Was aber doch beeindruckt ist, dass die Grünen ihre neue Haltung mit dem gleichen absoluten Pathos vor sich her tragen wie die alte, also die gegenteilige. Aus diesem Grunde muss jeder, der sich von den eben noch grünen Grundsätzen nicht rechtzeitig und schwungvoll genug losgesagt hat, mit härtesten Urteilen rechnen.

## Öl, Gas und „unsere Werte“

Die Gruppe um Alice Schwarzer, die sich gegen Waffenlieferungen an die Ukraine ausgesprochen hat, weil sie einen Atomkrieg fürchtet, hat „moralischen Bankrott“ angemeldet, flucht ein bekannter linksliberaler Journalist, und für Anton Hofreiter vertritt Schwarzer gar Putins Propaganda „eins zu eins“. Tatsächlich folgen Schwarzer und Co. nur derselben Logik, welche schon die Gegner des NATO-Doppelbeschlusses vor vierzig Jahren vertraten: Wer auf Stärke setzt und Moskau die Stirn bietet, spielt mit dem Überleben der Menschheit. Das war zwar damals genauso falsch wie heute. Nur, wer damals für den Doppelbeschluss war, musste sich auf ein „moralisches“ Sperrfeuer von grüner Seite einstellen. Nun feuern sie wieder, nur aus der entgegengesetzten Richtung, aber genauso giftig aufgeladen.

Nun ja, die Zeiten haben sich ja auch dramatisch geändert, heißt es, „Zeitenwende“, Sie erinnern sich. Und jeder darf und soll dazulernen. Dass aber die, die bis eben über Jahrzehnte im pazifistischen Irrtum verharrten, heute als moralische Scharfrichter posieren, das, wie gesagt, ist eine Aufführung von besonderer Art. So ganz gelingt sie auch nicht

Was beeindruckt ist, dass sie ihre neue Haltung mit dem gleichen Pathos vor sich her tragen wie eben noch die gegenteilige



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

immer. Denn Moralisten können es letztlich immer nur auf die radikale Tour – gut oder böse, ganz oder gar nicht. Das kriegen sie hin. Ernst wird es für sie erst, wenn sie pragmatisch handeln sollen, ohne dabei – nach ihren eigenen Maßstäben – zynisch zu wirken.

Außenministerin Baerbock ist da gerade in diese selbst gebaute Falle der radikalen Moralisten getappt. Auf die Frage nach dem Öl-, Kohle- oder Gas-Boycott gegen Russland tönte die Grüne: „Von Ländern, die unsere Werte nicht teilen, darf man sich nie wieder so abhängig machen!“

Endlich macht mal einer klar Schiff, möchte man auf den ersten Blick meinen. Aber war Baerbocks Kollege Habeck nicht gerade noch in einem der terrorexportierenden Staaten des Mittleren Ostens unterwegs, um dort um Energie-Rohstoffe zu betteln? „Unsere Werte“? Da möchten wir dann schon mal genau wissen, welche damit eigentlich gemeint sind. Oder bereiten die Grünen schon ihren nächsten weltanschaulichen „Salto Morale“ vor, der ihren Wertebegriff in Sphären trägt, die wir uns bislang nicht mal im Traum vorstellen konnten?

Die schaffen so was in einem Tag, das haben wir gerade erlebt. Also dürfen wir uns auf alles Mögliche gefasst machen.

In so einem Durcheinander ist es fast tröstlich, zur Abwechslung auf eine Stimme zu treffen, die sich nicht hat beirren lassen und sich verbissen an dem (eben noch neuen) alten grünlinken Gerümpel festkrallt. Der Soziologe Harald Welzer ist so ein Getreuer, der ungerührt die Fragen von gestern stellt. Die Bilder aus der Ukraine, die flüchtende Frauen und Kinder auf der einen und an der Front kämpfende Männer auf der anderen Seite zeigen, beunruhigen Welzer. Wegen des Sterbens? Der Tragödie der Flucht?

Nein, im „Stern“ fragt er regelrecht empört: „Was sind denn das für Rollenbilder, die hier gefeiert werden? Ist gerade 1914?“ Ja, auf die „Rollenbilder“ kommt es an, und ob es die richtigen sind, die „gefeiert werden“. Nicht um Leben und Tod. Beneidenswert: Die große Masse der Menschheit wird von Problemen und Bedrohungen umhergeworfen, die einfach über sie kommen, die sie sich nicht aussuchen kann. Doch es gibt ein paar Ausgewählte, die sich so tief und sicher in ihrer ideologischen Höhle vergraben haben, dass sie die Wirklichkeit dort gar nicht mehr erreicht, weshalb sie sich nach Belieben eine eigene basteln können.